

Guyana-Komitee Hamburg (Hrsg.)
REVOLUTION IN DER KARIBIK-
GRENADA

EINE DOKUMENTATION

Hamburg November 1982

106 Seiten. Die Texte sind zu ca. 2/3
in englischer Sprache; es wurden vor-
nehmlich Publikationen aus Grenada,
der karibischen Region, Großbritannien,
den BRD und den USA ausge-
wertet.

Inhalt: Einleitung, Basisinformationen,
Geschichte Grenadas und der Opposi-
tion, der revolutionäre Prozeß seit
1979, der wirtschaftliche Aufbau: Ver-
trauen in die eigene Kraft, die neue
Rolle der Frau, Opposition und Konter-
revolution, die Außenpolitik des PRG,
Karibischer Raum-Sowjetunion- Frank-
reich-SI, US-Aggression gegen das freie
Grenada, Internationale Solidarität,
Basisbibliographie, Adressen

Das Heft kostet 4.50 DM + Porto
(3.00 DM für Wiederverkäufer ab 10
Exemplaren) und ist zu beziehen bei:

**Manfred Ernst/Uwe Reichel, Kroch-
mannstr. 6, 2000 Hamburg 60, oder
ILA INFO, Römerstr. 88, 53 Bonn 1**

TEILE und HERRSCHE

Landarbeiter und Kleinbauern als
Opfer der Landreform in

El Salvador

Broschüre, 33 S. DM 3,-- + Porto

Herausgeber:

Dritte-Welt-Haus e.V. Bielefeld

Bezug:

Laden im Dritte-Welt-Haus e.V.

August-Bebel-Str. 62

4800 Bielefeld 1



In AIB, Heft 1/1983 bringen wir u.a.:
Nicaragua: Von der stillen zur offenen
Invasion • Gespräch mit Jorge M.:
Die FMLN erkämpft Positionsvorteile
• Dialogvorschlag der FMLN/FDR •
Friedensinitiative Mexikos und Vene-
zuelas • Ist Kubas Wirtschaft bank-
rott? • Uruguay: Volkvotum für eine
echte Demokratiesierung • Brasilien:
Kongreßwahlen im Schatten der Mili-
tärs • US-Strategie: Die Dauerbelage-
rung des Persischen Golfs • Bahrain:
Das Khalifa-Regime in Bedrängnis •
Türkei: Die neue Verfassung der Junta
• Indochina: Die revanchistische Al-
lianz China-USA • Neue Akzente auf
dem 6. BUKO • Nobelpreisträger Gar-
cia Marquez: Der „magische
Realismus“

Einzelheft 2,50; Jahresabo 25,- DM; bei Ab-
nahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Rabatt.

- Ich bestelle AIB 1/83
 Ich abonniere das AIB ab Nr. _____
 Ich möchte ein Probeexemplar

Name: _____

Adresse: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

AIB

LIEBIGSTR. 46, 3550 MARBURG

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 111

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Januar 1983

Solidaritätspreis DM 3,50



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

BRD: Zum Stand der Entwicklungspolitik — **ARGENTINIEN:** Proteste
gegen die Militärdiktatur — **PERU:** Unaufhaltsam in die Krise — **CHILE:**
Krisen-Chronik — **KOLUMBIEN:** »Demokratische Öffnung« — **SURI-
NAM:** Die Revolution als Putsch

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft	3
✓ — BRD: Beobachtungen zum Stand der Entwicklungspolitik	4
✓ Offener Brief an Entwicklungsminister Warnke	7
✓ Frauentagung	9
✓ — ARGENTINIEN: Proteste gegen die Militärdiktatur	16
Wir kämpfen für das Leben	21
Alte Partei vor neuem Aufwind?	25
✓ — PERU: Unaufhaltsam in die Krise	27
✓ — GLOSSE: Thatcherismo contra Machismo oder die Profilneurosen	32
✓ — BRASILIEN: Grande Carajas	34
✓ — CHILE: Krisen-Chronik	43
✓ — KOLUMBIEN: «Demokratische Öffnung» in Kolumbien?	47
Aufruf: Verhaftung von ORP-Mitgliedern	55
✓ — SURINAM: Die Revolution als Putsch	56
✓ — GLOSSE: Wo liegt Asien?	60
✓ — KARIBIK: Interview mit Maurice Bishop	62
✓ — GUATEMALA: Eindrücke über die Situation im Grenzgebiet Mexiko/Guatemala im Juli 1982	65
✓ — SOLIDARITÄT: Krieg in Nicaragua	68
✓ Aufforderung zur Freilassung Rolando Medinas	71
✓ Unterschriftenaktion gegen drohenden Völkermord in Brasilien	72
✓ Grenada-Solidarität wächst	74
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	75

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 10 der
CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 20.1.1983

Abo-Preis: DM 40,—/Übersee DM 65,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel.: 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Für dieses Jahr hat sich die Redaktion der LN eine ganze Menge vorgenommen. Neben verschiedenen arbeitstechnischen Änderungswünschen planen wir, wenn es unsere Kapazitäten zulassen, öfter etwas eingehender recherchierte Artikel zu Schwerpunkt-Themen zu bringen. Da unsere Aktualität bei den sich teilweise überstürzenden Nachrichten nicht leiden soll, rechnen wir mit eurer Geduld. Die BRD geht einem heißen Wahlkampf entgegen, in dem das Thema Entwicklungspolitik für die Parteien sicher kein Thema sein wird. Umso mehr müssen entsprechende Inhalte von anderer Seite eingebracht werden. Der neue Filz im BMZ (CSU-Außenministerium), in das neben dem Berliner Wahlbayer und Juristen Jürgen Warnke auch der ehemalige Chef der Hans-Seidel-Stiftung (CSU) Lengl gerückt ist, kann leider noch nicht so wie er gern möchte. Zwar werden Gelder schon massiv umgeschichtet (zugunsten kirchlicher Einrichtungen z.Bsp.), aber Verträge lassen sich nicht so schnell auswechseln wie Re-

Auch wenn wir den zu diesem Thema eigentlich nötigen Artikel nicht bringen, bereitet die derzeitige innenpolitische Entwicklung der Redaktion natürlich einiges Kopfzerbrechen.

Ein weiteres Thema waren mögliche Szenarien für Finanzkrähe und die neue Schuldenpolitik der Dritten Welt oder auch die geplante Abrechnung mit der Friedman'schen monetaristischen Gesundungspolitik.

In Argentinien sind die Menschenrechtsverletzungen der Militärregierung in den letzten Jahren in den Mittelpunkt der innenpolitischen Konflikte gerückt. In diesem Zusammenhang gab es mehrere Großdemonstrationen im Dezember. Und auch im Dezember reiste eine bundesrepublikanische Delegation aus Kirchenkreisen nach Argentinien, um dort direkten Kontakt mit Menschenrechtsorganisationen aufzunehmen und die Bundesregierung unter Druck zu setzen, sich endlich für die Aufklärung des Schicksals der 59 in Argentinien verschwundenen Deutschen einzusetzen.

In Kolumbien werden trotz Amnestie-Gesetz die Menschenrechte weiterhin verletzt. Die Existenz und die Zunahme der Aktivitäten der paramilitärischen Gruppen gegen Bauern, Gewerkschafter, Lehrer und politische Gefangene ist eine "Schützenhilfe" für die kolumbianischen Streitkräfte, die sich so der "suberen Arbeit" der im Amnestie-Gesetz vorgesehenen zivil-militärischen Aktion widmen können. Über eine angebliche Revolution in Surinam dringen spärliche, aber spektakuläre Nachrichten in die Bundesrepublik. Ob es sich bei diesem Putsch in Surinam tatsächlich um eine Revolution handelt, wie die Medien behaupten, nur weil seine regierenden Militärs sich mit ihrem Kampf gegen den Imperialismus brüsten?

BRD

Beobachtungen zum Stand der Entwicklungspolitik

Die Diskussion um die "Wende" in Bonn ist bezüglich der Entwicklungspolitik gleich von Anfang an einigermaßen heftig geführt worden. Beim derzeitigen Stand der Dinge ist es nicht möglich, schon weitreichende Aussagen über ihre Auswirkungen zu machen. Einige Entscheidungen und etliche Äußerungen von Seiten der neuen Besetzung im BMZ lassen jedoch eine erste Prognose zu.

Die neuen Herren kommen alle entweder von der Industrie, wie Minister Warnke (Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Keramischen Industrie) und Volker Köhler, der Parlamentarische Staatssekretär (VW-Manager) oder sind enge Freunde von Franz Josef Strauss, wie der beamtete Staatssekretär Lengl. Dieser ehemalige Hauptgeschäftsführer der CSU getragenen Hanns Seidel-Stiftung war mehrere Male in Chile bei Pinochet und hat bei der Ausarbeitung des neuen chilenischen Gewerkschaftsgesetz "Plan Laboral" mitgewirkt, das alle Vorstellungen freier gewerkschaftlicher Organisation außer Acht läßt. Die Männer der Stiftung haben die chilenischen Gewerkschafter außerdem im Sinne des neuen Gesetzes geschult.

Laut Spiegel, dessen Vermutungen in diesem Falle wohl richtig sind, wurde CSU-Warnke deshalb Minister, damit Strauss über das BMZ auf die Außenpolitik Einfluß nehmen kann und bekam Lengl zur Seite, weil er kein ganz enger Straussianer ist. Für die "Ausgewogenheit" sorgt Köhler von der CDU.

Die neue Riege versicherte zuerst, die Entwicklungspolitik der alten Regierung fortführen zu wollen, da sich die Parteien im Frühjahr ja einstimmig auf eine gemeinsame Linie in der Entwicklungspolitik geeinigt hatten. In einer Entschließung des Bundestages am 5. März 1982 war die entwicklungspolitische Gemeinsamkeit des Parlaments bekräftigt worden. Doch nach kurzer Zeit hörte man bereits kritische Töne:

Rainer Offergeld habe Schulden gemacht und sei Verpflichtungen eingegangen, die man nicht finanzieren könne. Folge dieser "ungedeckten Schecks und Wechsel" von 2,3 Milliarden Mark (von der SPD als falsche Behauptung energisch zurückgewiesen) seien so Warnke, drastische Kürzungen für das Jahr 1983, in dem die bilaterale Finanzhilfe um 30% auf 2,4 Mrd, die technische Hilfe um 10% auf 1 Mrd gekürzt werden sollen. Bisher von der alten Regierung zugesagte Zuwendungen würden jedoch voll ausbezahlt.

Nehmen ist selbiger

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe der Haushaltskürzungen wurde aus dem BMZ gemeldet, daß einige neue Prinzipien der Mittelvergabe eingeführt oder stärker berücksichtigt werden müßten. An erster Stelle steht dabei die Überlegung, daß vor allem Projekte gefördert werden sollen, die dem eigenen Land Gewinn bringen können.

Nach der Devise "mehr Hilfe, die der Wirtschaft dient", gab Warnke am 23. Dezember vor der Presse bekannt, die Entwicklungshilfe müsse für die bundesdeutsche Wirtschaft beschäftigungswirksame Folgen haben.

Niemand wird so naiv sein, zu glauben, daß das bisher anders gewesen ist. Die Tatsache, daß Warnke diesen Aspekt als neue Akzentsetzung explizit betont, läßt aber schließen, daß sie in Zukunft noch sehr viel konsequenter eingehalten werden soll. Also, nur noch solche Entwicklungsprojekte, die der deutschen Wirtschaft Aufträge bringen. Bei der Mehrzahl ist es ja sowieso schon immer der Fall gewesen.

Die neuen BMZler betonen auch, daß sie vor allem den handwerklichen Mittelstand und die unternehmerische Initiative der einheimischen Investoren ermutigen wollen. Sie kritisieren, daß die Entwicklungshilfe bisher einseitig auf Großprojekte orientiert gewesen sei. Das klingt zunächst sehr gut und erweckt den Eindruck, daß der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Entwicklungsländer mehr Aufmerksamkeit gezollt werden soll. Dahinter steckt jedoch der Gedanke, die Verelendung des Mittelstands zu verhindern, die unter den gegebenen Verhältnissen unweigerlich rasch zunimmt, was bekanntlich zur Folge hat, daß dessen Anfälligkeit für "revolutionäre" Gedanken wächst.

Eindringlich betont das BMZ, daß wir uns angesichts von 2 Mio Arbeitslosen keine Entwicklungshilfe leisten können, die nicht auch für die eigene Bevölkerung Arbeitsplätze schafft. Im Klartext heißt das, daß nur investiert werden soll, wo Aufträge zu erwarten sind. Bei den ärmsten Ländern der Welt ist dies ganz bestimmt nicht der Fall.

Die Bonner Entwicklungspolitik lehnt sich mit ihren jüngsten Äußerungen ganz klar an die Prinzipien an, die Reagan gleich nach seinem Amtsantritt verkündigte. Nach seinem monetaristischen Wirtschaftsverständnis ist es nur zu logisch, das freie Spiel der Kräfte walten zu lassen, d.h. denjenigen Entwicklungsprojekten Geld zu geben, die auch etwas einbringen, diejenigen Unternehmen zu ermutigen, die Profit zu machen versprechen. Der Erhalt des Tropenwaldes, die Ökologie, die Zerstörung der einheimischen Industrie, das alles sind Gesichtspunkte, die nach dieser Logik unwirtschaftlich sind, den Bonnern scheint sie einzu-leuchten.

Bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte als Voraussetzung für die Gewährung von Entwicklungshilfe nähern sie sich ebenfalls den USA an. Dort wurde bereits explizit festgestellt, daß dieses Kriterium flexibel behandelt werden müsse, da ja nicht alle Länder der Erde dieselben Vorstellungen von Menschenrechten hätten. In einem Interview mit Terre des Hommes hat Herr Warnke kürzlich klargemacht, daß eine solche Auffassung auch für die Türkeihilfe der BRD gelte. Offiziell hält man zwar noch an den alten Beschlüssen fest, aber in der Praxis läuft die Unterminierung zügig fort. Von Nord-Süd zu Ost-West

Was die inhaltliche, sprich politische Zielsetzungen der Entwicklungshilfe in Zukunft angeht, so ist klar, daß die Einordnung der Entwicklungsländer in das rot-schwarze Weltbild der Christdemokraten den Ausschlag geben wird.

Wenn in den letzten Jahren, in Anlehnung an Willy Brandts Versuche die Dritte Welt mehr nach dem Gesichtspunkt der Armut und Bedürftigkeit zu bedenken, viel vom Nord-Südgefälle die Rede war, so ist es in Zukunft damit vorbei. Unbestritten lassen sich Warnkes Worte über eventuelle Präferenzen dahingehend verstehen, daß diejenigen etwas bekommen, die dem Westen passen. Er nennt sie Länder mit marktwirtschaftlichen Elementen.

Natürlich streitet man das bisher in dieser Form ab, auch wird nicht gleich auf allen Ebenen zugeschlagen. Entgegen der voreiligen Behauptung des Spiegels, daß Nicaragua als erstes daran glauben müsse (würde ja exzellent ins Schema passen) spricht nach den jüngsten Informationen alles dafür, daß die 25 Mio Wirtschaftshilfe, die Offergeld versprochen hatte, ausbezahlt werden.

Im neuen (fünften) Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung ist dann auch nichts mehr von dem Gedankengut der Brandtschen Nord-Südkommission drin.

Die FR hat einen ihr vorliegenden Entwurf zu diesem Bericht mit dem vierten Bericht vom März 1980 verglichen und festgestellt:

"So wurde der Hinweis auf den Ost-West-Gegensatz als unzureichende Erklärung des Nord-Süd-Konfliktes ganz gestrichen, ebenso die Erwähnung des Einkommensgefälles als "Gefährdung des Weltfriedens". Auch die Ablehnung "hegemonialer Bestrebungen und der Errichtung von Einflußzonen auswärtiger Mächte in der Dritten Welt" fiel dem Rotstift zum Opfer. Die von der alten Regierung ausgedrückte Unterstützung der sogenannten Konfliktrandstaaten im südlichen Afrika und die Hilfe für Befreiungsbewegungen wurden ersatzlos gestrichen. Aus dem Entwurf entfernt wurde auch die Zusage Bonns, die Zusammenarbeit nicht von einer bestimmten politischen Haltung der Entwicklungsländer abhängig zu machen. Nicht mehr erwähnt wird auch die skeptische Haltung der USA als Ursache für den festgefahrenen Nord-Süd-Dialog. Schließlich wurde aus dem neuen Entwurf auch herausgenommen, daß der Bericht der von Willy Brandt geführten "Internationalen Unabhängigen Kommission" neue Impulse für die "gemeinsame Suche nach ausgewogenen Lösungen" im Interesse von Nord und Süd verliehen habe. ..." (FR 3.1282)

Es ist kein Wunder, daß die SPD bei ihrer Kritik der "Wende" auf diese Fragen nicht eingeht, sondern weiterhin den Nord-Süd-Dialog und die Notwendigkeit beschwört, die Entwicklungsländer in ihrem Streben nach Unabhängigkeit zu unterstützen. Wie wenig die SPD sich ernsthaft dafür einsetzt, diese Prinzipien aufrechtzuerhalten, ist bekannt. Eines der jüngsten Beispiele stammt aus dem Vorwärts (Nr. 48 vom 25.11.82). Dort meint Uwe Holtz, einer der meist zitierten SPD Kritiker Warnkes, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, daß es ein schwerer Fehler des BMZ sei, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador wieder zu erwägen, wo sich doch dort die Christdemokraten gegen die derzeitigen Machthaber verbündet hätten. Kein Wort darüber, was eine Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe nach El Salvador für die eigentliche Opposition die FDR/FMLN bedeuten würde!

Eine Wende?

Was ist neu, was wäre passiert, wenn wir immer noch Offergeld hätten, was wird geschehen, wenn die SPD am 6. März wieder an die Regierung kommt? Was die Warnkes bisher getan haben, ist nichts sehr Neues. Die Bedeutung Brandts und seiner Kommission aus dem Bericht zu streichen, dient sogar eher der Wahrheitsfindung, weil spätestens seit Cancun die ganze Welt weiß, daß aus dem Nord-Süd-Dialog nichts geworden ist und auch Brandt selbst mehrmals betont hat, daß überhaupt nichts durch seine Kommission erreicht werden konnte. Wenn er und Offergeld und einige andere Liberale sich eine Zeit lang bemüht haben, der Entwicklungspolitik wenigstens an ein paar wenigen Stellen etwas Schminke überzupinseln, so war dies möglich, weil wir noch keine 2 Millionen Arbeitslose hatten.

Offener Brief an Entwicklungsminister Warnke

Sehr geehrter Herr Minister,

Aus Nr. 11/82 von "Entwicklung und Zusammenarbeit" erfuhr ich über Ihren Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Volkmar Köhler von den Bedenken der neuen Bundesregierung gegenüber der Politik der Regierung Nicaraguas.

Wir, die Unterzeichnenden, sind Deutsche, die in Nicaragua leben und hier vorwiegend in Entwicklungsprojekten arbeiten. Uns scheint eine Desinformation über Nicaragua in der Bundesrepublik vorzuliegen, und diese möchten wir, zumindest ansatzweise, mit diesem Schreiben korrigieren helfen.

1. Dr. Köhler sagt, daß die Junta Nicaraguas erklärt habe, an Wahlen sei in nächster Zukunft nicht zu denken. Dagegen steht, daß die Regierung sich mehrfach für Wahlen im Jahr 1985 ausgesprochen hat. Am 27. Januar 1983 soll das neue Parteiengesetz im Staatsrat diskutiert werden, eine Vorbedingung für die Wahlen. Bis zum 15.12.82 können die politischen Parteien ihre Vorstellungen zu diesem Gesetzentwurf einbringen. Da nach dem Sturz Somozas eine Analphabetenquote von über 50% herrschte und das Land seit Jahrzehnten kein echtes parlamentarisches System kennt und die Bevölkerung somit auch nicht mit diesem vertraut sein kann, ist eine gewisse Übergangszeit bis zu den Wahlen 1985 erforderlich.

Wir fragen Sie: wollen Sie sämtliche Entwicklungszusammenarbeit mit all den Ländern in Frage stellen, die keine demokratischen Wahlen durchführen? (Wie z.B. Chile, Argentinien, Guatemala, Haiti, etc.)

2. Dr. Köhler äußert "Sorgen über die wachsende Bedrückung der Kirchen in Nicaragua". Wir können diese Meinung aus unserer täglichen Erfahrung nicht teilen. Die katholische Kirche, der 82,90% der Bevölkerung angehören, ist allerdings gespalten; viele Priester unterstützen die Regierung, zwei Padres sind sogar Minister, während andere wie der Erzbischof von Managua, Obispo y Bravo, eine oppositionelle Haltung einnehmen. Die Auseinandersetzung innerhalb der Kirchen und zwischen den Kirchen und dem Staat wird jedoch offen ausgetragen, für uns ein Zeichen von Demokratie. Darüberhinaus gibt es keine Einschränkungen der Kulturfreiheit für die katholische und evangelischen Kirchen, diese nehmen sogar an den Diskussionen über soziale und politische Fragen aktiv in der Öffentlichkeit teil. Zwar hat es um die Jahresmitte tatsächlich einige Fälle gegeben, in denen die Bewegungsfreiheit der Kirchen eingeschränkt wurde; die Einschränkungen nahm die Regierung aber wieder zurück.

Wir fragen Sie: vertritt denn die Kirche in der Bundesrepublik eine einheitliche politische Meinung? Ist es nicht ein Ausdruck von Demokratie, daß es unterschiedliche Meinungen gibt und diese offen ausgetragen werden können?

3. Dr. Köhler vertritt die Ansicht, daß der "herrschende Ausnahmezustand" nicht hinreichend begründet sei. In Nicaragua wurde aufgrund der wirtschaftlichen Situation im September 1981 der ökonomische Notstand und aufgrund der andauernden militärischen Übergriffe von Honduras am Anfang November 82 in einigen Departements der militärische Notstand ausgerufen, bis heute besteht aber kein Ausnahmezustand. Die Regierung Nicaraguas hat Ende Oktober 1982 ein "Weißbuch" mit dem Titel "Nicaragua demuzzifiziert" dem diplomatischen Corps übergeben. Dort wird auf:

- 408 bewaffnete Grenzübergriffe aus Honduras
- 60 Verletzungen des nicaraguanischen Luftraums
- 15 Angriffe auf nicaraguanische Schiffe und
- 15 bestehende Militärlager der sog. Contras in Honduras in der Nähe zur Grenze Nicaragua

hingewiesen, alles geschehen in den letzten zwei Jahren. Allein zwischen August und Oktober 1982 hat Nicaragua 37 gefallene Soldaten, 38 Verletzte und 47 entführte unbewaffnete Personen zu beklagen.

Wir fragen Sie: Rechtfertigen diese Zahlen keine Notstandsmaßnahmen? Nicaragua ist ein kleines Land mit ca. 2,7 Mio Einwohnern, das nichts weiter verlangt, als seinen eigenen Weg gehen zu dürfen und Frieden zu haben. Die Regierung Nicaraguas hat immer wieder ihre bedingungslose Gesprächsbereitschaft für Friedensverhandlungen mit Honduras und den USA angeboten und besonders die mexikanisch-venezolanische Friedensinitiative unterstützt. Eine entsprechende Bereitschaft auf der Gegenseite läßt sich bisher nicht feststellen.

Wir möchten mit diesem Schreiben darauf hinwirken, daß die neue Bundesregierung ihre Politik gegenüber Zentralamerika und insbesondere Nicaragua auf eine eingehende Untersuchung vor Ort basiert und sich dabei u.a. leiten läßt von dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker, den sie auch für das deutsche Volk reklamiert. Wir möchten Sie auffordern, eine Delegation nach Nicaragua zu entsenden, um sich ein eigenes Bild von den Zuständen in diesem Land zu machen.

Managua, den 23.12.1982

Frauentagung

Frauenbewegung in Lateinamerika und der Bundesrepublik

Zwischen der Vergewaltigung einer Frau, der Vergewaltigung eines Landes, der Vergewaltigung eines Erdteils besteht kein prinzipieller Unterschied

Gewaltsam unterworfen und dienstbar gemacht durch das Recht des Stärkeren, dem das Menschsein der Schwächeren einen Dreck bedeutet, benutzt, zerstört und weggeworfen, wenn kein Nutzen mehr herauszupressen ist:

die Arbeitskraft der Menschen,
die Körper der Frauen, die Früchte
und Bodenschätze des Landes -
zu s e i n e r Verfügung.



Vom 29.10. bis 1.11. fand in Dortmund zu obenstehendem Thema eine bundesweite Frauentagung statt. Anstoß zu diesem Treffen war der Antiinterventionskongreß in Münster im Frühjahr 1982 gewesen, auf dem sich die teilnehmenden Frauen, obwohl sie an der Vorbereitung des Kongresses sehr aktiv waren, wieder einmal übergangen und unterrepräsentiert fühlten. So schaffte es zum Beispiel nur eine einzige Frau aufs Podium. Das sollte nun anders werden. Auf dem Frauentreffen wollten deutsche und lateinamerikanische Frauen einmal unter sich und mit Zeit ihre Probleme und Positionen austauschen. 7 Frauen- und/oder Solidaritätsgruppen aus dem Ruhrgebiet hatten die Vorbereitung übernommen. Das Interesse war enorm, die Anmeldungen so zahlreich, daß schon im Vorfeld zahlreichen Frauen eine Absage wegen Überfüllung erteilt werden mußte. Ca. 350 Frauen aus dem ganzen Bundesgebiet reisten an, in der Mehrzahl Deutsche aber auch viele Lateinamerikanerinnen. In Arbeitsgruppen wurde zu den Themen 1. Frauenwiderstand in Lateinamerika am Beispiel El Salvador und Chile, 2. Frauen im revolutionären Prozeß: Kuba, Nicaragua, El Salvador, 3. Chancen und Probleme der solidarischen Zusammenarbeit lateinamerikanischer und deutscher Frauen, 4. Frauenunterdrückung, 5. Geschichte des Frauenkampfes in Lateinamerika und hier und 6. Bevölkerungspolitik diskutiert.

Wir wollen hier von 2 lateinamerikanischen und 2 deutschen Teilnehmerinnen Berichte aus verschiedenen Arbeitsgruppen und Einschätzungen bringen.

Frauen im revolutionären Prozess

am Beispiel Kubas

" Wenn man unsere Revolution in den kommenden Jahren beurteilt, wird eines der Probleme, nach denen man uns beurteilen wird, die Methode sein, nach der wir in unserer Gesellschaft und in unserem Vaterland die Probleme der Frau gelöst haben werden..."
(Fidel Castro)

Anhand des kubanischen Beispiels, das den wesentlichen Teil dieser Arbeitsgruppe einnahm, sollte diskutiert werden, inwieweit der Kampf der kubanischen Frauen die Bewußtseins-, Kampf- und Organisationsformen der Frauen in Nicaragua und El Salvador beinflusst hat bzw. beinflusst.

Hier ein allgemeiner Überblick über Situation kubanischer Frauen:

Kuba war - zu Battistas Zeiten - berüchtigt als das "größte Bordell Lateinamerikas". Die Frauen waren gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt entweder als Dienstmagd oder in der Gosse zu verdienen. Der "machismo" kubanischer Prägung besteht aus einer Mischung zwischen dem Moralkodex der spanischen Kolonisatoren und dem der Religionen afrikanischer Sklaven, die Ende des 18. Jahrhunderts als billige Arbeitskräfte nach Kuba kamen. Gemeinsamer Konsens dieser Moral: die Verachtung des "Weibes, das das Geheimnis verrät und den Krieg provoziert." Geheime Männerbünde, die auf der Verachtung der Frau begründet waren, waren die Folge dieser Ideologie.

Frauenorganisationen waren, bis auf spärliche Ansätze in den 30er-Jahren, die unter dem ideologischen Einfluß der Kommunistischen Parteien Europas standen, so gut wie unbekannt. Mit diesem Bewußtseinsstand hatte es die Guerillaorganisation "Bewegung 26. Juni" zu tun. Was Wunder, daß sich die Genossen massenhaft zur Wehr setzten, wenn es um die Integration der Frauen in die Guerilla ging. Selbst Chè - ansonsten immer auf Seite der Frauen - wollte deren Tätigkeitsbereich zur damaligen Zeit am liebsten im traditionell weiblichen Sektor ansiedeln: als Köchinnen, Botinnen, Näherinnen, Spioninnen etc.. Trotz dieser Widerstände gab es jedoch Frauenbatallone, wovon das berühmteste "Mariana Grajales" bis heute noch erwähnt wird, während über die Teilnahme und Rolle der Genossinnen am Guerillakampf nur wenig bekannt ist ganz im Gegensatz zur heldenhaften Rolle der Helden.

Zur "Federación de Mujeres Cubanas" - FMC

Die - einzige - Frauenorganisation wurde 1960 von Fidel höchst persönlich gegründet. Sie also kein Produkt einer autonomen Frauenbewegung. Vorsitzende ist Fidels Schwägerin, Vilma Espín.

Die FMC umfaßt organisatorisch ca. 80 % aller Kubanerinnen über 14 Jahre. Die überwiegende Mehrheit bilden Hausfrauen, gefolgt von Arbeiterinnen und Studentinnen. Die Föderation hat hinsichtlich der Hebung des kulturellen Niveaus, der Integration der Frauen in den Produktionsprozeß, der Gestaltung des Erziehungs- und Gesundheitswesens und der Volksmilizeneinen ganz erheblichen Beitrag geleistet. So war die FMC beispielsweise maßgeblich an der Alphabetisierungs-Kampagne beteiligt und richtete u.a. Spezialschulen für die Ausbildung der ehemaligen Prostituierten ein.

Ohne die Verdienste der FMC im geringsten schmälern zu wollen, so wird an ihr das Problem der Anbindung einer Frauenorganisation an die Partei besonders deutlich. Anstatt die Interessen der Frauen vor der Partei (Männer) zu vertreten, ist es wohl eher umgekehrt. Zwar führt die FMC den ideologischen Kampf gegen den "machismo", zwar versucht sie, die Frauen aus dem gesellschaftlichen Abseits ihrer Hausfrauen- und Mutterrolle zu befreien, aber solange sie den Kern der Frauenunterdrückung - die Ehe - nicht antastet sondern sogar noch propagiert, kann man die Föderation wohl eher als Organisation für die Gleichberechtigung der Frau und nicht als Interessenvertreterin für deren Befreiung betrachten. Denn, was helfen die breitesten ideologischen Kampagnen, wenn im Schoße der Ehe der "machismo" ungehindert seine Blüten weitertreiben kann? Nutznießer der Ehe sind in erster Linie die Männer. Und welches Interesse haben sie daran, eine für sie so nutzbringende Institution abzuschaffen?

Die Kommunistische Partei Kubas besteht überwiegend aus Männern, nur 13,23 % sind Frauen. Davon 6 Frauen gegenüber 107 Männern im ZK, im Politbüro Null. 1975 wurde von einer Sonderkommission der Partei das neue Ehegesetz herausgegeben. Bei der Ausarbeitung war nur eine handvoll Frauen beteiligt.

Zwar verfügt Kuba über die fortschrittlichste Arbeitsgesetzgebung, die juristische Gleichstellung zwischen Frau und Mann ist festgeschrieben, ebenso wie die Gleichstellung unehelicher Kinder; zwar wird bei Nicht-Ehen bei zivil- und verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten das Zusammenleben als Basis betrachtet, zwar wird die Diskriminierung der Frau per Gesetz verboten und der Mann sogar zu 50 % der Hausarbeit und Kindererziehung verpflichtet (!), aber seit wann konnte die Lösung des "Nebenwiderspruches" durch Paragraphen geknackt werden? Die geringe Repräsentanz der Frauen im Produktionsprozeß (30 % mit rückläufiger Tendenz seit 1976 !) spreche eine deutliche Sprache und sind wohl eher ein Indiz dafür, daß die Frauen weiterhin für Hausarbeit und Kindererziehung zuständig sind. Delikate Themen wie Abtreibung und Kindererziehung werden in der neuen Ehegesetzgebung nicht einmal erwähnt. Generell gilt wohl, daß Abtreibung bis zur 12 Schwangerschaftswoche kostenlos, wie die gesamte medizinische Versorgung, möglich ist. Ein Hindernis dabei ist, daß in vielen Fällen die Eltern bzw. Angehörigen benachrichtigt werden, was wiederum viele Frauen vor diesem Schritt abhält. Das Thema Sexualität ist das Tabu aller Tabus! So kann ein Homosexueller, laut Fidel Castro, nicht als revolutionär betrachtet werden. Texte zur sexualpädagogischen Erziehung sind weitgehend unbekannt.

Das Dilemma wird daran deutlich, daß eine Umfrage vor nicht allzu langer Zeit ergab, daß 50 % aller Kubaner immer noch Wert auf Jungfräulichkeit legten. Die restlichen 50 %, die mit "nein" stimmten, hatten wohl eher Angst - so wird vermutet - nicht als Revolutionäre zu gelten.

Am Beispiel der FMC wurde - teilweise sehr kontrovers - diskutiert, inwieweit eine autonome Organisierung der Frauen in der Phase des sozialistischen Aufbaus eine dringende Notwendigkeit ist. Autonome Frauenstrukturen innerhalb einer Partei oder ihr angegliedert, werden wohl immer am Gängelband der Genossen bleiben. Solange die Genossen ihre historisch gewachsenen und "ererbten" Privilegien auf unserer erzwungenen "Unterlegenheit" aufbauen, sind autonome Strukturen eine pure Augenwischerei. Historische Beispiele, u.a. die der Sowjetunion belgen zur Genüge, wie schnell die Frauen immer wieder zurückgepfiffen wurden, wenn die "revolutionären Erfordernisse" oder anders ausgedrückt, die Interessen der Männer tangiert wurden. Die ewig-uralte Spalterei hier Feminismus dort Klassenkampf ist sowieso ein alter Hut, den die Genossen immer wieder bei Bedarf aus ihrer Mottenkiste ziehen. Daß diese Meinung auch noch in den Köpfen vieler Genossinnen herumgeistert, wurde in dieser Arbeitsgruppe deutlich. Es bedarf wohl noch vieler Diskussionen und engerer Formen der Zusammenarbeit, um sich an diesem Punkt näherzukommen.



Der Erfolg der Revolution hängt von der Beteiligung der Frauen ab

Für den Sozialismus aber auch gegen das Patriarchat

AG: Frauen im Widerstand: El Salvador, Chile

Dieses Thema wurde durch die Anwesenheit von Genossinnen aus El Salvador und Chile sehr bereichert. Für El Salvador sprach eine Genossin vom Komitee der Mütter politischer Gefangener, Verschwundener und Ermordeter, Monseñor Romero, für die der Kampf für die Verschwundenen und Ermordeten schon automatisch einen politischen Charakter hat. Das Komitee wurde 1977 nach einem Massaker gegründet. Eine zweite Salvadoreña sprach für die Frauenvereinigung von El Salvador, AMES, die 1979 gegründet wurde und sich in die Tradition der Kämpfe der salvadorensischen Frauen stellt. Aufgaben von AMES ist die Bewusstseinsbildung von Frauen und ihre Integration in den Kampf gegen die Diktatur und den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Auf nationaler Ebene arbeitet AMES in der Hauptstadt, auf dem Land und in den befreiten Gebieten, im Ausland in den Flüchtlingslagern und mit ausländischen Organisationen. In den Städten arbeitet AMES mit kleinen Frauengruppen. Es werden persönliche Probleme diskutiert und aus den direkten Bedürfnissen ein Arbeitsprogramm entwickelt. So wurden zum Beispiel Kinderheime organisiert, in denen Kinder von Kämpfern bei Familien untergebracht sind. Die Straßenhändlerinnen konnten in der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze organisiert werden. Eine weitere Aufgabe ist es, Kleidung und Nahrungsmittel für die Guerilla und für die Kinder zu sammeln. Im Erziehungsbereich befaßt sich AMES mit der Alphabetisierung und Aufklärung über die politische Situation.

Laut AMES sind 30% der Guerilla Frauen, was aber nicht unbedingt bedeutet, daß diese Frauen ein Bewußtsein bezüglich Frauenrechte und Frauenforderungen haben. In den befreiten Gebieten übernehmen die Frauen neben militärischen Aufgaben auch die Arbeiten in der Küche und die Krankenpflege, während die Männer und Jungen an den Alphabetisierungskursen teilnehmen. AMES kritisiert diese Aufrechterhaltung der traditionellen Männer- und Frauenrollen und sieht ihre Aufgabe darin, die Frauen aufzuklären, damit sie sich gleichberechtigt in alle Aufgaben der Gemeinschaft integrieren. Viele Frauen wurden Opfer der Repression, wurden ermordet, sexistisch gefoltert, Frauen, Mädchen und Greisinnen wurden bestialisch verstümmelt und vergewaltigt.

AMES betrachtet sich als Vertreterin aller salvadorensischer Frauen, nicht nur der Guerilleras oder Parteimitglieder. Sie ist Teil der FDR, nimmt für sich aber in Anspruch, als Gruppe unabhängig zu sein. Als weitere Frauenorganisation gibt es das Einheitskomitee der Frauen in El Salvador, CUMS. Ziel dieses Komitees ist es, Mitglieder und Sympathisantinnen der verschiedenen politischen Parteien, die in der FDR vertreten sind, zusammenzufassen.

In Chile organisierten sich nach 1973 als Reaktion auf die politische und ökonomische Repression der Militärdiktatur verschiedene Basisgruppen, die sich mit den Menschenrechten befassten (Komitee der Familienangehörigen Verschwundener, Ermordeter, Exilierter, Obdachlosenkomitees, Volksküchen etc.) In diesen Gruppen wurden in zunehmendem Maße Frauen aktiv. In den letzten Jahren bildeten sich Studiengruppen zur Situation der Frau und Basisgruppen in den Elendsvierteln, die anfangen, über die Situation der Frauen in Chile heute zu diskutieren (Centro Educacional Femenino, Centro de Estudios de la Mujer etc.) Die anwesende chilenische Genossin hatte selbst an einer Frauengruppe im Norden von Santiago teilgenommen, in der über das

Thema "Körper und Sexualität" gearbeitet wurde. In den Gesprächen und Arbeitsgruppen stellte sich heraus, daß die Teilnehmerinnen, Frauen zwischen 19 und 60 Jahren weder ihren Körper noch ihre Wünsche und Bedürfnisse kannten. In dem Maße wie sich die Frauen über ihre Lage bewußt wurden, stellten sie auch ihre Ausbeutung und Diskriminierung durch das herrschende System in Frage.

Zusammenarbeit - aber wie?

zur AG 3

Ein großer Teil der Frauen der FDCL-Frauengruppe, die nach Dortmund gefahren waren, hatten sich für diese Thema interessiert, da wir ja selbst in unserer Gruppe ständig mit dieser Frage konfrontiert sind. Bevor jedoch von Zusammenarbeit geredet werden konnte, wollten die deutschen Frauen erst einmal ihre Positionen innerhalb der Solidaritätsbewegung klären. Solidarität wozu, wie und mit wem? Für viele war das Wort "Solidarität" oder schlimmer "Unterstützung" zu etwas Fragwürdigem geworden, was Paternalismus und karitative Hilfe assoziierte. Solidarität sollte ein wechselseitiger Prozeß

sein, ein Austausch von Erfahrungen und Informationen. Der gemeinsame Feind, Imperialismus und Patriarchat muß erkannt werden, auch wenn sich die politische und ökonomische Lage in Lateinamerika anders stellt als bei uns. Viele deutsche und lateinamerikanische Frauen meinten daher, daß es notwendig sei, wenn wir politisch glaubwürdig erscheinen wollten und Lateinamerika nicht nur als exotische Reiseländer benutzen wollten, hier in die bundesrepublikanische Wirklichkeit verändernd einzugreifen. Die Bedrohungen sind hier auch alltäglich, auch wenn vielleicht nicht so groß wie in Lateinamerika. Leider wurde in diesem Zusammenhang der Rüstungspolitik der USA in Europa und der Friedensbewegung nicht genügend Bedeutung eingeräumt.

Mit einer besonderen Kritik kamen einige Lateinamerikanerinnen. Sie fragten, warum sich deutsche Frauen überhaupt mit ihnen beschäftigten; anstatt mit Frauen die uns räumlich und kulturell näher stünden. Sie kämen sich häufig als unser Studienobjekt vor, als Opfer unserer Vorurteile, da wir eine begrenzte Vorstellung von lateinamerikanischen Frauen hätten, nämlich als Elendsviertelbewohnerinnen und Indianerinnen, was so einfach nicht der Realität entspräche. Es gäbe auch die städtischen, intellektuellen Frauen, die eine eigene wichtige Problematik hätten und oft aus unserem Raster fielen, obwohl wir gerade mit ihnen die größten Gemeinsamkeiten finden könnten. Diese Fragen und darauffolgenden Diskussionen erhöhte die Verunsicherung vieler deutscher Frauen, die wie bereits erwähnt ihr Verständnis von Solidarität kritisch in Frage gestellt hatten. Befriedigende Antworten konnten in der Kürze der Zeit nicht gefunden werden. Es kam klar zum Ausdruck, daß die Zusammenarbeit bisher noch nicht klappt, von ein paar schüchternen Versuchen abgesehen, sie aber von beiden Seiten dringend herbeigewünscht wird. Wie sie zu organisieren ist, bleibt das Problem der Zukunft. In Berlin wurden erste Versuche gemacht. Die FDCL-Frauengruppe traf sich mit 2 lateinamerikanischen Frauengruppen. Die Probleme von Dortmund kamen noch mal auf den Tisch, der Versuch gemacht, gegenseitige Vorurteile abzubauen und der Wunsch ausgedrückt, sich regelmäßiger zu treffen und längerfristig womöglich zusammenzuarbeiten.

Wie in allen AGs wurde auch bei uns die Frage der autonomen Organisation von Frauen angeschnitten. Trotz verschiedener Standpunkte, die von der grundsätzlichen Ablehnung von Zusammenarbeit mit Männern, über "Autonomie ja, aber keine Abgrenzung" bis hin zur Arbeit in gemischten Zusammenhängen, um dort Frauenpositionen zu vertreten, reichten, hatte ich den Eindruck, daß Autonomie mehr und mehr auch ein Thema für lateinamerikanische Frauen wird, die hier im Exil und durch die Berührung mit der Frauenbewegung ihre eigene Vergangenheit und Erfahrungen in politischen Organisationen reflektieren und mehr und mehr zum Schluß kommen, daß das alte Schema: erst Revolution und dann Frauenbefreiung nicht funktioniert, sondern beides gleichzeitig verfolgt werden muß. Das kam auch in einem Papier zum Ausdruck, das chilenische Frauen der "Convergencia Socialista" auf dem Kongreß verteilten: "Die Frau hat eine Stimme zu erheben undchte zu erobern."



Proteste gegen die Militärdiktatur

Im Dezember vergangenen Jahres fanden in Argentinien die größten und erfolgreichsten Protestdemonstrationen gegen das Militärregime seit dem Putsch von 1976 statt. Zentrales Thema waren die Menschenrechte. Auch eine kirchliche Delegation aus der BRD, die auf Einladung mehrerer Menschenrechtsorganisationen im Dezember nach Argentinien reiste, beschäftigte sich mit diesem Thema, vor allem mit dem Schicksal der deutschen und deutschstämmigen Verhaftet-Verschwindenen.

Generalstreik und Demonstrationen

Für den 6. Dezember riefen die beiden illegalen Gewerkschaftsdachverbände CGT-Azopardo und CGT-Brasil zu einem eintägigen Generalstreik auf. Sie forderten eine Änderung der Wirtschaftspolitik, gewerkschaftliche Freiheit und die Freilassung der Gefangenen und der Verhaftet-Verschwindenen. Der Generalstreik wurde praktisch vollständig befolgt und legte das Land für 24 Stunden lahm.

Am 10.12. begannen die Menschenrechtsorganisationen einen 24-stündigen "Widerstandsmarsch" - "Marcha de Resistencia", mit dem sie die Aufklärung des Schicksals der Verhaftet-Verschwindenen, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Verurteilung der Verantwortlichen für die Verbrechen forderten. (vgl. dazu das Interview mit den Müttern der Plaza de Mayo in diesem Heft)



Für den 16.12. hatte die Multipartidaria, die lose Koalition der fünf wichtigsten Parteien, zu einer Massendemonstration gegen die Militärdiktatur aufgerufen. Dem Aufruf folgten etwa 150 000 Menschen.

Nach Beendigung der Demonstration wurde ohne jeden Anlaß aus einem FORD FALCON - dem bevorzugten Autotyp von Polizei und Sicherheitsdienst - auf einen Demonstranten, der sich auf dem Heimweg befand, geschossen. Das Opfer starb an den Schußverletzungen. Der Polizeichef von Buenos Aires mußte später zugeben, daß der Wagen der Täter der Polizei gehört.

Innerhalb des Militärs hat sich die Unruhe unter den Kriegsteilnehmern am Malvinenkonflikt noch nicht gelegt. Dies zeigte sich, als am 4.12. Angehörige der 10. Infanteriebrigade für ihren Einsatz auf den Malvinen ausgezeichnet werden sollten. Etwa 300 Veteranen, die dekoriert werden sollten, protestierten während des feierlichen Aktes mit Rufen: "Nieder mit der Diktatur."

Vermittlungsversuche der Kirche

Während sich die Konflikte zwischen Parteien, Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen einerseits und dem Militärregime andererseits immer mehr zuspitzen, bemüht sich die katholische Kirche um eine Vermittlung zwischen beiden Seiten. Seit einigen Monaten bemüht sich im Auftrag der Katholischen Bischofskonferenz eine Sozial-Pastorale Kommission unter der Leitung von Bischof Justo Laguna um eine Versöhnung ("Reconciliacion") zwischen den Streitkräften und den Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppen und Verbände. Das Problem der Verhaftet-Verschwindenen spielt dabei eine zentrale Rolle. Während die Streitkräfte für ihre Menschenrechtsverletzungen eine Auto-Amnestie anstreben, geht es der katholischen Kirche offenbar darum, die Streitkräfte dazu zu bewegen, öffentlich einzugehen, daß während des "schmutzigen Krieges" (wie die Militärs die Jahre der schärfsten Repression gegen die Opposition nennen) Fehler gemacht wurden. Bisher sind diese Bemühungen ohne Erfolg geblieben.

Das am 4. Advent von den Kanzeln verlesene Hirtenwort belegt das magere Ergebnis: Es wurde aufgerufen zu einem Tag des Gebetes "für eine nationale Wiederversöhnung und als Fürbitte für die Gefallenen beider Seiten im Malvinenkrieg, sowie die durch Subversion und Repression Gefallenen". Obwohl an anderer Stelle des Dokuments noch steht, daß der Christ für die Wahrheit und Gerechtigkeit kämpft, ohne die es keinen stabilen und dauerhaften Frieden geben könne, ist in dem Dokument in keinem Wort die Rede von den Verhaftet-Verschwindenen und den Tausenden von wartenden Familien.

Unterlassene Hilfeleistung für Verschwundene

Als im November das Auffinden von Gräbern mit den Leichen von Verhaftet-Verschwindenen bekannt wurde und einige Nachrichten über das Wiederauftauchen von Verhaftet-Verschwindenen in den Zeitungen standen, ergriff eine Gruppe aus der Kirchengemeinde Dahlem in Berlin die Initiative, eine Delegation nach Argentinien zu schicken, die den Menschenrechtsorganisationen die Solidarität von Gruppen in der BRD zeigen und sich um das Schicksal der verhaftet-verschwundenen Deutschen und Deutschstämmigen kümmern sollte. Die Delegation wurde von mehreren Menschenrechtsorganisationen und der evangelischen Kirche in Buenos Aires eingeladen.

In Argentinien sind derzeit 59 Deutsche und Deutschstämmige verhaftet - verschwunden. Während die Regierungen von Österreich, Irland und Spanien zum Beispiel durch ihre Bemühungen die Freilassung ihrer Staatsbürger erreicht haben, haben die Aktivitäten des Außenministeriums und der bundesdeutschen Botschaft in Buenos Aires bisher zu keinem Ergebnis geführt.

In ihrem Abschlußbericht schildert die Delegation, daß sie zu der Überzeugung gekommen ist, dieser Mißerfolg beruhe auf dem mangelnden Einsatz der bundesdeutschen Diplomatie. Ein Delegationsmitglied berichtet:

"Insgesamt drei Gespräche führten einzelne Mitglieder der Delegation oder die Gesamtdelegation in der bundesdeutschen Botschaft. Alle drei Gespräche verliefen für die Delegationsmitglieder sehr unbefriedigend. Auf der einen Seite vermittelte uns Botschafter VERBEEK ein Bild Argentiniens und der Menschenrechtssituation, wie sie ein Angehöriger der argentinischen Streitkräfte nicht hätte überzeugender darstellen können, auf der anderen Seite waren der Herr Botschafter und Herr Konsul Born übereifrig bemüht, uns darzulegen, daß sie immer wieder und zu jeder erdenklichen Gelegenheit für die Aufklärung des Schicksals der deutschen/deutschstämmigen Verschwundenen eingetreten seien. 'Wir haben bei jedem offiziellen Gespräch mit Regierungsvertretern immer wieder die Namenslisten der deutschen und deutschstämmigen Vermißten weitergegeben.' Konsul Born sagte dagegen nach unserem ersten Gespräch beim Verabschieden: 'Ehrlich gesagt, wir haben nichts erreicht.'

Für Herrn Botschafter Verbeek liegt die 'Wahrheitsfrage' - wenigstens diesen Eindruck hat er bei uns hinterlassen - in der Gegenüberstellung von 600 - 700 durch die Subversion Ermordeten und etwa 7 000 durch die Repression Getöteten, wobei er viel Zeit dafür aufbrachte zu erläutern, warum es eher 6 800 als 7 200 Getötete seien. Konsul Born rechnete uns skribisch vor, daß von den 59 Namen ja NUR zwei echte Deutsche mit nur deutschem Paß, 18 dagegen Doppelstaatler seien, der Rest NUR deutschstämmig sei." An dieser Stelle bleibt anzumerken, daß sich die Bundesregierung seit Jahren aktiv für "nur" Deutschstämmige in der Sowjetunion, Rumänien usw. einsetzt. Es wäre an der Zeit, daß sie sich genauso aktiv für die deutschstämmigen Verschwundenen in Argentinien einsetzt!

Die Delegation kam zu folgendem Ergebnis: "Was den Erfolg für das Leben und das Wiederauftauchen deutscher Staatsbürger betrifft, so wird man sicher sagen können, daß die 'stille Diplomatie' des Auswärtigen Amtes gegenüber Argentinien in Frage zu stellen ist. Solange der politische Wille der Bundesregierung, ernsthaft für ihre verhaftet-verschwundenen Bürger in Argentinien einzutreten, nicht sichtbar wird, solange braucht die argentinische Diktatur sich auch nicht genötigt zu sehen, Rechenschaft abzulegen."

Möglichkeiten zugunsten des Lebens deutscher und deutschstämmiger Bürger etwas gegenüber der argentinischen Diktatur in die Waagschale zu legen, gibt es genügend. Was bis heute fehlt, ist der politische Wille dazu.

Als Beispiel: Der bundesdeutsche Finanzminister hat als Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein gewichtiges Wort bei den argentinischen Umschuldungsverhandlungen mitzureden."

Der IWF hat aber gerade zum Jahresende Argentinien erneut einen Kredit von 2 Mrd. US-Dollar bewilligt. Auch bei den internationalen Bankkrediten spielen - natürlich! - Fragen der Menschenrechte keine Rolle: Insgesamt 8,1 Mrd. Dollar kurz- und mittelfristiger Kredite wurden in den letzten Wochen dem Militärregime von den Banken zur Verfügung gestellt.

Daß Verbrechen von Militärregimen keinen Einfluß auf die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung haben, zeigt auch die Tatsache, daß Ende letzten Jahres eine der vier von den argentinischen Diktatoren bestellten Fregatten ausgeliefert wurde. Das Problem "Waffen oder Menschenleben" wird von der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten und den Bundesregierungen schon gewohnheitsmäßig zugunsten der Waffen entschieden.

Zum System des "Verschwinden"lassens

Die Delegation interessierte sich natürlich nicht nur für das Schicksal der deutschen / deutschstämmigen Verhaftet-Verschwindenen, sondern betrachtete das als einen Spezialfall der gesamten Problematik, der uns besonders angeht.

In ausführlichen Gesprächen und durch Einsicht in Dokumente wurde klar, daß die Praxis des Verschwindenlassens noch weitaus systematischer betrieben wurde, als man bisher angenommen hatte. So ist es falsch anzunehmen, die "Todesschwadronen" hätten, zwar mit Billigung des Regimes, aber doch relativ unabhängig operiert. Diese Form des Terrors wurde im September 1975 von einer Versammlung aller hohen Offiziere unter der Leitung des damaligen Obekommandierenden und späteren Putschführers General Videla beschlossen und in der Ausführung bürokratisch verwaltet: nach Aussagen von Bischof Jorge Novak sind im Innenministerium die Akten von 30 000 Verhaftet-Verschwindenen archiviert - selbst amnesty international konnte bisher "nur" ca. 15 000 Fälle von Verhaftet-Verschwindenen dokumentieren. Um die Verantwortung der Militär- und Polizeiapparate ständig zu betonen, sprechen deshalb die Menschenrechtsorganisationen auch nicht mehr von "Verschwundenen" sondern von "Verhaftet-Verschwindenen".

Die staatsterroristische Praxis der Verschleppung von Menschen, die meist mit großem Aufwand in aller Öffentlichkeit geschah, galt nicht nur den eigentlichen Opfern, sondern diente auch dazu, ein Klima der Angst und Einschüchterung zu schaffen. Niemand kann sicher sein, daß er nicht auch verschwindet, selbst wenn er sich überhaupt nicht politisch betätigt. Ein Offizier sagt aus, wenn bei 100 Entführten 5 wirkliche "Subversive" seien, sei das eine gute "Treffquote".

Dieses Klima des Terrors macht verständlich, weshalb sich erst jetzt, nachdem das Regime seine Stabilität verloren hat, immer mehr Menschen zur Opposition bekennen und die Aufklärung des Schicksals der Verhaftet-Verschwindenen fordern.

Forderungen der Delegation

Angeichts dieser Situation kam die Delegation zu folgenden Forderungen:

"Entsprechend einer Bitte der deutschen und deutschstämmigen Angehörigen von Verhaftet-Verschwindenen in Argentinien schlägt die Delegation dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland vor, - eine Kommission einzurichten, die offizieller kirchlicher Ansprechpartner der Familienangehörigen sei und zur Aufgabe hätte, gemeinsam mit den Initiativgruppen auf Gemeindeebene das Problem der Verhaftet-Verschwindenen nachdrücklich und ständig in die Öffentlichkeit der Bundesrepublik zu tragen, - zwei "deutschen" Madres eine offizielle Einladung zum Evangelischen Kirchentag im Juni 1983 auszusprechen.

Folgende Forderungen sollte der RAT der EKD und ihre Gliedkirchen an Bundesregierung und Parlament richten:

- Angesichts erfolgreicher nachdrücklicher Bemühungen westeuropäischer Regierungen, verhaftet-verschwundene Bürger ihrer Länder lebend zurückzugewinnen (Spanien, Österreich, Republik Irland), muß endlich das Problem der verschwundenen "Deutschen" zum BESTANDTEIL politischer und wirtschaftlicher Verhandlungen gemacht werden. Genannt seien hier nur die Umschuldungsverhandlungen und der genehmigungspflichtige Export von Atomkraftwerken und Kriegswaffen.

- Die in der bundesdeutschen Presse angekündigte Parlamentsdelegation nach Argentinien (SZ vom 12.11.82) ist dann unbedingt sinnvoll, wenn Regierung und Parlament den Willen erkennen lassen, ernsthaft das Problem der verschwundenen "Deutschen" lösen zu wollen.

Unter dieser Voraussetzung könnte ein offizieller Empfang "deutscher" MADRES aus Argentinien durch die Bundesregierung bedeutsame Zeichen setzen.



URANKÜNDIGUNG - BROSCHÜRE ÜBER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN ARGENTINIEN

Die argentinische Menschenrechtsorganisation CELS hat eine genaue Dokumentation über den letzten Stand der Erkenntnisse über das Repressionsystem in Argentinien erarbeitet. Sie enthält allgemeine Übersichten und Falldokumentationen. Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN werden in Kürze eine Übersetzung dieser Dokumentation veröffentlichen. Ca. 65 Seiten. Bestellungen sind ab sofort möglich.

Wir kämpfen für das Leben

Interview mit Müttern der Plaza de Mayo

Eine Woche nach dem Vierundzwanzigstundemarsch der Menschenrechtsorganisationen im Dezember letzten Jahres, erschien in der argentinischen Wochenzeitschrift NUEVA PRESENCIA folgendes, von uns leicht gekürztes Interview. Von den Müttern der Plaza de Mayo nahmen Hebe P. de Bonafini (Präsidentin), Maria Adela Gard de Antokoletz (Vizepräsidentin) und Renee Epelbaum (Vorstandmitglied) teil.

FRAGE: Wie begann die Bewegung der Mütter der Plaza de Mayo?

ANTOKOLETZ: Unsere Verzweiflung und unsere Ohnmacht in jenen bitteren Tagen, als sie unsere Kinder entführt hatten, waren sehr groß. Angesichts des Scheiterns aller legalen Versuche, als alle Behörden uns die Tür vor der Nase zuschlugen, machte eine Mutter den Vorschlag, wir sollten uns auf der Plaza de Mayo versammeln. Unser Ziel war, zum Regierungspalast zu gehen, um General Videla zu sehen, den wir fragen wollten, wo die Verschwundenen sind, die sie mehrheitlich am helllichten Tag und vor Zeugen entführt hatten.

FRAGE: Wann haben Sie genau angefangen?

ANTOKOLETZ: Anfang April 1977. Seit diesem Datum begannen wir unter uns zu diskutieren und entschieden, die erste Versammlung am 30. April zu machen. Es war ein sehr schwieriger Moment, und uns beherrschte eine gewisse Ungläubigkeit. In der herrschenden Verwirrung suchten wir den 30. aus, ohne zu merken, daß es ein Samstag war. Viele Mütter folgten dem Aufruf nicht, aber 14 Frauen versammelten sich auf dem Platz, für jeden sichtbar. Das war die erste Versammlung.

FRAGE: Wer hatte diese Idee?

ANTOKOLETZ: Unser Zeichen ist die weiße Lilie, denn es war Azucena (Lilie) Villaflor de Vincenti, die die Bewegung initiierte. Sie ist eine Person mit sehr klaren Gedanken und einem sehr sanften Charakter. Außerdem hatte sie die Eigenschaften einer Führerin. Alle Mütter folgten ihr ganz natürlich. Ihre Handlungsweise war fest und entschlossen. Wie Sie wissen, wurde sie von den Repressionsorganen entführt, und seither ist auch sie eine Verhaftet-Verschwundene.

EPELBAUM: Sie dachten, mit ihrer Entführung werde die Bewegung zusammenbrechen; aber der Repressionsapparat hat sich vollkommen geirrt.

FRAGE: Wie bewerten Sie den Widerstandsmarsch vom 10.12.?

BONAFINI: Das Volk sagte ja zu den Müttern. Lange Zeit konnte man die Leute nicht dazu bewegen, für dieses Problem zu demonstrieren; aber seit der Niederlage und der Lüge des Malvinenkrieges verallgemeinerte die Bewußtwerdung. Die Demonstration war für die Mütter sehr wichtig, weil sie den Grad von Solidarität und Zustimmung des Volkes, vor allem der jungen Menschen, erfahren konnten. Selbst die Kaufleute der Avenida de Mayo ließen uns ihre Solidarität und Hilfe zukommen. Das Haus "Modart" z.B. öffnete uns die Türen, und der Manager bot uns alles an, was wir brauchten (Bad, Kühlschrank, etc.) ohne sich wegen

der Hilfe Sorgen um das "Image" oder "die Millionen, die auf dem Spiel stehen" zu machen. Die "Freunde der Avenida de Mayo" gaben uns kostenlos Buns für die Mütter, die kein Geld für eine Mahlzeit hatten; ein Hotel ganz in der Nähe des Demonstrationsortes richtete einen speziellen Nachtdienst ein und stellte ein B.d mit Handtüchern, Seife und sogar Parfüm zur Verfügung. Die Restaurantbesitzer überließen uns die ganze Nacht lang die Stühle auf dem Bürgersteig. Mit anderen Worten, die Solidarität des Volkes war enorm. Die Jugendlichen verteilten Getränke, und Medizinstudenten hatten einen Sanitätsposten für Notfälle eingerichtet. Den Polizisten, die ebenfalls 24 Stunden lang dort waren, - natürlich aus ganz anderen Gründen: um uns den Zugang zum Platz zu verwehren - gab man nicht einmal ein Glas Wasser.



FRAGE: Wissen Sie, daß am Tag darauf das Fernsehen dauernd verbreitete, Sie seien Mütter und Großmütter von Terroristen?

BONAFINI: Ja, das wissen wir. Wir verfügen zwar nicht über das Fernsehen, aber wir haben die mächtigste Waffe der Menschheit, die Wahrheit. Die anderen aber, die können nur auf ihre Köpfe zählen und die sind leer. Denen fiel nichts anderes ein um uns herabzusetzen.

FRAGE: Haben die Leute die Angst verloren?

BONAFINI: Natürlich. Das Volk hat die Repression satt und heute gewinnt es den Mut, das auszusprechen. Es gibt viele, die keine verschwundenen Angehörigen haben, die aber von der schweren Krise betroffen sind. Die sozioökonomische Verschlechterung trug dazu bei, daß man unsere Forderung immer besser verstand. Gerade unter den jungen Menschen ist diese Frage am stärksten verwurzelt. Bei verschiedenen politischen Veranstaltungen übernahm die Jugend die Führung und solidarisierte sich mit unseren Forderungen.

EPELBAUM: Um Hebe zu ergänzen, das schlimme Ereignis der Malvinen - mit schlimmen physischen und psychischen Folgen für viele junge Menschen - half dabei, die Lüge zu entlarven, während der Propa-

gandaapparat der Regierung uns noch die Behauptung verkaufen wollte, wir lebten im besten aller Länder, indem man uns im Fernsehen nette Kinder zeigte, die glücklich auf den Plätzen des Barrio Norte spielen; dabei verschwieg man die steigende Zahl der Volksküchen in den Stadtrandgebieten.

FRAGE: Sie versammeln sich seit 1977 jeden Donnerstag auf der Plaza de Mayo?

BONAFINI: Nein. Das ganze Jahr 1979 über erschienen wir nur sporadisch und spontan, da die Repression gegen uns brutal war. Innerhalb von Minuten verhafteten sie fünfzig oder sechzig von uns und mißhandelten uns im Kommissariat. Um nicht allzu große Risiken einzugehen, beschlossen wir, nur noch Blitzaktionen durchzuführen. In diesen gespannten Tagen mußten wir uns in verschiedenen Kirchen treffen. Zwischen Vaterunser und Ave Maria gaben wir uns Nachrichten weiter, die mit den anstehenden Aufgaben zusammenhingen. Das war lange Zeit unsere Kommunikationsform.

FRAGE: Viele Menschen fragen sich, woher Sie soviel Durchhaltevermögen und Kraft nehmen.

EPELBAUM: Die Antwort liegt auf der Hand: wir suchen verzweifelt nach unseren Kindern.

BONAFINI: Wir haben erkannt, daß der Kampf von allen für alle geführt wird. Nicht nur für die abwesenden Kinder, sondern auch für die Notwendigkeit, eine Klima ohne Repression, ohne gefoltete und verschwundene Jugendliche zu schaffen. Wir kämpfen für das Leben. Unsere Kräfte entstehen aus der Anerkennung des Volkes, vor allem der Jugend.

EPELBAUM: Ich habe drei verschwundene Kinder. Ich bin ganz allein, weil ich verwitwet bin und niemanden mehr habe. Aber es gibt Dinge, die einem dabei helfen zu überleben. Während unserer Demonstration kam ein junger Mann auf mich zu und sagte: "Sie hinterlassen ein Erbe, eine Wachkommenschaft." Ich werde Ihnen nicht sagen, daß das unseren Schmerz vermindert, aber es tröstet und spendet Wärme.

BONAFINI: Ich bin der gleichen Meinung. Auch wenn viele mich nicht verstehen werden, sage ich, daß ich am Donnerstag und Freitag während des Marsches glücklich war, als ich das Volk sah, das uns unterstützte. Alle halfen uns und gaben uns Kraft. Ich werde nicht aufhören, das zu wiederholen.

FRAGE: In der ersten Zeit, als Ihre Bewegung noch nicht konsolidiert war, versuchten viele Mütter in ihrer Verzweiflung, auf eigene Faust Kontakt mit einem Sektor der Macht (Militärs, Beamte usw.) aufzunehmen. Normalerweise wurde ihnen gesagt, sie sollten nicht so viel Wind machen und ruhig abwarten. Damit würden sie am meisten für ein Wiedersehen mit ihren Kindern tun. Aber Sie haben sich nie an diesen Rat gehalten, nicht wahr?

ANTOKOLETZ: Genau. Ein gutes Beispiel dafür ist eine Mutter, die mit ihrer Tochter mitten im Zentrum in der Nähe des Regierungsgebäudes entführt wurde. Die Tochter ist weiterhin verschwunden, aber die Mutter ließen sie nach zwei Tagen frei. Achtundvierig Stunden lang durchlebte sie die Hölle, während sie die Schreie ihrer Tochter hören mußte: "Ich kann es nicht mehr aushalten, ich werde sterben." Als sie die Mutter gehen ließen, warnten sie sie: "Vorsicht, wenn Du auch nur ein Wort sagst. In diesem Land hat man schnell einen Verkehrsunfall, oder eine Person verschwindet." Diese Einschüchterung hielt aber die Mutter nicht davon ab, sofort nach ihrer Freilassung die entsprechende Anzeige zu machen und den Kampf fortzusetzen.

FRAGE: Was würde geschehen, wenn sie einige der Entführer oder Folterer in Ihrer Gewalt hätten? Haben Sie den Wunsch nach Rache?

EPELBAUM: Rache, nein. Gerechtigkeit, ja. Wir verlangen nicht, daß der Feltorer gefoltert, der Entführer entführt wird.

FRAGE: Was verlangen Sie?

EPELBAUM: Wir verlangen, daß man sie entsprechend den Gesetzen vor ein ehrliches Gericht stellt.

BONAFINI: Vom Volk ausgewählte Gerichte sind die einzige Garantie, daß es keine Gefälligkeitsurteile gibt. Und die Verurteilten werden die Garantien - einschließlich Verteidiger - haben, die sie unseren Kindern verweigerten.

FRAGE: Im Land geht das Gerücht um, daß viele Politiker mit der Regierung über die Verschwundenen verhandeln. Wie erleben Sie diese Situation? Sehen Sie das auch?

BONAFINI: Natürlich; wir merken wer verhandelt und wann. Aber wir haben viel Vertrauen in die Jugend der verschiedenen Parteien. Wir glauben, daß sie bei dem geringsten Anzeichen einer Abweichung beim Thema der Verschwundenen die Parteien verlassen und sich anderen anschließen werden, die nicht verhandeln. Und wenn ich junge Menschen sage, dann beziehe ich mich auf die, die 40 sind und jünger. Sie werden keine Verhandlungen über dieses Thema zulassen, denn sie wissen, wenn sie das gestatten, werden die gleichen Politiker eines Tages dazu imstande sein, über ihr Leben zu verhandeln.

FRAGE: Was denken Sie über das Projekt einer Auto-Amnestie, das die Militärs für sich planen?

ANTOKOLETZ: Das ist lächerlich, absurd und darf nicht zugelassen werden. Sollen sie sich etwa selbst die Barbarei, deren sie sich schuldig gemacht haben, vergeben? Die Hecker können nicht zugleich auch Richter und Verteidiger sein.

EPELBAUM: Die Idee der Auto-Amnestie zeigt die große Angst, die sie vor der Strafe haben, die ihnen für die Entführungen und Verbrechen zusteht. Sie malen nachts beleidigende Parolen auf die Wände unserer Wohnungen und unseres Büros und wagen es nicht, ihr Gesicht zu zeigen. Wir dagegen arbeiten am Tag. Ebenso die jungen Männer, die von den Malvinen zurückgekommen sind, und öffentlich die Verbrechen ihrer Befehlshaber anklagen.

FRAGE: Welch ein Paradox! Die unbeugsamen Militärs haben Angst vor einer Gruppe von Müttern ...

ANTOKOLETZ: Wir sind eine Handvoll Frauen ohne Waffen. Uns leitet nur die Liebe zu unseren Kindern. Unsere Forderungen sind legitim und wir wollen nur wissen, wo sie sind. Diese Legitimität ist unsere Stärke, und vor dieser Forderung nach Gerechtigkeit zeigen sich die Militärs schwach.

FRAGE: Wird der Tag kommen, an dem Sie nicht mehr mit Ihren weißen Kopftüchern zur Plaza de Mayo gehen müssen?

EPELBAUM: Ja, der Tag, an dem unsere Kinder zurückkommen und die Verantwortlichen dieser nationalen Tragödie zur Verantwortung gezogen werden.

ANTOKOLETZ: Ich bin fest davon überzeugt, daß wir Mütter, solange wir noch um ein einziges Menschenrecht kämpfen müssen, auf der Plaza de Mayo sein werden. Unsere Tragödie bewirkte unser Engagement für den Rest unseres Lebens.

BONAFINI: Ich möchte dieses Medium nutzen, um zu sagen, daß falls es noch Mütter gibt, die noch nicht das Verschwinden ihrer Kinder angezeigt haben und sich noch keiner Menschenrechtsbewegung angeschlossen haben, für sie die Stunde gekommen ist, das zu tun. Unsere Kraft wird für die Lösung der Probleme sorgen.

Alte Partei vor neuem Aufwind?

Als zu Beginn des Jahrhunderts die argentinischen Mittelklassen gegen die politische Hegemonie der Agraroligarchie aufzubegehren begann, wurde die Unión Cívica Radical (also etwa: Radikale Bürgerunion - UCR) zu ihrem politischen Instrument. Mit der Erkämpfung des "allgemeinen" (auf Männer beschränkten) Wahlrechts 1912 war der Durchbruch geschafft: Von 1916 - 1930 stellten die Radikalen den Präsidenten. Ohne eigene starke sozio-ökonomische Basis vermochten sie aber nicht, viel von ihrem nationalistischen Programm zu verwirklichen und strukturelle Änderungen zu bewirken. Mit der goldenen Zeit des Agrarexportbooms war schließlich auch die große Zeit der radikalen vorbei: 1930 putschte sich die Oligarchie zurück an die politische Macht.

Heute, in Erwartung des Endes des Militärregimes, gibt es Bestrebungen, die älteste argentinische Partei zu einem Neuanfang zu führen.

Die UCR besteht aus drei Tendenzen auf nationaler und einer Vielzahl auf regionaler oder lokaler Ebene. Die Mitglieder erklären ihre Zugehörigkeit zu einer Tendenz, und der Caudillo im örtlichen, regionalen oder nationalen Maßstab tritt mit einem der Anzahl "seiner" Mitglieder entsprechenden Gewicht in die innerparteiliche Diskussion.

Der Apparat der UCR ist vor allem mit Leuten aus der Tendenz des 1981 verstorbenen Parteiführers Balbín besetzt, der die Partei jahrzehntelang dominierte und dessen politisches Selbstverständnis mit dem Schlachtruf "Balbín oder Bulganin" markiert ist, mit dem er 1958 in den Wahlkampf zog. Diese Tendenz, die Balbinisten oder "Línea Nacional", ist jedoch selbst zerstritten, wenn es darum geht, einen Vor-Kandidaten für zukünftige Präsidentschaftswahlen zu präsentieren.

Die zweite Tendenz ist das "Movimiento de Renovación y Cambio" (Bewegung der Erneuerung und des Wandels) Raúl Alfonsíns. In der Erkenntnis, daß den Peronisten ein Wahlsieg nicht zu nehmen ist, wenn ihnen lediglich der bürokratische Parteiapparat der UCR entgegentritt, bemüht er sich, ihnen das charakteristische Merkmal zu entreißen, das sie bisher noch in allen Wahlen unbesiegbar gemacht hat: Weniger Partei als vielmehr Bewegung zu sein. Um die UCR will Alfonsín eine demokratische Volksbewegung schaffen, "reformistisch, national, progressiv und mehrheitsfähig", wie er es auf einer großen Kundgebung am 7.12. sagte. Diese, mit 10000 Teilnehmern die bisher größte Veranstaltung der jetzigen Phase der Reorganisation der Parteien und Mobilisierung ihrer Anhänger, zeigte, daß er tatsächlich in der Lage ist, jenseits seiner Partei zu mobilisieren, vor allem in der Jugend. Diese Fähigkeit könnte ihm helfen, innerhalb seiner Partei, in der seine Linie wohl weiterhin in der Minderheit ist, über Absprachen - etwa eine Verbindung mit der Línea Nacional - zum Präsidentschaftskandidaten gekürt zu werden. Ein-

deutig ist jedoch, daß es ihm zwar gelungen ist, jenseits der Grenzen seiner Partei, jedoch nicht jenseits ihrer traditionellen sozialen Basis zu mobilisieren: Die Kundgebungsteilnehmer kamen vor allem aus den Mittelklassen. Für den Aufbau einer Volksbewegung ist das natürlich eine prinzipielle Schwäche.

Die große Rivale, die peronistische Partido Justicialista, ist aber ebenfalls noch nicht reorganisiert und untermauert ihren Anspruch, wieder Achse einer Volksbewegung zu werden, mit Leistungen der Vergangenheit, ihrer "kohärenten Doktrin" und der Unterdrückung, die sie unter den Militärrégimes der vergangenen Jahrzehnte erlitt. Dem Wahlpotential Alfonsíns, den zahlenmäßig großen Mittelklassen, hat sie jedenfalls (noch ?) nichts zu bieten.

Alfonsín, dem ein langer Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen zu gute gehalten wird, stellt sich selbst in die Reihe der Führer von Volksbewegungen: Yrigoyen (der erste UCR-Präsident) - Perón - und jetzt er. Er sagt auch, warum er es sein müsse, der eine neue Volksbewegung führt: Wenn der "autoritäre oder demagogische" Peronismus die Forderungen des Volkes vertritt, verstöße das gegen die "Rationalität des ökonomischen Systems". Ob es ihm gelingt, von solchen Positionen aus nennenswerte Sektoren der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen, unerläßliche Bedingung für die umfassende Volksbewegung, die er im Auge hat -, ist zweifelhaft. Im übrigen spielt Alfonsín mit der Gefahr, daß die Armee einen peronistischen Sieg womöglich nicht akzeptiere. Dennoch müsse es zu einer Übereinkunft mit den Peronisten kommen, um so eine starke nationale Führung zu schaffen, die keinen Vorwand für erneutes militärisches Eingreifen biete.

Für die schwammigen Vorstellungen, wie denn die vielfältige Krise Argentiniens vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet überwunden werden soll, scheint die Selbstcharakterisierung Víctor Martínez' kennzeichnend, des Führers der unabhängigen UCR-Tendenz aus Córdoba, der mit Alfonsín als Vor-Kandidat zur Vize-Präsidentschaft auftritt: "Wir sind nicht rechts und nicht links, und auch nicht in der Mitte; wir bieten die Gelegenheit, ein neues Land zu schaffen, mit allen und demokratisch."

Es sei noch die dritte nationale Tendenz der UCR erwähnt, das "Movimiento de Afirmación Yrigoyenista" (also etwa: Bewegung der Yrigoyenistischen Bestätigung) Luis Lebas, der ebenfalls gegen die bürokratischen Strukturen ihre Ursprünge einer sozialen Bewegung wiederbeleben und die Partei modernisieren will. Ihm wird ein harter Widerstand gegen das Militärregime von Beginn an bescheinigt. Seine Bedeutung dürfte aber beschränkt bleiben, zumal Línea Nacional und Alfonsínisten auf dem Wege der Verständigung zu sein scheinen. Was auch nicht so schwer sein dürfte, denn wieder schon erwähnte Víctor Martínez bemerkt: "Unter Radikalen sind die Prinzipien dieselben, und diese Prinzipien sind unveränderbar."



Raúl Alfonsín

PERU

Unaufhaltsam in die Krise

Die Entwicklung der wirtschaftlichen und vor allem politischen Lage in Peru hat das Land in den letzten Wochen wieder in die vorderen Seiten der internationalen Presse rücken lassen. Es wird immer deutlicher, daß die demokratische Regierung Fernando Belaunde Terry, die bei seinem Amtsantritt 1980 international begrüßt wurde, sich innerhalb ihrer fast 3-jährigen Amtszeit in eine Sackgasse manövriert hat, aus der es kaum ein Entrinnen geben wird.

Rücktritt des Kabinetts

Mitte Dezember 1982 reichte der bisherige Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Manuel Ulloa seinen Rücktritt ein. Mit ihm verabschiedete sich das ganze Kabinett. Für Belaunde kam dieser Schritt ein halbes Jahr zu früh. Er hätte es mit seinem Ministerpräsidenten noch bis Mitte des Jahres durchstehen wollen, über vorausgegangene Skandale und zunehmende Mißstimmigkeiten zwischen den verschiedenen Flügeln der Regierungspartei AP (Accion Popular) machten Ulloa untragbar.

Immer mehr häuften sich die Vorwürfe, daß er in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsminister versagt hatte. Seine Politik der "Freien Marktwirtschaft" (Aufhebung der Import- und Exportbeschränkungen, regelmäßige Abwertung des Sol gegenüber dem US-Dollar, Anhebung der Zinssätze, Reprivatisierung staatlicher Betriebe bei gleichzeitiger Aufhebung der Subventionen für Grundbedarfsgüter und rigoröser Kürzungen der Ausgaben der öffentlichen Hand) konnte weder die Inflation bei der versprochenen Rate von 45% halten (in der Tat lag sie 1982 bei über 70%), noch die Auslandsschuld verringern (sie stieg von 7 Mrd. US-Dollar Mitte 1980 auf ca. 11 Mrd. Ende 1982), geschweige denn die Arbeits- und Lebenssituation der Bevölkerung verbessern. Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu und liegt über 50%.

US-Manager planen Staatshaushalt 1983

Schon im April 1982 hatte Ulloa und sein Team im Kampf um die Kontrolle der öffentlichen Ausgaben ein nordamerikanisches Wirtschaftsinstitut (MAC - Management Analysis Center of Boston) angeheuert, die Planung für den Staatshaushalt 1983 zu übernehmen. Die Kosten für die Studie - über 1 Mio US-Dollar - lief die Weltbank.

Der maßgeschneiderte Plan, der von vorneherein ein Haushaltsdefizit von 785 Mio US-Dollar einkalkuliert, sieht 50% des Budgets für die Aufrechterhaltung der staatlichen Betriebe und Infrastruktur vor, 34% für die Tilgung der Auslandsschulden und 16% für Neuinvestitionen (darunter einige aufwendige Bewässerungs- und Elektrizitätsgewinnungsprojekte) wobei die Ausgaben für den Kauf von 26 französischen Kampfflugzeugen Mirage 2000 und der Bau einer Marinebasis für 600 Mio US-Dollar noch nicht einberechnet sind. Mehr als die Hälfte des Geldes soll durch die Erzeuger- und Verbrauchersteuern aufgebracht werden, 13% durch die Einkommenssteuer und 21% durch die Import- und Exportsteuern.

Die Kritik an diesem Plan kam aus den Reihen der eigenen Partei, die die zugrundeliegenden Zahlen dieser Berechnungen als viel zu optimistisch und inflationär einstufte. So wurde für 1983 von ei-

ner Erhöhung der Exportgewinne um 20%, einer Steigerung des BIP um 3% und einer Inflationsrate von 55% bei einem durchschnittlichen Tauschkurs von 965 Soles pro Dollar (schon Ende 1982 lag das Verhältnis bei 930:1) ausgegangen.

Eine weitere Front eröffneten einige AP-Abgeordnete, die Druck auf die Haushaltsberatungskommission machten, die Tätigkeiten der öffentlichen Hand auszuweiten und langsam zu machen mit den Kürzungen der Subventionen für Grundbedarfsgüter angesichts der Gemeinderatswahlen, die 1983 fällig sind.

Ein geheimes Papier für den Internationalen Währungsfonds

Hinter all diesen Rechenkünsten steckt der Internationale Währungsfond mit seinem Diktat, für das kommende Jahr nicht mehr als 960 Mio Dollar Schulden hinzunehmen.

Die oppositionelle Tageszeitung "El Observador" veröffentlichte im Dezember ein angeblich geheimes Programm zur Inflationsbekämpfung, erstellt vom Präsidenten der Zentralbank Richard Webb und dem Staatssekretär aus Ulloas Wirtschaftsministerium Roberto Abusado in englischer Sprache und gerichtet an den IWF, um dessen Billigung einzuholen.

Dieses Dokument geht von düsteren Prognosen aus: kein oder nur geringes Wachstum, steigende Arbeitslosigkeit und weitere Betriebs-schließungen bei ungünstiger Entwicklung fast aller Industriezweige. Für 1983 steht die Inflationsbekämpfung an oberster Stelle. Der Trend der vergangenen 6 Jahre (Inflation über 60%) soll rückgängig gemacht werden. Als Maßnahme werden ins Auge gefaßt: Aufhebung der Preiskontrolle, Devisenkontrolle, Zinssenkung, Möglichkeiten der Reduzierung von Angebot und Nachfrage etc. Das alles sind jedoch stumpfe Waffen in Anbetracht der Tatsache, daß auch in Peru der US-Dollar immer knapper wird, da die internationalen Banken zunehmend den Han für lateinamerikanische Regierungen und private Unternehmen zudrehen.

Innenpolitik

Auch innenpolitisch hat Ulloa in den Augen seiner Kritiker versagt. So ist es ihm und seinem Innenminister Gagliardi vor allem nicht gelungen, die im 2. Halbjahr 1982 zunehmenden Guerillaaktionen der Gruppe Sendero Luminoso (vgl. LN Nr. 107 S. 48 ff) wirkungsvoll zu bekämpfen.

Innenminister Gagliardi bot schon Ende September seinen Rücktritt an, als Belaunde sich weigerte, sein Verhandlungsangebot an die "Senderistas" zu unterstützen. Der harte Flügel wollte ein schärferes Durchgreifen, notfalls auch mit Hilfe des Militärs, dessen Drängen Belaunde in der Zwischenzeit auch nachgegeben hat.

Sorgen macht aber auch der wachsende Unmut der Arbeiter und anderer Bevölkerungsschichten über die Wirtschaftsmisere, der sich auf der Straße entlädt. So wurde das Land in den vergangenen Monaten von einer Serie von Streiks im öffentlichen Dienstleistungssektor und in der Häfen geschüttelt. Andere Sektoren drohten mit ähnlichen Maßnahmen.

Als die stärkste Aktion gegen die Regierungspolitik bisher werden die 2-tägigen Straßenblockaden am 25. und 26. November im Rahmen des "Nationalen Agrarstreiks" gewertet. Die linke Landarbeitergewerkschaft CCF und die pro-velasistische CNA hatten dazu aufgerufen. Die Beteiligung fiel je nach Region sehr verschieden aus. Zu Aktionen kam es vor allen Dingen auf der Panamerikana südlich und nördlich der Hauptstadt Lima, wo die Landarbeiter der großen Kooperativen an der Küste die lebensnotwendigen Versorgungsadern erfolgreich blockierten.

Ihr Protest wendete sich gegen die Preispolitik der Regierung, die dazu führte, daß die Verkaufspreise für die Produkte Baumwolle, Reis, Mais unter die Erzeugerpreise fielen während der Import von Reis zu Dumpingpreisen zunahm. Aber auch dagegen, daß die Vermarktung der Erzeugnisse wieder weitgehend in die Hände von privaten Zwischenhändlern gelegt wurde, was ihren Kooperativenstatus unterläuft.

Bei Zusammenstößen mit der Polizei gab es einen Toten und etliche Verletzte. Die Regierung drohte mit Maßnahmen gegen die verantwortlichen Gewerkschaftsführer und mit der Konfiszierung der zur Blockade benutzten Fahrzeuge und Geräte.

Was Ulloa vollends das Rückgrat brach, waren Enthüllungen über seine Verwicklung in einen über 2 Monate durch die Presse geisternden Bestechungsskandal. Es handelt sich um das Privatunternehmen "Irigadora Chimbote S.A." Eine Firma für Bewässerungstechnik, der der Staat eine riesige Entschädigungssumme für brachliegende Ländereien zahlte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Erpressung, Betrug und Unterschlagung.

Das neue Kabinett

Aber noch gab sich Ulloa, der seine politische Karriere auch hinsichtlich der 1985 stattfindenden Präsidentschaftswahlen wohl im Auge behielt. Er bot sich an, den Posten des Innenministers zu übernehmen. Das stieß jedoch bei weiten Kreisen seiner eigenen Partei, die soviel Machtentfaltung mit Argwohn beobachteten, auf heftigen Protest.

Als neuer Ministerpräsident und gleichzeitiger Außenminister wurde Fernando Schwalb Aldaña ernannt.

Er war bisher Vizepräsident der Republik und Botschafter in Washington. Er gilt als einer der versiertesten peruanischen Diplomaten. Der 66-jährige ist AP-Mitglied der ersten Stunde (seit 1956) und ein enger Freund Belaundes, unter dessen erster Regierung (1963-1968) er bereits das gleiche Amt ausübte. Nach dem Staatsstreich von Genral Velasco (1968) ging er in die USA und kehrte zusammen mit Belaunde 1976 zurück.

Als Wirtschafts- und Finanzminister ist Carlos Rodriguez Pastor vorgesehen. Er war bisher Leiter für die lateinamerikanischen Geschäfte der Wells Fargo Bank (Sitz in San Francisco) und gilt als ein orthodoxerer Monetarist als Ulloa. Alva Orlandini, Ulloas Widersacher innerhalb der AP sicherte ihm bereits seine Unterstützung zu. Rodriguez Pastor, der unter Belaundes erster Regierung bereits Präsident der Zentralbank war, lebte 14 Jahre in den USA. Von der Wells Fargo aus hatte er häufig Kredite für Belaundes Regierung locker gemacht. Diese Erfahrungen und Kontakte zu den internationalen Banken machen ihn zum geeigneten Mann für den Posten des Finanzministers. So sieht es auch Roberto Abusado: "Keine vernünftige Person würde diesen Job übernehmen, wenn sie sich nicht der Unterstützung des internationalen Finanzkapitals sicher wäre!" Der Innenministerposten ist noch unbesetzt. In die engere Auswahl kommt jedoch Fernando Rincon Bazo, 2. Bürgermeister von Lima. Er stammt aus einer Offiziersfamilie und favorisiert einen harten Kurs gegenüber der Guerilla.

Armee auf Terroristenjagd

Am 26. Dezember 1982 stellte Belaunde Sendero Luminoso das Ultimatum, sie sollten innerhalb von 3 Tagen die Waffen strecken und sich ergeben, sonst würde das Militär eingesetzt werden. Die Senderistas antworteten mit einem Gegenultimatum, in dem sie den bereits den im südlichen Andendepartement Ayacucho, dem Hauptschauplatz der Auseinandersetzungen, zusammengezogenen Truppen 24 Stunden zum Abzug gaben. Einige Genossen von Sendero Luminoso nahmen einen Radiosender ein, um ein Komunique zu verbreiten, in dem die Regierung

für das zukünftige Blutvergießen verantwortlich gemacht wird.

Seit 30. Dezember operieren nun ca. 1500 schwerbewaffnete Soldaten des Heeres in verschiedenen Provinzen des Departaments Ayacucho. Selbst Hubschrauber werden in den schwer begehren Gegenden eingesetzt. Die Aktionen konzentrieren sich vorwiegend auf die Gegenden um die Provinzstädte Cangallo und Huancapi (südlich von Ayacucho) und Huanta (nördlich von Ayacucho). Dort und entlang des Pampas-Flusses befinden sich die sogenannten "befreiten Gebiete" der Guerilla, der es gelungen ist, die Polizeikräfte dort weitgehend zu vertreiben oder so zu umzingeln, daß sie aktionsunfähig geworden sind. Dies wurde auch von der konservativen Tageszeitung "La Prensa" aufgegriffen, die berichtete, daß 2 Distrikte in Ayacucho bereits unter der Kontrolle von Sendero Luminoso stünden und die Polizei der Lage dort nicht mehr Herr werden würde. Eine Tatsache, die die Polizei nicht eingestehen will. Alle lokalen Polizeichefs wurden jedoch abgesetzt, als das Militär in diesem Gebiet das Kommando übernahm, das sich seitdem sozusagen im Kriegszustand befindet.

"Terrorist, heute nacht kommen wir dich besuchen, fressen deine Eingeweide, trinken dein Blut und sprengen deinen Kopf in die Luft!"

Mit solchen Sprüchen präsentierten sich die in der Hauptstadt Ayacucho einmarschierenden Soldaten der eingeschüchterten Bevölkerung. Besonders gefürchtet ist die Antiterrorspezialeinheit "Sinchis". Seit ihren immer brutaler und häufiger werdenden Razzien auf dem Land hat eine massive Flucht der betroffenen Bevölkerung in die Städte eingesetzt. Bis zu einem Drittel sollen geflohen sein. Nur Alte und Kinder sind in den Dörfern zurückgeblieben. Denn vor den Übergriffen der Sinchis ist niemand sicher. In wenigen Wochen haben sie viele unschuldige Bauern getötet. Sie plündern Läden, setzen Häuser in Brand und nehmen massenhaft Bauern fest. Ihre Untaten gingen soweit, daß es zu Spannungen zwischen ihnen und den regulären Streitkräften gekommen ist. Aber die harte Linie scheint Vorzug zu haben. Die linke Tageszeitung "El Diario" berichtet von militärischen Plänen über den Einsatz von Napalm, wie schon bei der Guerillabekämpfung in den 60er Jahren.

Die Militärintervention in Ayacucho zerstört nicht nur die soziale sondern auch die ökonomische Basis nachhaltig. So ist der Tourismus, von dem die ganze Region lebt, völlig zum Erliegen gekommen, ebenso die davon abhängige kunsthandwerkliche Heimindustrie. Auch die Universität, einst die ideologische Hochburg von Sendero Luminoso, bevor sich die Genossen und Genossinnen in die Berge verzogen, die immerhin jedem siebten in der Stadt Beschäftigung bot, steht kurz vor der Schließung. Die Kurse sind nur noch zu einem Drittel besetzt, weil die Studenten in der ständigen Angst vor den Repressionen leben.

Sendero Luminoso bisher noch nicht geschlagen

In der Zwischenzeit ist in zwei weiteren Provinzen des Departaments Ayacucho der Ausnahmezustand verhängt worden. Begründet werden diese Maßnahmen mit den vor Weihnachten verstärkten Aktionen der Guerilla. Neben den bisher üblichen Aktionen wie Bombenanschläge und Überfälle sind die Senderistas dazu übergegangen in zunehmenden Maße die auf ihrer Todesliste vermerkten Repräsentanten des Systems zu liquidieren.

So schossen sie jüngst auf den Bürgermeister und seinen Stellvertreter in Ayacucho und verletzten beide schwer, erschossen später den Leiter des Regionalbüros des nationalen Kulturinstituts und

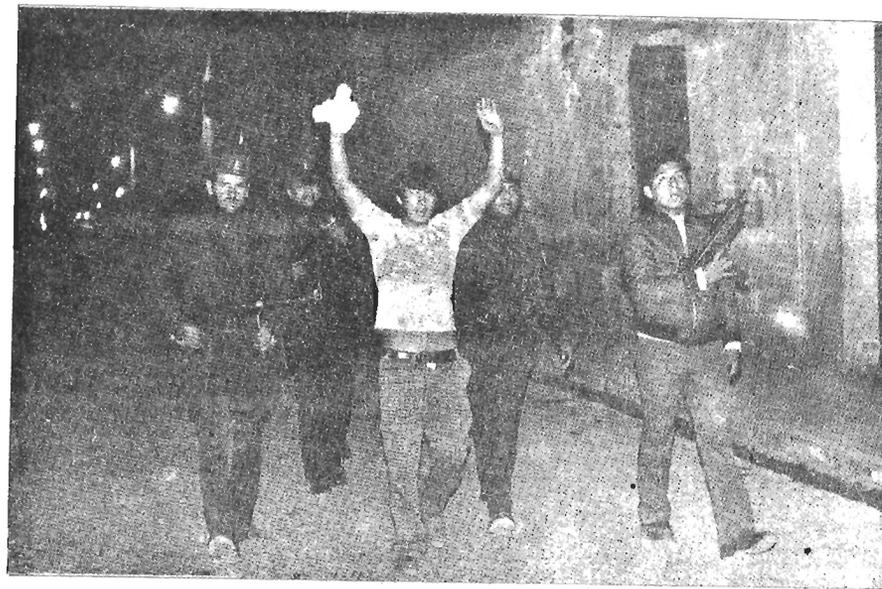
den Bürgermeister einer kleinen Ortschaft, 120 km nördlich von Ayacucho. Viele Würdenträger, die auch auf dieser Liste stehen, sind gewarnt und bereits von ihren Ämtern zurückgetreten.

Am 3. Dezember, zum 52. Geburtstags des Sendero-Führers Abimael Guzmán leuchtete ein gigantisches Feuer in Form von Hammer und Sichel von einem Hügel über der Hauptstadt Lima. Kurz zuvor waren 4 Hochspannungsmasten in die Luft gesprengt worden, die nicht nur in Lima sondern auch in anderen Küstenstädten zu einem völligen black-out führten. Ähnliche "Geburtstagsfeierlichkeiten" fanden auch in Ayacucho statt, begleitet von einem erneuten Überfall auf einen Polizeiposten auf dem Land.

Laut Aussagen eines Polizeichefs in Ayacucho ist das Hauptproblem der Senderistas die Bewaffnung. Alle Waffen sollen seiner Meinung nach aus Überfällen auf Polizeistationen oder Waffendepots kommen. Über Waffenlieferungen aus dem Ausland liegen keine Kenntnisse vor. Es wird angenommen, daß die Anzahl der Schnellfeuerwaffen unter 200 liegt. Wenn die Senderistas mehr hätten, hätten sie sicher schon längst die Hauptstadt Ayacucho eingenommen.

Es werden in der Zwischenzeit Stimmen laut, die befürchten, daß die massiven und brutalen militärischen Einsätze gegen die Guerilla, mutmaßliche Sympatisanten und Unbeteiligte, immer mehr Leute in die Reihen der Aufständigen treibt. In manchen Gegenden der Region gibt es außer Sendero Luminoso keine politischen Organisationen mehr. In manchen Dörfern werden bereits unter Anleitung der Senderistas Bauernmilizen gebildet und darauf vorbereitet, den Kampf gegen das System unter allen Entbehrungen auf sich zu nehmen.

In Lima sind Anfang Januar 400 politische Gefangene auf der Gefängnisinsel "El Fronton" in einen Hungerstreik getreten, um gegen die unmenschlichen Haftbedingungen zu protestieren.



Thatcherismo contra Machismo oder die Profilneurosen

Während E.T. in der nördlichen Hemisphäre für die Begegnung der 3. Art sorgt, zwar noch unter Berührungängsten, doch in einer Form, wie sie schon Michelangelo in der Sixtinischen Kapelle vorausempfunden hat, sorgt auf der südlichen Hälfte des Globus jene andere Gestalt für die Begegnung 1. Art.

Mit Getöse sackt die Transportmaschine des Typs Hercules mit ihrer "Hercula" auf der Landepiste von Port Stanley nieder. Die gußeisenerne Befreierin mit dem kalten Standardlächeln.

Die rauhen Winde im Vaterland haben sie die sommerliche Wärme im "Mutterland" suchen lassen. Nicht einmal Töchterchen Carol wußte von Mutters Plänen. Ihre Antwort: "Aber so ist Mutter eben". Ähnlich dürfte es auch Ron ergangen sein, der erst vor kurzem den Titel "Der beste Mann von Großbritannien" gegeben hatte.

Was den Nordamerikanern ihr Westernheld, den Lateinamerikanern ihr Machismo, ist für die Europäer die "Eiserne Lady". Der Kontinent hat nicht viel zu bieten. Einmm Kchl mit 1,90 cm von dem man kaum spricht, obwohl er ein ansehnliches Gewicht auf die Waage bringt. Mitterand ist damit beschäftigt, alte Hofzeremonien zu entrümpeln und weitere profillose oder profilierte Politiker vervollständigen das Angebot.

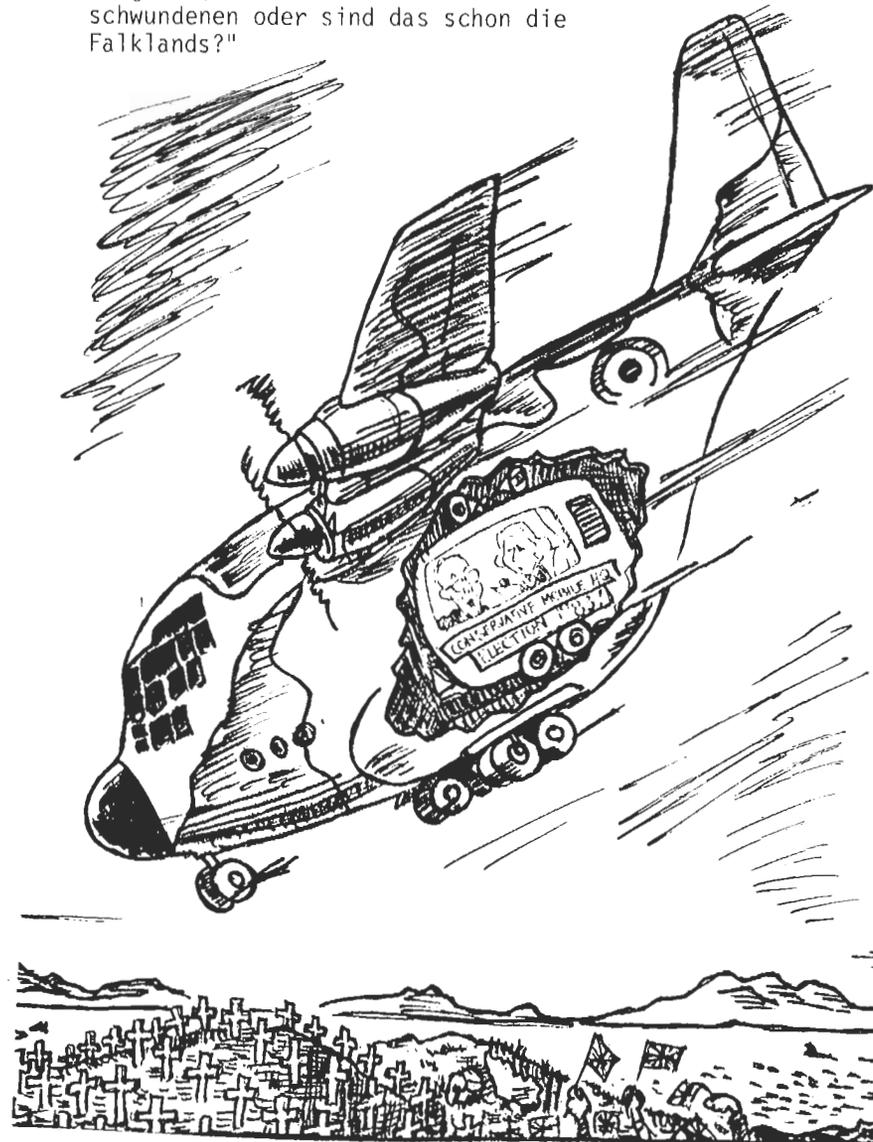
Apropos Profil, bei einer Queen die auf mehr als 25 Jahre unbefleckten Herrschertums zurückblicken kann und einer, vor kurzem den Thronfolger geborenen, Lady Di konanten Profilneurosen bei "Mutter Maggie" nicht ausbleiben. Also ergriff sie ganz einfach die Flucht nach vorn, auch wenn es dazu gleich 13000km zurückzulegen galt. Doch wie so oft im Leben kam ihr dabei der Zufall zu Hilfe, denn unter ähnlichen psychischen Defiziten litten auch die Militärs in Argentinien und ihr Rezept war das gleiche nur, daß sie eine kürzere Distanz hatten.

Und wie schon im Film hieß es schließlich "Einer kam durch" (Der beste Mann ...) und der dachte sich wahrscheinlich, "Hunde wollt ihr ewig leben".

Die Medien bauten der Siegerin und Falklandheldin einen ansehnlichen Triumphbogen. Das Empire war gerettet und die Arbeitslosen waren zumindest vorübergehend wieder beschäftigt, was den Chicago-Boys mit ihrem Konzept der nationalen ökonomischen Errettung und der Labour Partei mit ihren Abkoppelungsplänen nicht gelungen war, schaffte die Eiserne Lady. Allen die im Jahr der Wahl zu vergessen drohten, was die große Feldherrin noch vor wenigen Monaten geleistet hatte, sollte der Sieg noch einmal vor Augen geführt werden.

Ob solcher Kaltschnäuzigkeit degeneriert sogar das Bild vom Wildwesthelden zu einem Schuhputzer, der ebenfalls gern den "Ferden kräftig die Sporen geben möchte, aber seine Pferde scheinen allmählich bockig zu werden. Allein das Sporenputzen bringt keine Erfolge mehr und letztere braucht auch er, wenn er im kommenden Jahr die Wahlen gewinnen will. Seine Profilneurosen führen allmählich zu einem Handlungszwang. Wenn die Völker gegen ihre profilneurotischen Politiker (Begin, Chomeini, Garcia, Rios Montt, Militärs etc.) nicht selbst wieder mehr Profil gewinnen, zwingen sie diese es selbst zu tun.

"Sag mal, sind das die Gräber der Verschwundenen oder sind das schon die Falklands?"



Grande Carajas

Der Ausverkauf von Ost-Amazonien

Im Osten des Amazonasraumes sollen Bodenschätze in großem Umfang gefördert werden und so ein dynamischer neuer Entwicklungspol entstehen. Die brasilianische Regierung erhofft sich davon den Ausgleich der defizitären Zahlungsbilanz obwohl das Projekt von Multis getragen wird.

Ein 60 Milliarden Dollar Projekt

Die Entdeckung enormer Bodenschätze (größtes Eisenerzvorkommen der Welt, Mangan, Bauxit, usw.) Anfang der 60er Jahre im Gebiet des Carajás-Gebirge (im Bundesstaat Pará: Amazonaswaldgebiet) war Voraussetzung für die Ausarbeitung des "Programa Grande Carajás" (im folgenden PGC genannt). Der Konzern "Amazônia Mineração", eine Gesellschaft die sich aus der staatlichen Companhia do Vale do Rio Doce-CVRD und der Meridional (US-Steel) zusammensetzt, führte die Forschungsarbeiten durch und entwarf das ursprüngliche Projekt "Ferro Carajás", welches allmählich auf das jetzige PGC ausgeweitet wurde. Dieses setzt sich zum Ziel, nicht nur sämtliche Mineralvorkommen Ostamazoniens auszubeuten, sondern zusätzlich Land und Forstwirtschaftliche Projekte zu fördern und die für die Durchführung sämtlicher Projekte notwendigen Infrastruktur zu entwickeln.

Das PGC umfaßt den Osten Amazoniens, ein Gebiet welches in Hinsicht auf das Programm mehrmals neu definiert wurde: es erstreckt sich jetzt zwischen dem Amazonasstrom, dem Amazonasnebenfluss Xingú, dem Parnaíba-strom, dem Atlantik und dem 8° Breitengrad und verteilt sich auf drei verschiedene Bundesstaaten (Pará, Goiás, Maranhão). Es umfaßt somit eine Fläche von 900.000 km² (11% des brasilianischen Territoriums) und ist von 7 mio Menschen bevölkert.

Das PGC besteht aus 4 Teilprojekten: Erzgewinnung und Verarbeitung, Wiederaufforstung, Landwirtschaft und Viehzucht. Voraussichtlich sollen die gesamten Investitionskosten über 60 Milliarden \$ betragen. Mehr als 1/3 dieser Kosten fließen in den Infrastrukturbereich (ausschließlich der in den letzten Jahren schon realisierten hohen Investitionen durch die öffentliche Hand). Die Aufteilung der Investitionskosten ergibt sich wie folgt:

Segmente	Direktinvestitionen (in Milliarden \$)	Jährlicher Umsatz (in Milliarden \$)
Erzgewinnung u. Verarbeitung	28,1	9,2
Wiederaufforstung	1,3	0,6
Landwirtschaft	8,1	6,5
Viehzucht	1,7	0,7
Total	39,2	17,0

(Quelle: IBASE, 1981)

Es wird damit gerechnet, daß das PGC mehr als 1 Millionen Arbeitsplätze schaffen wird, die zu ca. 93% in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht und Wiederaufforstung anfallen werden.

Der Waldbestand des Gebietes, welches das PGC umfaßt, wird ausschließlich der 8,5 mio ha Babaçupalmenhaine auf 32,7 mio ha geschätzt und ergibt ca. 4,6 mio m³ Holz. Es sollen jährlich 180.000 ha Wald abgeholzt werden, und die Wiederaufforstung beschränkt sich auf nur wenig verschiedene Baumarten (vorwiegend exotische Arten wie Eukalyptus, Gummibäume usw.)

Landwirtschaft und Viehzucht sollen ca 15 mio ha Boden in Anspruch nehmen. Entlang der Eisenbahnlinie, die die Minen mit dem Hafen Itaqui (São Luis/MA) verbindet, sollen 10.000 ha grosse Agrounternehmen mit Investitionskosten von 5,77 mio \$ pro Einheit angesiedelt werden. Die landwirtschaftliche Produktion besteht aus Monokulturen, es sollen hauptsächlich Zuckerrohr und Man iok für die Verarbeitung in Alkohol als Biotreibstoff angepflanzt werden und andere für den Export bestimmte Produkte.

Die Infrastruktur des PGC.

Straßen: Der Bau der Transamazonica (als Ost-Westverbindung) und die Belém-Brasília (als Nord-Südverbindung) ist seit einigen Jahren vollendet.

Eisenbahn: Die 890 km lange Eisenbahnlinie Carajás-São Luis ist im Bau.

Küstenhäfen: Itaqui (São Luis) Handelshafen, schon im Betrieb. Anliegekapazität für Schiffe bis zu 60.000 DWT.

Ponta da Madeira (São Luis) Getreideumschlaghafen für Schiffe bis zu 280.000 DWT, im Bau.

Flußhäfen: Barcarena (Para) im Bau, für Schiffe bis zu 60.000 DWT

Stromversorgung: Elektrizitätswerk am Staudamm von Tucuruí auf dem Strom Tocantins, noch im Bau. In der Anlaufzeit wird mit einer Stromerzeugung von 4.000 MW gerechnet. Es sind weitere Staudämme auf den Strömen Araguaia und Tocantins vorgesehen.

"Carajazão" als Rettung vor Auslandsverschuldung

Das Ausmaß dieses Riesenprojektes orientiert sich an den Notwendigkeiten der aktuellen brasilianischen Wirtschaftspolitik. Es ist bekannt, daß die Regierung zur Aufrechterhaltung und Weiterführung ihres Wirtschaftsmodells den Zufluß von ausländischem Kapital garantieren muß, und zwar in einem Ausmaß, das verhältnismäßig nicht kleiner als das Zahlungsbilanzdefizit sein darf. Die Ziele des PGC, das heißt 1) die möglichst schnelle Ausbeutung der im Gebiet des Carajás verfügbaren natürlichen Ressourcen, 2) der vorwiegende Export, der dort produzierten Güter (Rohstoffe), um den wachsenden Auslandsschulden nachzukommen (1) und 3) die massive Anlehnung an das ausländische Kapital, insbesondere für den produktiven Bereich, spiegeln die hauptsächlichsten Ziele.

Bisher wurden schon 5 grosse Erzgewinnungs- und Verarbeitungsprojekte genehmigt:

- die "Mineração do Rio Norte" mit einer jährlichen Exportkapazität von ca. 3,4 mio t Bauxit.

- die "Companhia do Vale do Rio Doce- Ferro Carajas" mit einer voraussichtlichen Jahresproduktion von 35 mio t Eisenerz.

(1) Brasilien ist das höchstverschuldete Land der Erde und hat gerade die Stundung seiner Schulden angekündigt.

Verschiedene Verordnungen und Rechtsverordnungen, die zwischen 1980 und 1981 meist durch Fristablauf in Kraft traten, erzeugten die Organisationsstruktur des PGC. Höchste Autorität stellt der "Conselho Interministerial do PGC" (Interministerielle Rat) dar, der sich aus 8 Ministern (Chef der SEPLAN Minister für Energie und Minen, Transporte, usw.) zusammensetzt und schon einige "Beschlüsse" erlassen hat. Die "Secretaria Executiva" ist dem Ministerrat untergeordnet; sie bearbeitet die Fragen, über die der Ministerrat zu entscheiden hat, fungiert als Verbindung zwischen den verschiedenen Institutionen und ist verantwortlich für die "Atos declarativos". Aus diesen Texten und anderen offiziellen Erklärungen ergeben sich die allgemeinen Richtlinien des PGC. Vorgeschoben sei die Beobachtung, daß im aktuellen politischen Moment, in dem der Präsident Figueiredo sich gerne als Vorkämpfer der Demokratie feiern läßt, das PGC in Hinblick auf die Art der Durchführung mit den dunkelsten Jahren der Militärdiktatur vergleichbar ist.

In der Tat wird dieses Riesenprojekt, welches Millionen von Brasilianern betrifft, und den Entwicklungsweg einer ganzen Region radikal verändern wird, so gut wie gar nicht in der Öffentlichkeit diskutiert. Alle Entscheidungen werden vom Ministerrat gefällt. Er besitzt die Kompetenz "die Machtbefugnisse von Organen und Körperschaften der Bundesverwaltung unmittelbar oder durch ein geeignetes ausführendes Organ zu übernehmen" und kann somit die Exekutive auf lokaler, regionaler und Landesebene überfahren. Eine Studie der IBASE (bras. Forschungsinstitut) kommt so auf die Schlußfolgerung: "Diese Zentralisierung beabsichtigt sicherlich die Erleichterung und Beschleunigung des Internationalisierungsprozesses Amazoniens einerseits und der Verlagerung der legalen und zollpflichtigen Gewinne und Erfolge in das Ausland andererseits".

Die Beteiligung anderer Staatsgewalten (Legislative, Judikative) oder Repräsentanten anderer Bereiche der zivilen Gesellschaft ist überhaupt nicht vorgesehen.

Diese Machtzentralisierung wird deutlich an der Art und Weise wie Brasília mittels der GETAT- Grupo Executivo de Terras Araguáia Tocantins-, dessen Zuständigkeitsgebiet schrittweise ausgedehnt wurde, direkt in die Region des PGC eingreift. Die GETAT steht über allen anderen Institutionen, die sich mit der Legalisierung von Grundeigentum, der "Besänftigung" von Landkonflikten (INCRA, COTERMA,...) oder der Aufrechterhaltung der Ordnung (Polizei,...) auseinandersetzen und verfügt somit über uneingeschränkte Machtbefugnisse. Das PGC-Gebiet wird "aufgeräumt" in dem es manu militare besetzt wird.

Wenn somit die ganze Entscheidungsmacht in den Händen der Militärs liegt, so ist die Finanzierung jedoch von Außen getragen, und das bedeutet in letzter Instanz die Abgabe der Entscheidungen an die multinationalen Konzerne.

Internationales Kapital und teure Technologien

Aufgrund willkürlich gesetzter Prämissen bestimmen die Technokraten, ohne sich der Gesellschaft gegenüber rechtfertigen zu müssen, eine Investitionssumme, die etliche Milliarden Dollar beträgt und folgern daraus die Notwendigkeit der Aussenfinanzierung. Auf diese Weise wird auf die Beteiligung brasilianischer Privatunternehmen kleinerer oder mittlerer Größenordnung verzichtet. Es besteht nur noch das Bestreben das PGC an internationale Finanzinstitutionen zu verkaufen.

Da die Investitionen im Infrastrukturbereich, für die der Staat zuständig ist, circa 1/3 der gesamten Investitionen ausmachen, ohne die schon getätigten Investitionen im Projektgebiet mitzuberechnen, kann man die Unmöglichkeit der Finanzierung des PGC mit inländischen Mitteln in Zweifel ziehen. Am anderen Ende der Kette sind dann auch aufgrund der notwendigen Devisenbeschaffung die Endprodukte vorwiegend für den Weltmarkt bestimmt.

- der Konzern "Alunorte" rechnet mit einer Produktion von 800.000 t Alumina (halbfertiges Aluminium) im Jahr. Alunorte setzt sich zu 60,8% aus Anteilen der "Valenorte" und zu 39,2% aus Anteilen des "Nippon Amazon Aluminium Company-NALCO" zusammen.

- der Konzern "Albras" (auch Valenorte und NALCO) rechnet mit einer jährlichen Produktion von 320.000 t Aluminium. Das Aluminium wird aus Bauxit hergestellt, das die Mineração Rio do Norte liefert.

- der Konzern "Alumar" (60% Alcoa (USA), 40% Billiton (Shell)) rechnet in einer ersten Phase mit jährlich 500.000 t Alumina und 100.000 t Aluminium und hat vor jährlich später 2.000.000 t Alumina und 400.000 t Aluminium zu produzieren.

Von den 5 aufgezählten Projekten, ist bisher nur das erstgenannte in Betrieb gesetzt worden. Die 4 anderen befinden sich noch im Aufbau. Der Großteil der Produktion ist für den Export bestimmt. Zudem ist nicht auszuschließen, daß weitere Unternehmen in die Produktion von Eisenlegierungen, Halbfabrikaten im Stahlbereich usw. einsteigen werden.



Besorgnis der Regierung wieder: Das PGC ist das Instrument, mit dem Mittel im Ausland locker gemacht werden. Verramscht werden, wie schon gehabt, die natürlichen Ressourcen Brasiliens, diesmal Ostamazoniens.

Diese Zielvorstellungen bestimmen in letzter Instanz den Inhalt und den Ablauf des Projektes in Hinsicht auf die Finanzierungspolitik und die Entscheidungsprozesse, die so äußerst autoritär ablaufen, weil das PGC das Überleben des Regimes garantieren soll. Ostamazonien und die dort lebende Bevölkerung werden somit als nur eine von vielen Figuren auf einem Schachbrett angesehen, die man nach Bedarf einsetzen kann oder auch nicht.

Für den Weltmarkt ist in erster Linie von Bedeutung die Grundlagen der Produktion zu bestimmen, d.h. mit welchen Produktionsformen, in welchen Mengen und mit welchen Fristen die Güter produziert werden sollen.

Somit baut sich der gesamte Eisenerzsektor des Projektes an der internationalen Rohstoffnachfrage auf. Das PGC sieht vor, seine Reserven ausbeutung an diese Nachfrage anzupassen, kümmert sich jedoch keinesfalls um eine nationale integrierte Entwicklung, die die Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft mit einer rationalen Nutzung der natürlichen Ressourcen verbinden würde. Denn Brasiliens inländische Nachfrage nach Mineralien muß noch weitgehend durch teure Importe gedeckt werden (von 1974 bis 79 war die Zahlungsbilanz im Mineralsektor um 7 Milliarden \$ defizitär) die durch das exportorientierte PGC in nur geringem Maße aufgehoben werden. Bis zum Ende dieses Jahrzehntes wird der Import von weiteren 100 Tausend Tonnen Aluminium notwendig sein und zwar zu weit höheren Preisen als die eigenen Exportpreise, die durch die billige Energieversorgung, die den multinationalen Konzernen vom Staat zur



Auf dem kleinen Schild unten steht: Mehr Eisen für die Welt - mehr Fortschritt für Brasilien

Verfügung gestellt wird, subventioniert sind.

Die massive Beteiligung des ausländischen Kapitals am PGC führt zu einer Reihe von Forderungen des Auslands: Import von Technologie und Industrieanlagen für das Projekt, Verpflichtung Inputs zu kaufen und die produzierten Güter in erster Linie an das Ausland zu verkaufen.

Die Tatsache daß das multinationale Kapital zu höchstens 49% an den produktiven Unternehmen des Projektes beteiligt sein darf ist insofern nur eine fiktive Einschränkung ausländischer Interessen, da auf den Aktionärsversammlungen der verschiedenen Konzerne durchgehend zwei Drittel mehrheiten für die relevanten Entscheidungen wie Kapitalerhöhung, Kostenplanung und Preispolitik festgelegt wurden. Auf diese Weise bleibt die technologische Herrschaft wiederum in den Händen der multinationalen Unternehmen.

Mit dieser Vorgehensweise werden die im eigenen Land existierenden technologischen Bemühungen verkannt. Die Universitäten, die Forschungsinstitute und die nationale Industrie, die heute schon in der Lage sind mit der technologischen Herausforderung des PGC fertig zu werden, werden außer Acht gelassen, wie die Brasilianische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft feststellte: "In diesem Sinne ist hervorzuheben, daß in den meisten Fällen der Technologieimport nicht auf eine mangelhafte inländische Forschungstätigkeit zurückzuführen ist, sondern auf ein Zusammenkommen von wirtschaftlichen und politischen Faktoren" (1)

(1) so eine Studie der Arbeitsgruppe Carajas der SBPC vom Januar 1982.

Die wirtschaftlichen Anreize (Steuererläße, Subventionen,..) unterstützen bisher vorwiegend grosse Projekte mit multinationaler Beteiligung. Aufgrund dieser diskriminierenden wirtschaftlichen Anreize und die Ausgaben im Infrastrukturbereich überträgt die brasilianische Gesellschaft Milliarden von Cruzeiros nur einigen privilegierten Unternehmen, die die billigen Rohstoffe und die niedrigen Produktionskosten ausnutzen um übermäßig hohe Gewinne zu erzielen. Die Kapitalakkumulation und die Multiplikatoreffekte des PGC werden in das Ausland verlagert; es werden Enklavenwirtschaften geschaffen.

Zusätzlich wirkt sich die unbestimmte Zielsetzung der Projekte auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sowie die Beschleunigung der Durchführung der Projekte hemmend auf die nationale Industrie aus, die unter diesen ungünstigen Bedingungen keinerlei Chancen hat Alternativen zur Ausbeutung des PGC durch grosse vom Ausland kontrollierte Konzerne aufzustellen.

Selbst die Auslandsverschuldung Brasiliens wird möglicherweise durch das PGC eher vergrößert denn abgebaut. Das PGC wird erts ab 1985 Profite abwerfen. Aber 50% der Anleihen für das Projekt müssen bis dahin zurückgezahlt sein. Die Kosten der importierten Technologie, die Zinsen und die Profittransfer drohen höher auszufallen als die Deviseneinnahmen.

Das "PGC" wird absolut keine Verbesserung des schweren Zahlungsbilanzdefizits noch der hohen Auslandsverschuldung bedeuten. Im Gegenteil, es wird zur Verschlechterung beider Situationen beitragen, die Auslandsabhängigkeit vergrößern, natürliche Ressourcen verschleudern (einige davon für immer) und die Zukunft des Landes ernsthaft kompromittieren" (?).

Raubbau an Natur und Menschen

Das PGC ist von Bürokraten in den klimagekühlten Sälen in Brasilia ausgeheckt ohne jeglichen Bezug auf die Bedürfnisse der Menschen oder die natürlichen Bedingungen und wirklichen Potentiale des betroffenen Gebietes.

Mit Ausnahme des Eisenerzprojektes wurde keine Preliminarstudien und Forschungen für die Projekte erstellt, um so ökologische Desaster zu vermeiden.

Technologien, die in einem gemäßigten Klima entwickelt wurden, können in feucht-tropischen Regenwälder ganz andere Auswirkungen haben, die ihre Anpassungsfähigkeit hier bezweifeln läßt.

Viele Metallindustrien sind äußerst umweltzerstörend, auch ein Grund, warum die hochentwickelten Länder versuchen die umweltfeindlichsten an die Peripherie zu verlagern.

Aber gerade die Abfälle dieser Industrien (Gase, saure Gewässer, usw.) sind im Carajas-Gebiet besonders schädlich, denn:

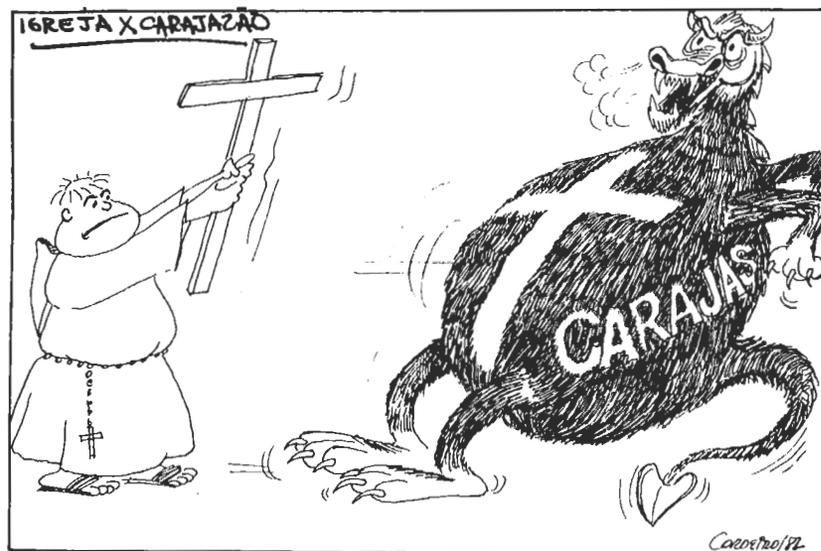
- die heißfeuchte Luft der Tiefebene leitet und verbreitet bestimmte schädliche Gase viel besser als trockene Luft in gemäßigten Klimazonen,
- Fluoride und Gase wie SO₂ und NO₂ oxydieren bedeutend schneller,
- die verschiedenen Ströme des Amazonas-Beckens und das Delta von São Luis drohen bei dieser plötzlichen quantitativ extremen Belastung umzukippen, der ohnehin schon rückgängige Fischbestand völlig belanglos zu werden-dabei ist der selbstgefangene Fisch ein notwendiges Nahrungsmittel für große Teile der Bevölkerung,
- die Standorte für die Industrien werden bar jeglicher ökologischen Kriterien gewählt, wie das z.B. klar ersichtlich ist aus dem Aufbau der Alcoa-Filiale auf der Insel São Luis, von der alle Umweltspezialisten (sogar der Regierung) abgeraten haben,
- die Erzgewinnung unter offenem Himmel und der Abtransport der Erze mit der Eisenbahn bedeutet eine starke Emission von schädlichem Staub der sich in den umliegenden Gegenden niedersetzen wird. Da die in der ganzen Region auftretenden Winde nicht untersucht wurden, weiß niemand welchen Diffusionsradius dieser Staub haben wird,

(?) ibidem.

-der Bau des viertgrößten Staudamm der Erde -Tucuruí- hat heute schon katastrophale Auswirkungen; der Ex-minister Golbery und der Finanzminister Delfim Neto stritten sich drei Jahre lang um den Auftrag für die Rodung des zu überschwemmenden Gebietes, jeder wollte "seiner" Firma den Auftrag zuschanzen. Resultat: Die Firma Capemi, die den Auftrag schließlich bekam, konnte nur einen Teil des Gebietes abholzen, und so werden die überschwemmten Bäume am Boden des Staudammsees verfaulen und dann an die Oberfläche steigen. Dann drohen sie in die Turbinen zu geraten, die dafür nicht vorbereitet sind,

-der Boden des Amazonas-gebietes hat ohnehin eine besonders dünne Humusschicht. Deswegen wird er schwerlich den verschiedenen Abholzungen (zu Erzgewinnung-, Viehzucht-, und anderen landwirtschaftlichen Zwecken) standhalten können, vor allem wenn er auch noch saure Industrie-Abfälle speichern muß. Der freigelegte Humus wird durch den Regen weggetragen. Erodierete Böden und versandete Flüsse sind die abzusehenden Folgen. Hinzu kommen noch extremere (als die schon üblichen) Überschwemmungen, da der erodierte Boden nicht mehr das Wasser zurückhält und so nicht mehr regulierend auf den Wasserhaushalt wirkt.

Das PGC plant die jährliche Rodung von 180.000 ha für die Wiederaufforstung. Versuche dieser Größenordnung sind noch nie angestellt worden. Das "Jari"-Unternehmen des Nordamerikaners Ludwig (1) hat in 14 Jahren "nur" 93.000 ha



gerodet, wobei sich ernste Probleme aus der intensiven Rodung ergaben: außer der oben genannten Erosion noch ein gestörtes Gleichgewicht des ganzen Ökosystems, da die ursprüngliche Fauna nicht in den sterilen Wäldern des Jari (die aus ein oder zwei exotischen Baumarten bestehen) überleben konnten und sich ganz neuartige Plagen (eidechsen, Insekten,...) entwickelten.

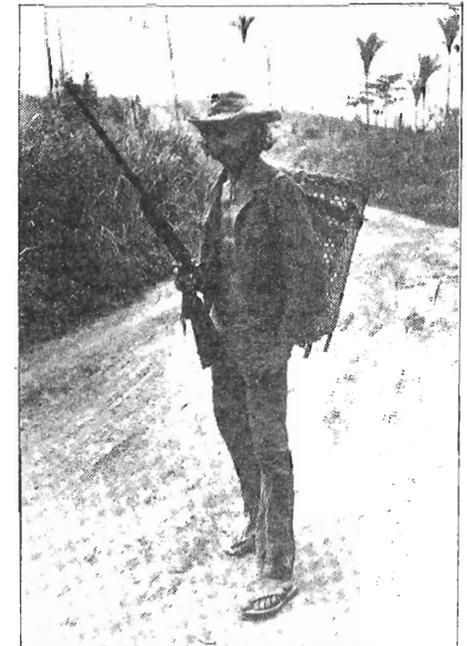
Ähnliche Probleme stellen sich der mechanisierten Landwirtschaft im Amazonas-gebiet wo die überstürzte Anwendung von in anderen klimatischen Bedingungen entwickelten Technologien oft katastrophale Folgen hat.

(1) heute zum größten Teil in verschiedene Unternehmen aufgelöst.

Sogar die Weltbank unterstrich die Umweltprobleme die aus der Zerstörung des Regenwaldes im Amazonas entstehen und kam zu der Schlußfolgerung daß die Gebiete der "Cerrados" (gemäßigteres trockeneres Savannenklima) für "Agrobusiness" empfehlenswerter seien.

Viele Fallstudien und Forschungen die sich notwendigerweise über Jahre hinwegziehen, wären notwendig um Technologien und Entwicklungspolitiken auszuarbeiten die keine Verwüstung des Amazonas-Gebietes zur Folge hätten. Stattdessen leitet das PGC alles in den Weg, damit die negativen Erfahrungen der Vergangenheit in unvergleichbar größerem Umfang sich wiederholen. Zynischerweise wird die Zerstörung der Umwelt zum Programm erhoben: in dem "Plano Preliminar" des PGC wird ausdrücklich darauf hingewiesen daß dieses Gebiet sich für solche Projekte besonders eignet weil dort die Umweltgesetze weniger streng sind und insgesamt weniger Widerstand zu erwarten ist.

bewaffneter Posseiro
im Carajas-Gebiet:
"Dieses Land verlasse
ich nur für den Friedhof
oder das Gefängnis ..."



Für die im Carajas-Gebiet lebende, heute noch größtenteils ländliche Bevölkerung bedeutet das PGC, entgegen der massiven Propaganda des Regimes nicht viel Gutes.

Die Planer des Projekts verfahren meistens so, als ob es sie gar nicht gäbe. Das Amazonas-Gebiet wird in der offiziellen Phraseologie als ein wenig produktiver Wald und eine menschliche Wüste dargestellt. "Dieser "leere Raum" muß integriert werden: "Integrar para não entregar" (integrieren um nicht aufzugeben) heißt das Schlagwort der Militärs. Dieses falsche Dilemma soll den überstürzten Raubbau rechtfertigen.

In Wirklichkeit leben auf dem Gebietes des PGC mehrere Indianerstämme deren Überlebenschance als Kulturvölker (wie schon seinerzeit beim Bau der Transamazônica) durch das Projekt auf nahezu Null herabfällt. Mehrere Reservate liegen in unmittelbarer Nähe der Abbaugelände bzw. an der Eisenbahnlinie.

Zudem waren diese Waldgebiete seit Jahrzehnten Einwanderungsziel der landlosen Bauern aus dem Nordosten Brasiliens, die in mühsamer Kleinarbeit Teile des Urwaldes bebaut und gerodet haben.

Ohne Rücksicht auf die schon existierenden Bodenkonflikte veranlaßt die GETAT die Vertreibung der Kleinbauern von den besten Böden weil das PGC deren Subsistenzwirtschaft als unrentabel und altmodisch einstuft. Das diese Bauern für den Großteil der Ernährung der Bevölkerung aufkommen, währenddessen die Monokulturen der Großgrundbesitzer und die ge-

planten Modellfarmen exportorientiert oder für das Alkoholprojekt arbeiten. Daß somit die ohnehin knappen Grundnahrungsmittel noch teurer werden, stört die Planer des PGC wenig.

Dabei unterstreicht die Propaganda die Schaffung neuer Arbeitsplätze (1 Million) durch das Projekt. In Wirklichkeit aber werden 93% dieser Arbeitsplätze in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht und Wiederaufzucht "geschaffen", und bei dieser Milchmädchenrechnung werden nicht die wegfallenden Arbeitsplätze berücksichtigt. Die wirkliche Rechnung wird negativ ausfallen, weil eine kapitalarme und arbeitsintensive Landwirtschaft durch eine kapitalintensive und arbeitsarme Landwirtschaft ersetzt wird, was überhaupt nicht den Bedürfnissen und Möglichkeiten des Gebietes entspricht.

Nach der Fertigstellung der Industrieanlagen werden diese auch relativ wenig Arbeitskräfte permanent beschäftigen können und somit wird die Bevölkerung der betroffenen Bundesstaaten unter allen Nachteilen des Programms leiden, aber kaum die gepriesenen Vorteile genießen können. So stößt die Regierung, trotz ihrer einseitigen "Information" über das Projekt, doch auf Widerstand.

Das Projekt hat die Landkonflikte in dem ohnehin schon konfliktreichen Ostamazonien bedeutend verschärft. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen "posseiros" (=Kleinbauern ohne legale Grundstückseintragung) und "grileiros" (=Landräuber) und ihren Schergen kosten jedes Jahr einigen Dutzend Menschen das Leben. Die Bauern wehren sich verzweifelt, weil sie merken, daß sie am Ende der "Grenze" angelangt sind (Früher konnten sie sich dem mächtigeren Großgrundbesitzer eher entziehen, in dem sie einfach ein Stück weiterzogen).

Schon 1971 hatte der PC do B (damals an China orientierte KP) versucht, hier eine ländliche Guerilla-Bewegung aufzubauen, die aber 1974 militärisch niedergeschlagen wurde. Das Fantasma der Guerilla lebt aber in den Köpfen der Militärs und der besonders gefürchteten Militärpolizei weiter, wenn sie Räumungen vornehmen oder gegen sich wehrenden Bauern und Bauerngewerkschaften angehen.

Dieses tägliche Gewaltklima, das bürgerkriegsähnliche Zustände erreicht hat, hat die fortschrittlichsten Teile der katholischen Kirche veranlaßt, den Bauern Schutz und juristische Hilfe zu gewähren, was die Verfolgung der "roten Priester" seitens der Militärs zur Folge hatte. 1981 wurden zwei französische Priester mit anderen posseiros verhaftet und dann verurteilt. Erhöhte Militarisierung des ganzen Gebietes und Machtzentralisierung durch den allmächtigen GETAT ist die Antwort der Regierung, die ihre Pläne auf jeden Fall durchsetzen will.

Auch in den Städten, wo die Wahrheit über das Programm langsam durchsickert, vermehrt sich die Kritik am PGC. In São Luis wurde 1980 die "Gesellschaft zur Verteidigung der Insel" (von São Luis) ins Leben gerufen, deren ausgesprochenes Ziel es u.a. ist, den Multi Alcoa von der Insel zu vertreiben. Die "Brasilianische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft"-SBPC, der Dachverband aller brasilianischen Wissenschaftler hat das Programm öffentlich verurteilt und eine ständige Kommission über das PGC ins Leben gerufen. Die meisten Oppositionspolitiker im Norden haben scharfe Kritik an dem Programm in seiner jetzigen Fassung geübt. Aber die politische Mobilisierung ist in Gebieten, wo z.T. noch oligarchische Strukturen intakt geblieben sind, und wo die Regierung größter Arbeitgeber ist, viel schwieriger als in den hochindustrialisierten Metropolen des Südwestens, wo die Opposition bei den letzten Wahlen überall gewonnen hat. Aber selbst für den Fall, daß Regionalpolitiker an die Macht kommen, die die Durchführung des Projektes verhindern wollen, hat Brasília noch mehr Trümpfe in der Hand: Es kann z.B. den schon länger existierenden Plan eines neuen Bundesstaates -Tocantins-, der alle für das Programm wichtigen Gebiete von den anderen Staaten abtrennt, durchführen.

CHILE

Krisen-Chronik

Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise hat es in den Monaten November/Dezember eine Reihe von Protesten gegeben, auch von Rechts, die auch eine politische Krise des Regimes signalisieren. Pinochet widersetzt sich jeder Forderung nach "Dialog" oder "demokratischer Öffnung"; das Regime reagiert selektiv mit Ausweisung und massiv mit Großrazzien. Zumindest kurzfristig scheint es die Situation unter Kontrolle zu haben. Gleichzeitig aber laufen Kontakte von ehemaligen rechten Parlamentariern bis zu sozialdemokratischen Gruppen auf der Suche nach einem "nationalen Konsens".

Die folgende Chronik versucht den Prozeß an seinen Brennpunkten festzumachen.

Santiago, 2. Dezember

Die Gewerkschaftskoordination CNS hat zu einer "Kulturveranstaltung" auf der Plaza Artesanos aufgerufen. Auf den Flugblättern, die dazu einladen, werden u.a. Maßnahmen der Regierung gegen die Massenarbeitslosigkeit gefordert und die Zahlung eines Weihnachtsgeldes. Eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung erfährt der Gewerkschaftsführer Bustos, daß die Veranstaltung verboten wurde. Angesichts des massiven Polizeiaufgebots will Bustos die Veranstaltung absagen. Doch ehe es dazu kommt, dreschen Schlägertrupps in Zivil neben der Polizei auf die Versammlungsteilnehmer ein; die Schläger sind mit Ketten, Würgehölzern (lynchacos) und Schlagstöcken ausgerüstet. Auch Journalisten bürgerlicher Medien gehören zu den Opfern - als einer von ihnen Hilfe bei der Polizei sucht, wird er seinen Verfolgern in die Arme gedrängt. Auch Rechtsanwälte zählen zu den Opfern der Schlägertrupps. In diesem Fall bewirkt die relative "Prominenz" der Opfer, daß ein Untersuchungsrichter zur Aufklärung der "Zwischenfälle" eingesetzt wird. Da die diversen Sicherheitsorgane ihre Nicht-Beteiligung bereits erklärt haben, ist eine Ermittlung der Täter nicht zu befürchten...

Die bei der Veranstaltung geplante Verhaftung von Bustos und Héctor Cuevas (Bauarbeiter-Gewerkschaft) mißlang - Bustos war, berichtet ein Teilnehmer, durch Begleiter hinreichend gesichert, Cuevas konnte sich der Festnahme entziehen. Ein Erfolg - freilich nur für einen Tag. Offenbar entsprach ein Abtauchen in den Untergrund nicht dem Konzept gewerkschaftlicher Arbeit. (Bustos war bereits 1980/81 mehrere Monate im Gefängnis.) Am folgenden Tag wurden er und Cuevas verhaftet und sofort nach Rio de Janeiro ausgeflogen.

Temuco, 3. Dezember

Tags darauf haben sich in Temuco, im Süden Chiles, rund 200 Getreideproduzenten der Region versammelt. In der "Erklärung von Temuco" stehen neben einer Reihe von wirtschaftspolitischen Forderungen, die eine Abkehr vom monetaristischen Modell bedeuten, auch politische Forderungen. Ausgangspunkt ist, daß die Landwirte das Vertrauen in die Regierung verloren haben; die sich hier zu artikulieren versuchen, sind fast ausschließlich landesweit bekannte Rechte.

Zu ihren Forderungen gehört die "politische Öffnung" und ein politischer Konsens aller "demokratischen Kräfte". Was darunter zu verstehen ist, zeigt der Schluß der Erklärung:

"Wir setzen unser ganzes Vertrauen in den Patriotismus der Streitkräfte, deren Sorge um die schwierige Lage des Landes wir kennen..". Auch diese Veranstaltung wird von der Polizei aufgelöst, der Verbandsvorsitzende der Getreideproduzenten, Carlos Podlech, ehemaliger Offizier, wird festgenommen, nach Santiago geflogen und dort in ein Flugzeug gesetzt. Ziel der Reise: Rio de Janeiro...

Es ist notwendig, auf die Entwicklung im Süden genauer einzugehen, weil dort der Diktatur die mittelständische rechte Basis am sichtbarsten wegbriecht.

1. Der Grund

Den überschuldeten Landwirten drohen die Banken wegen nicht zu rückgezahlter Kredite mit Versteigerung ihres Besitzes. Zunächst übten die Landwirte "Solidarität" untereinander, indem sie bei Versteigerungen nicht boten; inzwischen versperren sie massiv dem Auktionator den Zugang zu den Höfen. Ein regionaler privater Rundfunksender schickte einen Übertragungswagen an den Ort des Geschehens, um "live" die Versteigerung bzw. deren Verhinderung zu übertragen; inzwischen wurden der Station Informations-Sendungen untersagt.

Um die Versteigerungen durchzusetzen, müßte die Regierung nicht nur Polizei, sondern Militär einsetzen, wovon sie sich bislang offenbar scheut.

2. Das Bündnis

Die "Erklärung von Temuco" nimmt vorausgegangene Forderungen aus Valdivia auf (die sich auf wirtschaftliche Punkte beschränkte); der Protest dehnt sich über Provinzgrenzen aus. Hinter der Erklärung von Temuco stehen aber nicht nur die Getreideproduzenten, sondern auch der Verband der Transportunternehmer (León Vilarín), der Verband der Taxiunternehmer (Juán Jara) und Hernol Flores von der Gewerkschaft der Öffentlichen Angestellten (ANEF). Was die Unternehmerverbände angeht, ist die Sache klar - alte Reaktionen versuchen eine Wiederbelebung ihrer Taktik gegen die Regierung Allendes aus den Jahren 1972-73; wieder einmal sollen die Militärs sie retten...

Die Teilnahme des ANEF-Vorsitzenden Flores entspricht dem Projekt eines breiten Bündnisses, das der im Februar ermordete Gewerkschafter Tucapel Jiménez anstrebte. (vgl. LN 102 und 103)

Nicht beteiligt an dem Bündnis sind die Gewerkschaften der Landarbeiter; sie können keine gemeinsamen Interessen zwischen sich und den Grundbesitzern erkennen; allerdings haben sie auch nichts gegen die Fraktionskämpfe der Bourgeoisie.

3. Reaktionen

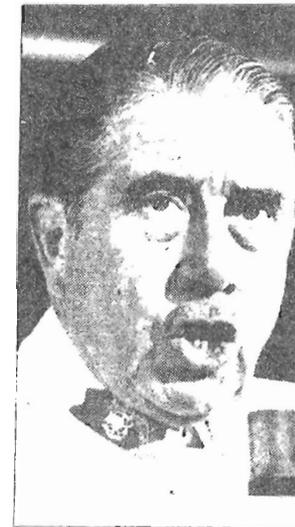
Weder die Ausweisung der Gewerkschaftsführer noch die von Podlech haben zu breiten öffentlichen Protesten geführt; insofern scheint die selektive Repressionspolitik der Diktatur zumindest kurzfristig aufzugehen. Legale Schritte gegen die Ausweisung aufgrund des "Notstandsartikels" 24 sind ohnehin aussichtslos, weil in der unter der Diktatur erlassenen Verfassung nicht vorgesehen.

Allerdings setzte auch der regimetreue "Mercurio" Fragezeichen hinter die Praxis der Ausweisung, als diese Maßnahme jetzt erstmals einen Rechten traf. (Ironie der Situation: Podlechs Bruder ist Oberstleutnant und Militäranwalt derselben Provinz, in der sein Bruder verhaftet wurde, und hatte die Ermittlungen gegen seinen Neffen zu führen; inzwischen ist er von seiner

Funktion als "fiscal militar" zurückgetreten, um gegen die Ausweisung seines Bruders durch seinen Oberstkommandierenden, Pinochet, anzugehen...)

Tatsächlich paßten die Ausweisungen auch schlecht in das Bild von "Normalisierung", das die Diktatur sich durch die Einsetzung der "Exilierten-Kommission" geben wollte (vgl. LN 109/110); statt die Bedingungen zu veröffentlichen, unter denen Exilierte zurückkehren "dürften", wurde die Liste der Exilierten verlängert und die Kommission Ende des Jahres 82 aufgelöst - die "Weißwäscher" hatten ausgedient; Washington und die EG-Länder hatten ihr Alibi, um gegen eine Verurteilung der chilenischen Diktatur wegen "systematischer und andauernder Verletzung der Menschenrechte" stimmen bzw. sich enthalten zu können - wie die BRD.

Einzig Pinochet sah klar, wo die Schuldigen zu suchen waren. Bei einer Ansprache in Angol (die kurzfristig aus dem Verbands-haus der Landwirte in eine Schule verlegt wurde), verhöhnte er die verschuldeten Landwirte. Er fragte nach ihrer intellektuellen Reife, als sie sich mit Schulden übernahmen. Schuld der Banken, daß sie Kredite ohne hinreichende Sicherheiten vergaben. (Beide Vorwürfe gewiß nicht grundlos.) Und seine Schuld? "Zu weich" gewesen zu sein, nicht hundert oder zweihundert mehr ausgewiesen zu haben, zu "legalistisch" gewesen zu sein. Sein Rezept: "Jetzt reden diese Herren Politiker von politischem Konsens, reden von einem System, in dem alle mitreden, diskutieren, kommentieren sollen. Meine Herren, die Regierung wird sich keinem öffnen, und schon gar nicht in diesem Moment. Denn wenn Rom in Gefahr war, suchte es einen Mann, der es befehligte."



PINOCHET: Hoffentlich versuchen sie einen Putsch, dann würden sie sehen, wie ich sie packe!(Antwort Pinochets auf eine Journalistenfrage nach Putschgerüchten.)

Die Ausweisung Podlechs ist den Unternehmerverbänden offenbar in die Knochen gefahren - auf einem Treffen Mitte Dezember in Osorno lautete der Mehrheitsbeschuß, dem Präsidenten in persönlicher Form ihre Notlage darzustellen, von weiterem Druck in der Öffentlichkeit abzusehen.

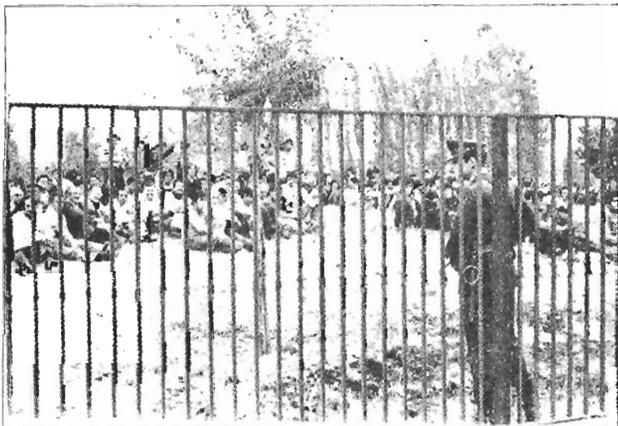
Santiago, 15. Dezember

An diesem Tag kommt es in mehreren Städten - Santiago, Concepción und Valparaíso - zu Straßendemonstrationen. Der Slogan: Pan, trabajo, justicia y libertad! (Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit!) Bürgerrechtsorganisationen wie das Komitee für die Rückkehr der Exilierten (das mit der Regierungskommission natürlich nichts zu tun hat), hatten dazu aufgerufen. Für Santiago wird die Zahl von rund zweitausend Teilnehmern genannt. Stundenlang war die Polizei im Einsatz, um die Demonstration aufzulösen. Die chilenische Presse sprach von zweihundert Verhafteten, wir erfuhren von rund dreihundert, von denen ein erheblicher Teil tagelang in den Folterkellern des Geheimdienstes CNI verhört wurde. Detailliertere Informationen haben wir noch nicht erhalten.

Santiago, 28. und 29. Dezember

"Sicherheitskräfte" - Polizei, Geheimdienst, Kripo und Soldaten der Luftwaffe - führen zwei große Razzien in Santiaginer Elendsvierteln durch, und zwar in der Siedlung "14 de Enero" in La Cisterna und "Nuevo Amanecer" in La Florida. Angeblich Routinemaßnahmen zur Verbrechensbekämpfung, war der offenkundige Zweck massive Einschüchterung. Rund 400 Mann umstellten und durchkämmten ab morgens um 5 Uhr die Siedlung, 150 Personen wurden festgenommen, von denen 15 als "Delinquenten" in Haft blieben. Angeblich wurden Waffen und eine Untergrundpresse gefunden - freilich ohne die früher übliche Ausstellung der Fundstücke vor den Medien...

Am folgenden Tag zur gleichen Morgenstunde der noch massivere Einsatz in "Nuevo Amanecer". Über 1500 Männer und Jugendliche wurden in eine umzäunte Grünanlage verfrachtet, währenddessen wurden ihre Hütten durchsucht und z.T. geplündert (Geld, Uhren, Ringe).



Häftlinge nach
der Razzia in
Nuevo Amanecer

Um tatsächliche Kriminelle, so erklärten Frauen gegenüber der Wochenzeitung HOY, hätten die "Sicherheitskräfte" sich gar nicht erst gekümmert; angesichts 60 o/o Arbeitslosigkeit in dieser Siedlung wäre wohl auch diese Kategorie noch zu analysieren. Ein 15jähriger Junge schilderte seine Erfahrung: "Die Festgenommenen wurden nach den Anfangsbuchstaben ihrer Namen aufgerufen: E wie Esel, K wie Katze; als S dran war, sagte ich: S wie Spitzel, darauf wurde ich verprügelt und aufs Polizeirevier gebracht und erst am Abend entlassen."

Quellen: Hoy 280 -285, Mercurio Internacional, Eigene Informationen

KOLUMBIEN

»Demokratische Öffnung« in Kolumbien?

In Kolumbien wurde im November 1982 nach mehrwöchigen Diskussionen und verschiedenen Änderungen erneut ein Amnestie-Gesetz erlassen. Vor diesem letzten Amnestie-Gesetz der Regierung Belisario Betancurs waren schon 1980 und 1981 während der Regierung Turbay Alayas/Camacho Leyvas zwei zeitlich und mit Vorbedingungen an die politisch-militärischen Organisationen beschränkte Amnestie-Gesetze gescheitert.

Diese Amnestie-Gesetze sind in einer Zeit verabschiedet worden, wo in Kolumbien die Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung eingesetzt hat und gleichzeitig bestehende Wirtschaftsstrukturen, durch Korruption und Kapitalkonzentration verursacht, zerfallen. Diese Gesetze sind als Versuche anzusehen, um den aufkommenden Protest der Bevölkerung gegen Mangel an Trinkwasser- und Elektrizitätsversorgung, an Schulen und Krankenhäusern, den Protest gegen die zu hohen Stromtarife, den Wohnungsmangel und die ungerechten Bodenbesitzverhältnisse zu entschärfen und die politisch-militärischen Organisationen mit ihren in den letzten Jahren zunehmenden Aktivitäten in das bürgerlich-demokratische System zu integrieren.

Das Amnestie - Gesetz von 1982

Das Amnestie-Gesetz ist einerseits aufgrund der institutionellen Krise der kolumbianischen Gesellschaft zustande gekommen, wobei das Militär in der Person des jetzigen Verteidigungsministers Fernando Landeazabal Reyes dieses Gesetz als notwendige Ausgangsposition betrachtet, um einen "neuen Anfang" in der "kolumbianischen Demokratie" zu machen: Integrierte Anti-Guerilla-Bekämpfung. Dieses Aktionsprogramm versteht sich als eine umfassende sozio-ökonomische, politisch-militärische Strategie, die man kurz auf folgende Formel bringen kann: "Vorbeugende ökonomische Entwicklung + Repression". Die vorbeugende ökonomische Entwicklung wird dabei allerdings nur als eine Reihe von lindernden Maßnahmen für die unmittelbaren Probleme der Massen verstanden, die dem Protest der Bevölkerung die Spitze nehmen sollen und gleichzeitig aber erlauben sollen, die Repression gegen politische Aktivitäten in grausameren Formen auszuüben. So wird diese schmutzige Arbeit der Repression, das sind die politischen Morde, die Folter und die Verfolgung der Volkskämpfer weiterhin von solchen Gruppen wie z.Bsp. der MAS (Muerte a los secuestradores - Tod den Entführern) für die Militärs erledigt, die ihrerseits die Verbindungen zu diesen Gruppen abstreiten. (siehe Anklage-Brief der Mutter Camilo Restrepo) Andererseits ist das Amnestie-Gesetz von der seit dem 7. August 1982 amtierenden konservativen Regierung Belisario Betancurs verabschiedet worden, um die Guerilla - Organisationen vor der kolumbianischen Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen und sie als Mörder zu denunzieren.

Bei der kolumbianischen Öffentlichkeit soll der Eindruck entstehen, als sei die Guerilla in zwei Gruppen gespalten, nämlich in die "Guten", das sind die Verhandlungswilligen, einerseits, und die "Bösen", die nicht in die zivile Gesellschaft integrierbar sind, andererseits.

Betancur, sein Verteidigungsminister und die zwecks Beratung eines Amnestie - Entwurfes gebildete Friedenskommission sind mit ihrem Amnestie-Gesetz zwei der fünf in Kolumbien aktiven Guerilla-Organisationen nur scheinbar und zum Teil den Forderungen dieser Organisationen entgegengekommen: erstens, weil die Amnestie nur 250 der 593 im Jahr 1981 gezählten politischen Gefangenen freiläßt. Zweitens wird die Militarisierung weiter Teile Kolumbiens fortgesetzt: Caquetá, Meta, Putumayo, Magdalena, Antioquia und Santander. Die bedeutet zum Beispiel die Ausübung der Verwaltung durch Militär-Bürgermeister, die ständige Kontrolle der Verkehrswege und die Regulierung und Kontrolle der Einkaufsmengen von Lebensmitteln und Medikamenten in diesen Gebieten. Drittens bestehen die para-militärischen Organisationen wie MAS, Escuadrón de la Muerte (Todesschwadron), Alpha 82 weiter und werden zunehmend aktiv. Viertens, und nicht zuletzt, "weil die Amnestie und auch eine General-Amnestie nicht gleich einer 'demokratischen Öffnung' zu setzen, sondern nur der erste Schritt zu dieser ist. Erst wenn die demokratischen Kanäle für eine tatsächliche Beteiligung des Volkes an der Führung seines Geschickes eröffnet werden und die Regierung den wahren Sinn des Guerillakampfes in Kolumbien versteht und zur Überzeugung gelangt, daß die schwerwiegenden Probleme Kolumbiens, die bekannten 'objektiven Ursachen' der Subversion nicht allein durch das Paktieren mit der Guerilla-Bewegung gelöst werden, dann wird die kolumbianische Nation eine gerechte und demokratische Zukunft erleben... Die Regierung Betancurs/ Landeazabal Reyes muß sich unzweideutig dafür einsetzen, volle Garantien und Respekt für die sozio-ökonomischen und politischen Kämpfe der Unterdrückten und Ausgebeuteten in Kolumbien zu gewährleisten... Das politisch-militärische Agieren unserer Organisation und des Volkes wird in der Zukunft die einzige Form sein, um festzustellen ob diese Regierung aufrichtig ist." (Auszüge aus Colombia Nr.5 - Informationsorgan der M-19, Juli/ August 1982)

Eine andere Guerilla-Organisation Kolumbiens, die ELN (Ejército de Liberación Nacional - Nationales Befreiungsheer), hat sich zu dem Amnestie-Gesetz folgendermaßen geäußert: " In der Geschichte Kolumbiens sind die Amnestie-Vorschläge und Friedensinitiativen wenn das Volk sich erhebt, um seine Rechte zu verteidigen, traditionell verankert. Beispiele davon sind: die der Bewegung der Comuneros 1781 angebotene Amnestie mit der folglich die Nicht-Einhaltung der Abkommen durch die Ausbeuter und die Ermordung der Führer u.a. José Antonio Galán . Ein anderes Beispiel ist die 1954 bis 1960 angebotene Amnestie während der Diktatur Rojas Pinillas und den Anfängen der Nationalen Front (Bündnis auf allen Ebenen des kolumbianischen Lebens zwischen der konservativen und der liberalen Partei nach der Epoche der "violencia") an die in Widerspruch zu ihrer Parteiführung von oligarchischen Interessen geratenen kämpfenden liberalen Guerillas. Einige ihrer Führer haben sich wiederum die Einhaltung der Abkommen durch die Oligarchie erhofft und wurden einer nach dem Andern ermordet. Unter ihnen war Guadalupe Salcedo ... Erneut haben die Regierungen Lopez Michelsen 1974/78, Turbay Ayala 1978 bis 82 und jetzt Belisario Betancur eine Amnestie vorgeschlagen. Sie wünschen, daß die Guerilla-Kämpfer die Waffen abgeben ... Die Bourgeoisie ruft zum Frieden auf. Aber der Frieden wird nie existieren solange das Volk unter der Repression, unter Armut, Hunger, Analphabetismus, vorbeugbaren Krankheiten usw. leidet. Deshalb kämpft das Volk und organisiert Streiks, Landbesetzungen und entwickelt bewaffnete Organisationen... Die Regierung antwortet und ermordet Gewerkschaftsführer, entlassene politische Gefangene, Bauern in allen Gegenden Kolumbiens und massakriert Indianer aus dem Cauca - Departe-

Amnestiegesetz in Kolumbien

- Artikel 1 - Eine Generalamnestie wird erlassen für Täter , Komplizen oder Beteiligte an Handlungen, die als politische Verbrechen gelten und vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verübt wurden.
- Artikel 2 - Für die Zwecke dieses Gesetzes gelten als politische Verbrechen Handlungen, die im Strafgesetzbuch als solche ausgewiesen sind, wie Rebellion, Aufstand oder Meuterei sowie damit im Zusammenhang stehende andere Handlungen.
- Artikel 3 - Mord, außerhalb von Kampfaktionen verübt, fällt dann nicht unter diese Amnestie, wenn er unter brutalen Umständen begangen wurde oder wenn das Opfer wehrlos war oder sich in einer schweren Lage befand.
- ...
- Artikel 7 - Artikel 202 des Strafgesetzbuches lautet folgendermaßen : Herstellung von und Handel mit Waffen und Munition für den ausschließlichen Gebrauch der Streitkräfte ; Personen, die ohne Genehmigung der zuständigen Behörden aus irgendeinem Grund Waffen oder Munition, die ausschließlich für den Gebrauch der Streitkräfte oder Polizei bestimmt sind, importieren, herstellen, reparieren, lagern, warten, kaufen, liefern oder tragen, werden mit Gefängnis zwischen zwei und fünf Jahren bestraft.
- Artikel 8 - Die Regierung ist ermächtigt, die erforderlichen Geldmittel zuzuwenden und zu überweisen, sowie in- und ausländische Anleihen aufzunehmen, um Rehabilitierungsprogramme, Zuteilung von Land, sowie Vorhaben in den Bereichen des Wohnungsbaus auf dem Lande, der Kredite, der Erziehung, des Gesundheitswesens und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu organisieren und durchzuführen, die denjenigen Personen zugute kommen, die aufgrund der im vorliegenden Gesetz erlassenen Amnestie beschließen, unter dem Schutz der Institutionen und der ganzen Bevölkerung der von bewaffneten Konfliktbetroffenen Landesteilen wieder ein friedliches Leben aufzunehmen. Die Einrichtungen und die Mitglieder der Streitkräfte werden dafür sorgen, daß die Organisation und die Bestimmung der zivil-militärischen Programme durchgeführt werden.
- Artikel 9 - Für die Zwecke des vorliegenden Gesetzes und zur Vorbereitung der Nationalpolizei auf eine effiziente Durchführung ihrer Aufgaben - insbesondere in den von der Subversion betroffenen Gebieten - erhält der Präsident der Republik für die Dauer eines Jahres spezielle Vollmachten zur Reorganisation der Nationalpolizei, um diese mit den Mitteln auszustatten, die zur Gewährleistung der Sicherheit aller in Kolumbien lebenden Menschen erforderlich sind.
- Dieses Gesetz tritt mit seiner Veröffentlichung in Kraft .

ment. Dies alles geschieht mit den Waffen, obwohl sie (die Regierung) vom Frieden spricht... Unsere Antwort als ELN an die Regierung und die herrschenden Klassen ist, daß wir die Waffen nicht abgeben und keinen Gebrauch von dem Amnestiebetrug machen werden. Wir werden uns den Unterdrückern nicht beugen und wir werden mit unserem Volk bis zur Beseitigung jeder Art von Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen...." (Colombia en Lucha Nr.12, Nov/Dez.1982)

Die paramilitärische Organisation MAS (Muerte a los secuestradores - Tod den Entführern)

Seitdem das Amnestie-Gesetz vom 16.Nov. 1982 in Kraft getreten ist sind weiterhin Bauern, Arbeiter, Techniker und Lehrer, wie aus dem Presse-Bulletin der ständigen Kommission für die Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien vom 22.12.82 zu entnehmen ist, durch die MAS ermordet worden: Amanda Patino Rosero, Lehrerin im Narino-Departement; Orlando Taborda Guerero, Bauer aus Huila; Genaro Francisco Miranda Ramos, Bauer aus Cordoba; Fernando Zapata, Ingenieur aus Cali. Diese Personen sind nur ein Teil der in den letzten zwei Monaten ermordeten 20 bekannt gewordenen Fällen und sind Beispiele für "den guten Willen" der Regierung Betancurs, die Verantwortlichen und die Verbindungen der paramilitärischen Organisationen aufzuspüren. Nebenbei sei gesagt, daß seit dem Amtsantritt Belisario Betancurs bis zum 11. Oktober 1982 folgende Bilanz militärischen und paramilitärischen Terrors zu verzeichnen ist: 36 von der Ermordung Bedrohte

- 75 ermordete Personen
- 1 asylierte Person
- 23 Verschwundene
- 597 Gefangene
- 18 Gefolterte

Für 52 der Fälle ist die MAS verantwortlich zu machen.
(Bulletin der Ständigen Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien, Okt.1982)

Zur Geschichte der MAS

Die Verantwortlichen für diese Schreckensbilanz sind seit Gründung der MAS am 3. Dezember 1981 nicht, wie in einem sehr stark verbreiteten Dokument zu lesen war, bei der Mafia des Drogenhandels zu suchen, sondern die MAS ist die Fortsetzung eines alten militärischen Apparates, der CAES (Kommando gegen Entführung und Erpressung). Dieses neugegründete Todesschwadron wurde durch kriminelle Elemente und Kopfgänger verstärkt. Das neueste bei der Entstehung einer solchen Organisation ist, daß diese in einem Flugblatt ihre Finanzierung durch die Oligarchie öffentlich macht. Das Gehirn und die ausübende Hand hinter der MAS sind die eigenen Geheimdienste der Streitkräfte mit dem Hauptziel, durch Folter, Ermordung und Verschwinden-Lassen von Gewerkschaftsführern und Revolutionären, Angst und Verwirrung unter den Volkskräften zu verbreiten. Dies wurde durch die ersten Aktionen der MAS bestätigt: Gefangennahme, Folter und Auslieferung an die Streitkräfte von revolutionären Aktivisten; Ermordung von Luis Javier Cifuentes und anderen Gewerkschaftsführern; Gefangennahme von Guillermo Helvecio Ruiz durch die MAS (bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Gefangennahme durch die kolumbianischen Streitkräfte während einer schweren militärischen Aktion verhaftet). Die einjährige Laufbahn der MAS zeigt, daß diese paramilitärische Organisation eine andere Antwort (Parallel zu den Operationen der Streit-

kräfte) der Streitkräfte Kolumbiens auf das Aufkommen der Volkskämpfe ist. Es ist die Suche nach einem Ausweg, der die Fortsetzung der Folter, des Verschwinden-Lassens und der Ermordung ermöglicht und dem Militär aber gleichzeitig erlaubt, vor der internationalen Öffentlichkeit eine reine Weste zu zeigen.

Es ist als ein Versuch der kolumbianischen Regierung anzusehen, sich, was die öffentliche Rolle der Streitkräfte bei den Operationen im Bereich der Inneren Sicherheit anbelangt, von den Diktaturen des südlichen Teils des Kontinents zu unterscheiden.

Es soll mit der Gründung der MAS und den Aktivitäten anderer Todesschwadronen auch bei der Bevölkerung der Eindruck erweckt werden, daß in Kolumbien der innere Frieden durch die Extreme Rechte und durch die Extreme Linke zerstört wird.

DIE MUTTER VON CAMILO RESTREPO ERHEBT KLAGE GEGEN DIE ERMORDUNG IHRES SOHNES

Herr Präsident:

Nachdem ich Ihre Antrittserklärung angehört habe, in der sie einmal mehr Ihren Willen bekundet haben, allen Kolumbianern Frieden zu gewähren und in der sie erklären, dass Ihre Regierung das Leben und die Bürgerrechte ohne Rücksicht auf religiöses Bekenntnis oder politische Zugehörigkeit garantieren werde, vertraue ich darauf, auf meine Anfrage hin Ihre solidarische Antwort zu bekommen. Solidarisch mit der tragischen Situation einer Mutter die zwei ihrer drei Söhne verloren hat. Meine Söhne kämpften guten Glaubens gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit, angetrieben von einem Geist der Rebellion, im Glauben an ein gerechteres und sichereres Vaterland für alle.

Am 10. August, kaum zwei Stunden nachdem Sie vor den Streitkräften erklärt haben, Sie wollten kein Blutvergießen mehr, weder bei den Soldaten, noch bei den "Brüdern der Guerilla", wurde mein Sohn Camillo vor meinen Augen mit Kugeln durchlöchert, als er in Cali die Kaserne der F-2 (Justizpolizei) verließ. Camillo befand sich seit 2 Jahren in Haft und wurde gefoltert. Sein Haftgenosse Marcos Zambrano starb unter der Folter. Nach mehreren Kriegsratssitzungen wurde er wegen Rebellion verurteilt. Nach Verbüssen der von den Militärbehörden verhängten Strafe wurde er im Monat Juli freigelassen. Wir sind überzeugt, dass das Fehlen jeglicher Garantien seine Sicherheit gefährdete, weshalb wir ihn drängten, das Land zu verlassen. Jedoch sein Solidaritätsempfinden und sein Kameradschaftsgeist mit seinem Bruder und den anderen noch inhaftierten Freunden in den verschiedenen Gefängnissen des Landes die wie er für ihre Ideale kämpften, bewegten ihn dazu, diese Entscheidung zu verschieben, bis sich eine juristische Lösung für seine Genossen gefunden habe.

Am vergangenen 9. August, als Camillo bei einer Tante zu Mittag ass, wurde er von einigen bewaffneten Männern verhaftet. Diese hatten weder Haft- noch Durchsuchungsbefehl und identifizierten sich als das MAS. (Paramilitärische Organisation - "Tod den Entführern"). Als wir bei der II. Brigade und in der Kaserne des F-2 nach seinem

Verbleib fragten, gab es keine Antwort. Trotzdem erfuhren wir gegen Abend, dass er sich im F-2 befand, um einem "harten Verhör unterzogen zu werden". Wir begaben uns mit einigen Freunden dorthin und stellten fest, dass er sich wirklich dort befand, obgleich er noch nicht als Gefangener registriert war. Es wurde uns gesagt, er werde erst am nächsten Tag entlassen und man sicherte uns volle Garantie für seine physische Unversehrtheit zu.

Am 10. August um 7 Uhr morgens ging ich zum Gefängnis um ihn abzuholen und drei Stunden später befanden wir uns beide glücklich auf dem Weg nach Hause, überzeugt, dass es doch noch Gerechtigkeit gebe und dass es möglich sei, ein neues Leben anzufangen. Wir sprachen über das Verhör und als er mir erzählte, dass einer der Beamten ihn der Attentate gegen diese Kaserne beschuldigte, tauchte ein mit einer schallgedämpften Pistole bewaffneter Mann auf und durchlöchernte meinen Sohn mit Kugeln. Mit Hilfe der Feuerwehr bargen wir Camilo und brachten ihn ins Krankenhaus, wo er verstarb.

Inmitten dieses Schmerzes den mir der Tod meines Sohnes, der noch am Anfang seines Lebens stand, verursacht, stellen sich mir eine Menge von Fragen, auf die ich keine Antworten finde. Wer hatte die Gefangennahme Camilos angeordnet? Warum wurde er bei der Einlieferung in die Kaserne nicht registriert? Wessen wurde er beschuldigt? Wer wusste von seiner Haft? Wie ist es möglich, dass trotz der Kontrollmassnahmen der Mörder nicht entdeckt wurde, befand er sich doch in unmittelbarer Nähe der Kaserne? Ist etwa die Stunde der Freilassung Camilos manchen bekannt gewesen? Wie erklärt es sich, dass die Entführer Camilos sich als Mitglieder des MAS ausgaben und dass mein Sohn danach Gefangener in der Kaserne der Justizpolizei war?

Diese Fragen müssen geklärt werden, ansonsten würde im Bewusstsein des Volkes verankert bleiben, mein Sohn sei einem vom Staat verordneten Attentat zum Opfer gefallen.

Es ist notwendig, dem Land mit Taten das Vertrauen in einen sicheren Frieden und den Respekt für das menschliche Leben wiederzugeben. Dieser Friede wird nicht erreicht sein, bevor die Staatssicherheitsorgane nicht gesäubert worden sind. Diese handeln gewalttätig und ungerecht, sind Feinde der Menschenrechte und Gegner Ihres Versprechens von Frieden und kollektiver Sicherheit.

Aus diesen Gründen unterbreite ich Ihnen den Fall meines dritten Sohnes, zu Ihrer besonderen Beachtung. Rodrigo, der im Gefängnis El Barne in Tunja seit zwei Jahren ohne Gerichtsurteil inhaftiert ist, riskiert jeden Augenblick freigelassen zu werden!

Ich verlange die Garantie, dass meinem Sohn die Wiedereingliederung in die Gesellschaft ermöglicht wird und dass sein Leben respektiert wird. Anders wird Friede, so wie Sie ihn proklamiert haben, niemals Wirklichkeit für das kolumbianische Volk sein.

Hochachtungsvoll,

Nelly Valencia de Restrepo

Die Internationale Bedeutung der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Amnestie

Nur auf dem Papier aber auch ausreichend für eine Gesichtswäsche der "ruhmreichen kolumbianischen Demokratie" vor der internationalen, aber auch nationalen Öffentlichkeit wurde das Hindernis Ausnahmezustand für Verhandlungen mit den politisch-militärischen Organisationen aus dem Wege geräumt. Dieser Akt der Großzügigkeit ist dann auch noch ausgerechnet von dem aus dem Amt ausscheidenden Gespann Turbay/ Camacho Leyva am 20. Juni 82 vollzogen worden, die selbst vier Jahre lang für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes mitverantwortlich waren. Plötzlich war für Turbay und seine Regierung möglich geworden, entgegen früheren Äußerungen, diesen die Kampfbereitschaft der kolumbianischen Streitkräfte schwächenden Schritt zu vollziehen.

Warum war das nun plötzlich möglich geworden?

Zum einen aus politischem Opportunismus, d.h. um dem gewählten konservativen Präsidenten eine schon von ihm versprochene Maßnahme vorwegzunehmen, die dazu beitragen sollte die Mißgunst der liberalen Partei nach achtjähriger Regierungszeit bei der Bevölkerung zu verringern. Zum anderen weil die unter dem Ausnahmezustand erlassenen Dekrete in das seit dem 23. Jan. 81 in Kraft getretene neue Strafgesetzbuch übernommen und in das tiefgreifend reformierte polizeiliche Gesetzbuch eingearbeitet worden sind. Die Strafen für Entführungen, politische Straftaten, Delikte gegen das Eigentum und gegen die öffentliche Sicherheit werden erhöht, und es werden neue strafbare Handlungen definiert wie diejenige gegen die öffentliche Ordnung z.Bsp. (das sind Terrorismus, Panikmache usw.). Nebenbei sei bemerkt, daß dieses neue Strafgesetzbuch der philosophischen Anleitung der Deutschen Schule - juristischer Positivismus - folgt.

Die formelle Entmachtung der Militärjustiz durch die Aufhebung des Ausnahmezustandes mit der scheinbaren Rückkehr zum Rechtsstaat, das auf dieser Basis erlassene Amnestie-Gesetz vom 16. Nov. 82 sind im Zusammenhang zu sehen mit dem baldigen Eintritt Kolumbiens in die Bewegung der Blockfreien.

So kann die Regierung Betancurs ihr internationales Image in mehrerer Hinsicht vor diesem Forum aufpolieren: Sie kann das formelle Ergebnis zeigen, die "Demokratie" in Kolumbien wiederhergestellt zu haben. Und sie kann die aufgrund des Malwienkrieges verschlechterten internationalen Beziehungen zur OAS (Organisation der amerikanischen Staaten) verbessern.

Der Eintritt in die Bewegung der Blockfreien zielt aber auch darauf, zusammen mit anderen vor kurzem aufgenommenen Ländern, einen anti-sowjetischen und pro-westlichen Block zu bilden, der den antiimperialistischen Kampf innerhalb der eigenen Bewegung neutralisiert oder ausgleicht.

In diesen Rahmen fällt auch die Unterstützung und Bereitstellung von 250 Mill. Dollar in direkten Krediten und technischer Beratung durch Regierungsinstitutionen wie SENA (Servicio Nacional de Aprendizaje) und ICA (Instituto Colombiano Agropecuario) seitens der Betancur-Regierung an die Länder Zentralamerikas und der Karibik (Nicaragua und Kuba ausgenommen), die zusammen mit dem Reagan-Plan die Stärkung der Feinde des Salvadorenschen Volkes und das Zurückschrauben des nicaraguanischen Prozesses bezwecken.

Es ist wahrscheinlich noch zu früh, um zu sagen, daß das Amnestie-Gesetz gescheitert ist. Alles deutet aber darauf hin, daß es so kommen wird: Das Gesetz selber beinhaltet ein vom Militär durchzuführendes militärisches Programm in den Spannungsgebieten (siehe Artikel 8 des Amnestie-Gesetzes), d.h. eben nicht die geforderte Entmilitarisierung der Rückzugsgebiete der Guerilla. Dieses Programm bedeutet, daß es der Regierung in erster Linie darauf ankommt, die politisch-militärischen Organisationen systematisch zu zerschlagen, und daß für sie (die Regierung) die sozio-ökonomischen Probleme mit einem "Dringlichkeitsprogramm" bei Aufrechterhaltung der bestehenden Strukturen (Machtpolitische und ökonomischer Natur) zu lösen sind. Parallel zur Amnestie wird auch die Modernisierung der Streitkräfte und der Polizei angestrebt, damit die Polizei die Aufgabe der Inneren Sicherheit und das Militär die Aufgabe der "Verteidigung der Nationalen Souveränität" ausführen. Zu diesem Zweck hat die Oberste Leitung des Militärs beim Nationalen Kongreß 1982 einen Haushaltszusatz in Höhe von 2500 Mill. Dollar beantragt. Das sind 50% der internationalen Reserven Kolumbiens, die für Waffen und Ausrüstungsmodernisierung demnächst ausgegeben werden sollen. Zum Schluß sei noch gesagt, daß während der Amnestieverhandlungen für einen Teil der politisch-militärischen Organisationen folgendes eine Rolle gespielt hat: die Befreiung eines Teils ihrer Gefangenen, die Anerkennung als militärische Kraft, die Propagierung ihrer Programme (hauptsächlich die der M 19), das Aufholen und die Erneuerung der Kampfkraft und sie haben im Laufe der Amnestieverhandlungen den repressiven Charakter des Militärapparates aufzeigen können.



Soldaten kontrollieren Fahrgäste eines Überlandbusses

Aufruf

Verhaftung von ORP - Mitgliedern in K o l u m b i e n

Im Dezember wurden acht Mitglieder der ehemaligen Revolutionären Volksorganisation ORP, die dem Bauernverband ANUC (Sincelejo) nahestand, verhaftet. Sieben weitere werden nach Angaben des Militärs noch gesucht. Sie sollen angeblich die Frau des führenden liberalen Politikers Echeverry entführt und ermordet haben.

Von Seiten des Heeres wurde behauptet, daß die Operation von Hernando Franco, einem Chemie-Professor der Universidad Nacional und von dem Kongreßabgeordneten Miguel Gamboa und von der Abgeordneten Emperatriz Santander geleitet worden sei. Führende Personen der ANUC seien ebenfalls in die Angelegenheit verwickelt.

Die Verhafteten haben nach Angaben der Militärs ein Geständnis unterschrieben, in dem sie den Mord zugeben. Führende Vertreter des Nuevo Liberalismo (dem die verdächtigten Abgeordneten nahestehen) haben die Gültigkeit dieser "Geständnisse" bezweifelt.

Angesichts der Ungeheuerlichkeit des Vorgangs, der sehr wahrscheinlich durch eine Zusammenarbeit zwischen Militär und MAS zustande gekommen ist, bitten wir euch, in Briefen oder Telegrammen gegen die Verhaftung und Folterung der Betroffenen (H e r n a n d o F r a n c o, M i g u e l G a m b o a, E m p e r a t r i z S a n t a n d e r, F r o i l á n R i v e r a, F r e d y R i v e r a, J u a n T a d e o E s p i t i a, W i l b e r t o R i v e r a u. a.) zu protestieren und um die Respektierung ihrer Rechte zu ersuchen.

Bitte richtet diese Proteste an:

Excelentísimo Señor Presidente
Belisario Betancur
Palacio de Narino
B o g o t á - K o l u m b i e n

Kopien an die Botschaft der Republik Kolumbien
Friedrich-Wilhelm-Str.35
5300 B o n n 1

Zeitung El Espectador
Av.68 - Calle 22
B o g o t á - K o l u m b i e n

Comite Permanente por la Defensa de
Los Derechos Humanos
Apartado Aéreo 12817
B o g o t á - K o l u m b i e n



Leichnam eines von der MAS ermordeten Volkskämpfers

Die Revolution als Putsch

Am Südrand der Karibik ist in den letzten Jahren ein neuer Unruheherd entstanden, der den USA und den ehemaligen Kolonialherren, den Niederländern zu schaffen macht: Surinam. Die Revolutionäre in Kuba, Nicaragua oder Grenada dürften aber kaum sehr erireut sein über die Methoden, mit denen der Chef des Militärs von Surinam das Volk auf den Weg des Sozialismus führen will. Mit Brandstiftung und Mord schaltete er im Dezember 1982 seine Gegner als Konterrevolutionäre aus.

Als Ende Februar 1980 sechzehn Unteroffiziere der Armee von Surinam streikten, um eine Militärgewerkschaft durchzusetzen, fiel ihnen die Macht im Staate gleichsam in den Schoß. So unbeliebt hatte sich das bis dahin mit parlamentarischen Methoden regierende Kartell von Eliten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen - ein Drittel Inder, ein Drittel Kreolen, ein Sechstel Javaner, dazu Indianer, Schwarze und Europäer - in dem kleinen Land an der Nordküste Südamerikas gemacht. An die Spitze des Militärs gelangte damals einer dieser Unteroffiziere namens Desi Bouterse, der zum Oberstleutnant befördert wurde.

Von einer klaren politischen Idee konnte bei den putschenden Unteroffizieren damals keineswegs die Rede sein, allenfalls war ihnen die überaus spürbare politische, finanzielle und wirtschaftliche Abhängigkeit von den Niederlanden ein Ärgernis. Ein Großteil der Bevölkerung ist seit 1968 in das ehemalige Mutterland ausgewandert, das Überleben des 1975 unabhängig gewordenen Staates hängt praktisch von der Finanzhilfe ab, die die Niederlande zu zahlen sich verpflichtet haben. Da die Zahlungen natürlich vom politischen Wohlverhalten der Regierenden in Surinam abhängig gemacht werden und werden, ist der Eindruck des Neokolonialismus kaum zu vermeiden.

Wurde der Putsch von 1980 von der Bevölkerung noch begrüßt, so haben sich die regierenden Militärs in den knapp drei Jahren mit der Zeit immer unbeliebter gemacht, die von ihnen eingesetzten Regierungen wurden mit den wachsenden wirtschaftlichen Problemen nicht fertig und kamen auch ihren Wünschen nach Radikalisierung nicht weit genug entgegen. Die fallenden Weltmarktpreise für das Hauptausfuhrprodukt Bauxit (und Aluminium) verschlechterten die finanzielle und wirtschaftliche Situation des Landes, und so konnte nicht ausbleiben, daß die US-Regierung von Präsident Reagan allen Versuchen, das Regime des 39 Jahre alten Armeechefs Bouterse zu destabilisieren, mehr als nur Sympathie entgegenbrachte, zumal dieses Regime mit Verständnis vor seiten der Regierenden in Kuba und Grenada rechnen konnte.

Woran es allerdings dem Regime von Bouterse zunehmend gemangelt hat, das war irgendeine Form demokratischer Legitimation oder

zumindest ein bezogter Rückhalt in der Bevölkerung. Im Gegenteil entwickelte sich besonders seit Anfang 1982 eine breite und wachsende Opposition, die besonders stark von Arbeitern, Studenten, Journalisten, Anwälten und anderen Intellektuellen getragen wurde.

Natürlich gehörten von Anfang an alle konservativen Kräfte zur Opposition gegen dieses spezifische Militärregime. In den letzten Monaten hatte sich aber gezeigt, daß auch die linken Gewerkschaften und Studentenorganisationen für eine Demokratisierung des Landes demonstrierten.

Oberstleutnant Bouterse, der, wie das im folgenden abgedruckte Interview aus "Le Monde" vom 7. Januar zeigt, nur seine eigene Herrschaft für revolutionär halten kann, sah gegen Ende des Jahres 1982 offenbar keine andere Möglichkeit mehr als die eines direkten Eingreifens gegen seine Gegner, wobei er nicht vor Gewalttätigkeiten zurückschreckte, wie sie in Surinam bisher unbekannt waren.

In der Nacht vom 7. zum 8. Dezember wurden in der Hauptstadt Paramaribo unter andauerndem Geknatter von Maschinengewehren vier wichtige Gebäude in Brand gesteckt: eine Zeitungsdruckerei, zwei Radiostationen und der Sitz des mächtigen konservativen Gewerkschaftsverbands Moederbond. Der Gewerkschaftsverband hatte sich besonders unbeliebt gemacht, weil er Ende Oktober genau an dem Tag einen sehr erfolgreichen Streik organisiert hatte, an dem Bouterse Ministerpräsident Bishop von Grenada empfing.

Zur gleichen Zeit wurden die wichtigsten Führer der Opposition verhaftet und zum Verhör nach Fort-Gezondia, zum Hauptquartier des Armeechefs gebracht. Dabei landete es nicht um Cyriel Daal, den Gewerkschaftsführer vom Moederbond, um André Kamperveen, den ehemals von den Militärs selbst eingesetzten Kulturminister, um einen führenden Wirtschaftswissenschaftler, vier Rechtsanwälte und vier Journalisten. Sie alle wurden - nach glaubwürdigen Aussagen unter schweren Foltern - über ein angeblich geplantes Komplott verhört und anschließend "auf der Flucht erschossen". Das gleiche Schicksal wurde dem Soziologen und ehemaligen Armeelieutenant Surinder Ramboocus zuteil, der wegen eines früheren Umsturzversuchs schon seit Monaten in Haft war. Er war für Bouterse offenbar besonders gefährlich wegen seines starken Anhangs in der indischen Bevölkerungsgruppe. Mit Ramboocus zusammen wurden auch die beiden Anwälte "auf der Flucht erschossen", die ihn vor Gericht verteidigt hatten. Der einzigste Oppositionsführer, der - wenn auch unter Verletzungen - dem Massaker unter den Verdächtigten entging, war der Führer der großen und mächtigen Inder Bauxitbeitergewerkschaft Fred Derby.

Noch am selben 8. Dezember wurden die Grenzen des Landes geschlossen, alle privaten Presseorgane verboten, die Veranstaltungen in den Universitäten ausgesetzt und die Errichtung einer "neuen Demokratie" verkündet.

In den Niederlanden haben diese Ereignisse bei den meisten Einwanderern aus Surinam großen Entsetzen hervorgerufen, und gegen den Beschluß, die Wirtschaftshilfe für Bouterse einzustellen, gab es kaum Opposition.

Für die Behauptungen, was kuba stammende Experten seien an den Ereignissen vom 8. Dezember herantand oder sogar während beteiligt gewesen, hat es keinerlei Beweise gegeben. Es steht aber im befürchten, daß - ähnlich wie in den Eritrien, Argentinien oder Äthiopien - nun auch in der Karibik ein abenteuerverhaftes Unternehmen einer Handvoll von Putschisten nachfolgend zur Revolu-

tion hochstilisiert wird und eine eigentümliche geopolitische Logik dazu benutzt wird, ein Regime zu rechtfertigen oder gar zu feiern, das die Bevölkerung unterdrückt und die Ideen von Demokratie und Sozialismus diskreditiert.

INTERVIEW MIT OBERSTLEUTNANT BOUTERSE

"Wir werden unseren Kampf gegen den Imperialismus verstärken", erklärt uns Oberstleutnant Bouterse.

"Nachdem wir die Konterrevolution zerschlagen haben, ist die Zeit reif für ein schnelles Vorgehen und die Beschleunigung des revolutionären Prozesses. Bis zum 8. Dezember haben wir die Revolution friedlich und ohne Gewalt geführt. Aber es fehlte uns ein Zentrum, das die politischen Aktivitäten vereint und steuert.

Wir haben unseren Gegnern zuviel Freiheit gelassen, und sie haben das ausgenutzt für den Versuch, verlorene Stellungen wiederzugewinnen. Deswegen zeigt sich die Armee heute wachsamer und will die Mobilisierung des Volkes vorantreiben. Es ist Platz für alle, die an der Revolution teilhaben wollen, aber im Interesse des Volkes müssen die Privilegierten sich enthalten. Wir müssen auch unseren Kampf gegen den Imperialismus und die Nachfolgeerscheinungen des Kolonialismus verstärken, gemäß den Richtlinien der Blockfreien.

Unsere Wirtschaft ist so vom Ausland abhängig, daß einige Länder das ausnutzen, um unsere politischen Vorhaben zu durchkreuzen. So würde es genügen, daß ich verspreche, das parlamentarische System wieder einzuführen, damit die Niederlande ihre Hilfe, die sie einseitig gekündigt haben, wieder aufnehmen. Aber wir wollen nicht mehr mit Zuckerbrot und Peitsche gehen, das muß allen klar sein."

LE MONDE: Wie sehen sie die institutionelle Zukunft des Landes?

BOUTERSE: "Wir arbeiten gerade ein Aktionsprogramm aus, und nur danach denken wir daran, eine neue Regierung zu bilden. Im Augenblick wird alles durch Dekrete entschieden. Wir überlegen, ob wir eine Art Exekutivrat bilden, der die Landespolitik formulieren würde, die ein Kabinett dann ausführen müßte. Auch wenn das Volk heute schon die Macht innehat, sind wir doch in einer Übergangsperiode. Wir sind gerade dabei, ein von den Niederlanden geerbtes demokratisches Modell zu ändern. Wir wollen kein Westminster-System mehr, unser Hauptziel ist, das Volk selbst direkt an einem politischen System zu beteiligen, das den spezifischen Bedingungen Surinams entspricht."

Nach seinen persönlichen Ambitionen für die Präsidentschaft gefragt, antwortet der "Führer der Revolution" mit einem breiten Lächeln, daß "ersich seiner Verantwortung nicht entziehen wird, wenn das Volk ihn darum bittet."

Auf die Frage, ob er auf die Mehrheit der Bevölkerung zählen kann, gibt er zu: "Natürlich, die alten Parteien können mehr Leute mobilisieren als wir, aber unsere Militanten haben ein höheres Bewußtsein. Sie wissen, wofür sie sich einsetzen und sind bereit, für die Revolution zu kämpfen. Unsere Gegner denken nur an ihre Privilegien, die Interessen des Volkes gehen sie nichts an. In der Vergangenheit war die Bevölkerung vor allem in ethnischen Parteien organisiert, und wir hatten alle vier Jahre ein Wahlfasching. Diese Strukturen waren wie ein Art von Glaube, den die Leute nicht von heute auf morgen vergessen können. Es war eine Institution, die gegen das Volk eingesetzt wurde. Wir bemühen uns darum, ihm eine bessere politische Erziehung zu geben, die ihm ermöglicht, die Sachen klarer zu sehen. Als wir die Revolution begannen, waren wir 16, heute sind wir viel mehr."

Zeitungen haben die Meinung beeinflußt, und selbst die Justiz war Komplizin, indem sie vom Kolonialismus geerbte Gesetze befolgt.

Es wurde ein ganzes Schauspiel inszeniert, um Chaos zu verbreiten; danach wären von den in den Niederlanden etablierten Surinamern angeheuerte Söldner gekommen, um die Verschwörer zu unterstützen, die sich darauf vorbereitet hatten, am 25. Dezember loszuschlagen"

LE MONDE: Haben Sie Beweise?

BOUTERSE: "Erstens die Geständnisse der verhafteten Personen; das sind grundlegende Beweise. Ich habe selbst mit mehreren nach Fort Zeelandia gebrachten Gefangenen gesprochen, Leute, die ich sehr gut kannte, denn hier kennen sich alle. Ich habe von ihnen verlangt zu gestehen, wie es andere vor ihnen getan hatten."

LE MONDE: Wie sind sie gestorben?

BOUTERSE: "Sie wollten fliehen. Sie sehen ja selbst, daß es keine Zellen in Fort Zeelandia gibt, und für ihren eigenen Komfort wollten wir sie in eine größere Kaserne verlegen. Da haben sie versucht zu entkommen. Und in dieser Nacht waren die jungen Soldaten besonders nervös."

LE MONDE: Die Surinamer scheinen von der offiziellen Version nicht sehr überzeugt zu sein. Öffentliche Gerüchte bescheinigen, daß Gefangene gefoltert wurden.

BOUTERSE: "Das ist wegen der holländischen Propaganda. Ja, wenn die Niederlande es wollen, können sie auch einen Arzt schicken, um eine Autopsie zu machen."

LE MONDE: Gibt es kubanische Soldaten in Surinam?

BOUTERSE: "Soviel ich weiß, ist noch nie ein kubanischer Soldat hierher gekommen. Natürlich haben wir Kontakte mit dem Botschafter und den Botschaftsangehörigen. Wir haben Wirtschafts-, Technik- und Kulturabkommen mit Kuba unterzeichnet, aber niemand diktiert uns unsere Vorgehensweise."

LE MONDE: Warum wurde die Gewerkschaft Moederbond zerschlagen?

BOUTERSE: "Es war eine konterrevolutionäre Hochburg. Wir wissen, daß die Arbeiter dafür nicht verantwortlich waren, aber es war ein Symbol, und wir mußten damit Schluß machen, selbst wenn das brutal erscheint. Es war ein symbolischer Sieg der Revolution, und die Leute sind empfänglich für Symbole."

(Auszüge aus einem Interview von Le Monde, 7.1.83)

Wo liegt Asien? oder: Einwürfe aus dem Glashaus

Auf das Wohl des Präsidenten Figueredo und das bolivianische Volk!" toastete der amerikanische Präsident Ronald Reagan bei seinem Lateinamerikatrip vor zwei Monaten bei seinem Empfang in Brasilia; geistesgegenwärtig den Lapsus korrigierend, entschuldigte er sich: "...oh, sorry, Bolivien ist das Land, wo ich jetzt hinreise..." Auch das stimmte nicht ganz, sein nächstes Reiseziel war Bogotá, Bolivien auf dem Fünf-Tage-Trip gar nicht eingeplant.

Ein amerikanischer Fernsehjournalist spottete: "Wenn Präsident Reagan einen Toast auf das Volk von Bolivien ausbringen wollte, so kann man ihm das nicht übelnehmen. Schließlich befindet er sich das erste Mal in Asien, und er ist glücklich, in Buenos Aires zu sein." (zitiert nach "Tagespiegel", 15.12.82.)

So peinlich Reagans arrogante Ignoranz ist und so deutlich sich imperialistische Überheblichkeit darin niederschlägt, so klar ist gleichzeitig auch, daß genauere Geographie-Kenntnisse allein Reagans Politik nicht einen Deut ändern würden. Also Schwamm drüber? Wieso sprechen wir eigentlich, auf Reagan bezogen, vom amerikanischen Präsidenten? Oder, wie oben, von einem "amerikanischen" Fernsehjournalisten, wenn wir uns lediglich auf die USA beziehen?

Bloß eine sprachliche Schlamperie? Natürlich ist "amerikanisch" sprachlich einfacher, aber ebenso ist es natürlich eine im doppelten Sinne faule Ausrede. Deshalb bemühen wir uns in den LN fleißig um Genauigkeit. Auch "nordamerikanisch" ist noch nicht die Lösung, es bleibt halt nur "US-amerikanisch", auch wenn es, zumindest in Westberlin, gleich immer so ideologisch klingt ... Es muß sein, denn ich werde die Vermutung nicht los, daß sich in dieser eingeschliffenen sprachlichen Schlamperie unser Bewußtseinsstand spiegelt, in dem vor den übermächtigen USA der "Restkontinent" ausgeblendet wird. Ich hatte diese Glosse schon im Kopf, auch die Dämlichkeit, mit der bundesdeutsche Zeitungen den verquasselten Trinkspruch des "amerikanischen" Präsidenten zitierten, im Visier, als ... als mich in einer Diskussion über den südlichen Teil unseres recht runden Erdballs ein irritierter Blick traf. Was hatte ich denn gesagt? "... die da unten..."

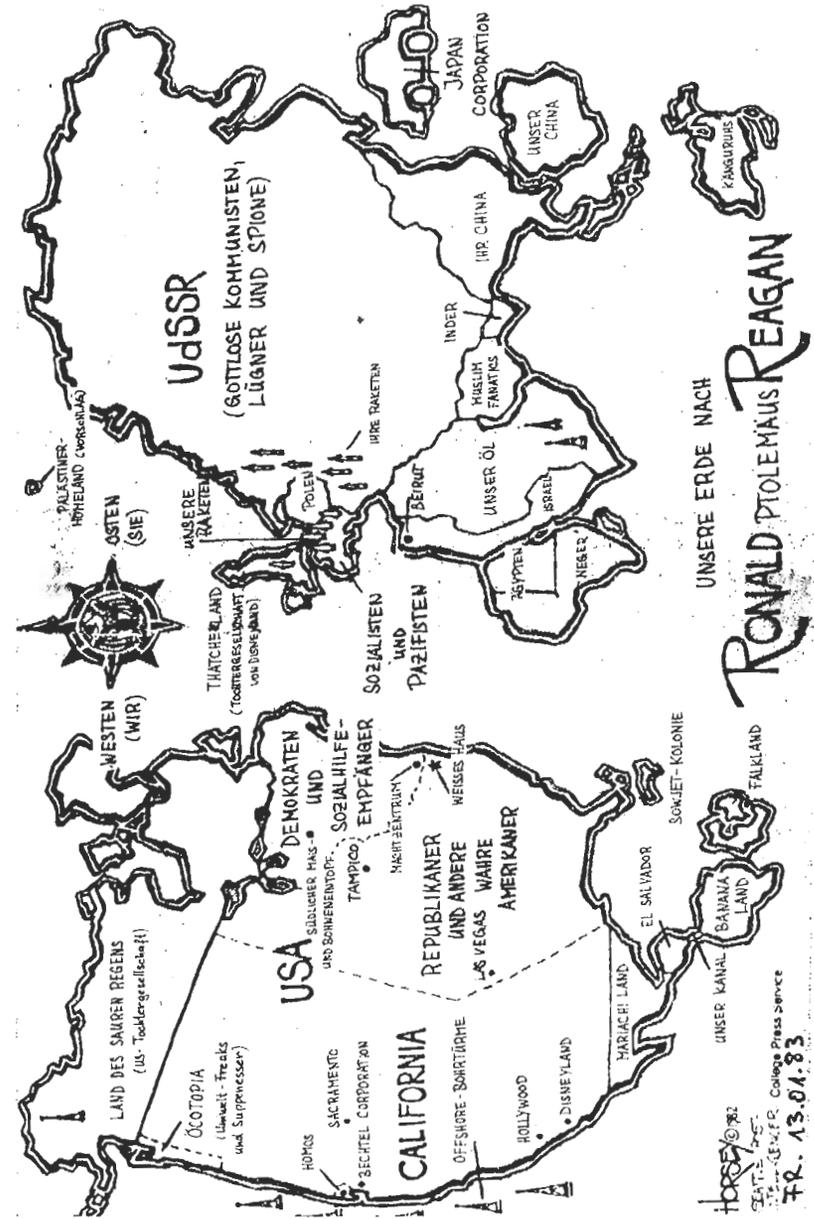
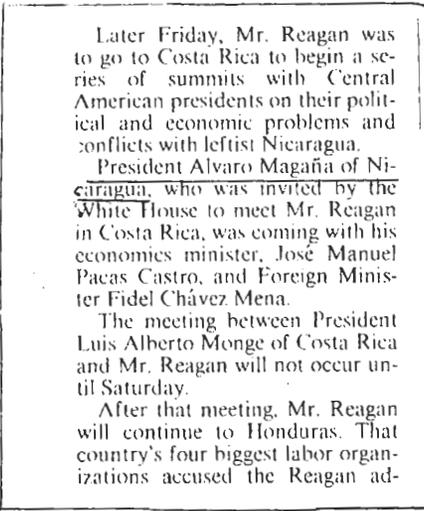
Later Friday, Mr. Reagan was to go to Costa Rica to begin a series of summits with Central American presidents on their political and economic problems and conflicts with leftist Nicaragua.

President Alvaro Magaña of Nicaragua, who was invited by the White House to meet Mr. Reagan in Costa Rica, was coming with his economics minister, José Manuel Pacas Castro, and Foreign Minister Fidel Chávez Mena.

The meeting between President Luis Alberto Monge of Costa Rica and Mr. Reagan will not occur until Saturday.

After that meeting, Mr. Reagan will continue to Honduras. That country's four biggest labor organizations accused the Reagan ad-

International Herald Tribune, 4./5. Dezember. Reagans Konfusion übertrug sich offenbar auch auf Journalisten. Der letzte Präsident Nicaraguas war Somoza ... Woher also stammt Magaña? (El Salvador)



Interview mit Maurice Bishop: Wir sind der Virus der direkten Demokratie

Frage: Wie schätzt Du die Terminierung von US-Präsident Reagans Karibik-Reise ein?

Antwort: Ja, der Zeitpunkt ist wichtig. Ich denke, er hat mit der gegenwärtigen Beurteilung der Wichtigkeit Zentralamerikas und der Karibik in den USA zu tun: für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten, wie für ihre ökonomischen und geopolitischen Interessen. Die Lage in El Salvador könnte der eigentliche Grund sein, daß die Volkskräfte dort der Diktatur und ihrer Repression ein Ende bereiten könnten. Wie ihr wißt, versucht die Reagan-Administration für die Entwicklungen in El Salvador Kuba und Nicaragua verantwortlich zu machen. Aus unserer Sicht ist das historisch ein fundamentaler Fehler. Denn wir glauben natürlich nicht, daß die Situation in El Salvador heute durch die Revolutionen in Kuba oder Nicaragua entstanden ist.

Schon in den 30er Jahren bestimmte Gewalt El Salvador und Nicaragua. In El Salvador wurden über 30 000 Menschen ermordet. Heute müssen wir sehen, wie sich dieses Beispiel wiederholt. Damals gab es aber kein Kuba und kein Nicaragua. Ich glaube nicht, daß Revolutionen exportiert werden können, so wie es die Administration der USA unterstellt. Revolutionen entstehen auf Grund der materiellen, objektiven Realität. Dies muß so sein, wie die Amerikaner 1776 ja auch ihre Revolution hatten. Es gab keine Frage, ob sie von irgend jemandem importiert sein könnte.

Es gibt das Problem der großen Beunruhigung dieser US-Administration über ihre für sie notwendigen Verbündeten. Etwa, daß ihre europäischen Alliierten sie nicht unterstützen würden, wie es auch in den USA selbst immer mehr Widerstand gibt: das muß sehr ärgerlich sein für die Reagan-Administration. 87% der Bürger der USA haben sich kürzlich gegen jede Form der Einmischung der USA in El Salvador ausgesprochen, was eine Truppenentsendung natürlich einschließt. Das ist eine hohe Zahl, die zeigt, daß die Menschen in den USA keinen Krieg wollen, nicht an einem Krieg teilnehmen wollen und genausowenig wollen, daß ihre Kinder ausziehen und in irgend einem dieser Kämpfe mitmachen.

Schließlich ist die Reagan-Administration beunruhigt über das Stärkerwerden der Friedensbewegung. Hinzu kommt die hohe Arbeitslosigkeit, 10 Millionen stehen jetzt auf der Straße, die Kürzungen der Sozialhilfe, die wachsende Kritik an Reaganomics, Reagans Wirtschaftspolitik - sodaß Reagan schließlich für viele beginnt unpopulär zu werden.

All diese Faktoren beeinflussen die Handlungsweise der USA und für Präsident Reagan hieß es nun zeigen, daß er noch Freunde und Verbündete in Zentralamerika und der Karibik hat, die die einseitige Position seiner Regierung teilen.

Ziemlich sicher ist, daß die Völker von El Salvador, von Nicaragua, Kuba und Grenada nicht zulassen werden, daß fremde Truppen in ihre Territorien eindringen. Sie wissen, daß es für sie richtig ist, deutlich zurückzuschlagen. Und deshalb ist die Unterstützung, die Präsident Reagan in dieser Region bekommen kann nur die, daß Regierungen sagen: Wir stehen hinter euren Interessen, auch hinter euren Methoden, die Probleme zu lösen.

Und die karibischen Inseln werden regional und international, bei der OAS und der UNO bedeutender. Letztes Jahr erst wurden zwei Länder aus unserer Region unabhängig: Belize und Antigua. So muß Präsident Reagan so viele Länder wie möglich auf seiner Seite erscheinen lassen.

Wir in Grenada befürchten, daß sein ganzer Ansatz falsch ist und neue Probleme schafft. Tatsächlich fürchten die Menschen dieser Region um ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Sie möchten einen höheren Lebensstandard, Gerechtigkeit für alle, bessere Preise für die Waren, die sie exportieren. Sie wollen über ihr Leben verfügen können, sie wollen bessere und billigere, am besten kostenlose Gesundheitsversorgung. Sie wollen mehr und bessere Schulbildung für ihre Kinder. Sie wollen die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder sehen. Sie wollen mehr Partizipation bei der Lösung ihrer eigenen Probleme.

Ich bin sicher, daß unsere Völker in der Karibik und in Zentralamerika die gleichen Interessen haben, wie die Mehrheit in den USA. Sie wollen nicht Millionen ohne Arbeit sehen, sie wollen keine massiven Kürzungen bei der Gesundheitsversorgung, bei Essensmarken, bei Landwirtschaftssubventionen, bei Stipendien für Studenten usw. Sie wollen Armut nicht größer werden sehen. Sie wollen keine Rassendiskriminierung gegen Minderheiten im eigenen Land. Das ist es, worum all unsere Völker kämpfen. Und das ist es auch, denke ich, was die Reagan-Administration verstehen muß, wenn sie eine ausbalancierte Politik in dieser Region beginnen will.

Frage: Weshalb wird Grenada nicht zu dem Treffen der regionalen Regierungen mit Präsident Reagan eingeladen?

Antwort: Ich glaube dafür gibt es viele Gründe. Der wichtigste ist wohl der, daß die Reagan-Administration Ländern wie Grenada, die einen unabhängigen und blockfreien Entwicklungsweg gehen wollen, als Opposition ansieht. Sie meinen, alle Länder der Welt müßten die Dinge so wie sie sehen. Und ein Land wie Grenada, das seine eigenen Ideen über seinen Entwicklungsweg hat, bekommt dann Probleme durch diese US-Administration. Für uns ist es aber ganz klar, daß dies in unserer Region anders gesehen wird. Die Leute hier ebenso wie die meisten Regierungen (selbst die, mit denen Reagan gerade gesprochen hat), sehen die Dinge nicht genauso. Letztes Jahr zum Beispiel gab es mehrere Treffen der CARICOM-Länder (Zusammenschluß der englischsprachigen Karibik-Länder). Als die Minister die "Initiative für das karibische Becken" (CBI) wie sie ursprünglich von Kanada, Mexico und Venezuela vorgeschlagen worden war, diskutierten, kamen wir über insgesamt dreizehn Grundsätze überein. Einer besagte, daß das Programm für alle Staaten unserer Region offen sein soll, ein anderer, daß die Souveränität und Integrität sowohl von Staaten als auch von regionalen Institutionen (sowie deren autonomer Charakter) zu respektieren sei. Oder, daß dieses Programm die regionalen Institutionen und lokalen Ressourcen nutzen soll. Oder, daß es so zu formulieren sei, daß das Programm nationale Ziele und Entwicklungsprioritäten berücksichtigt. Und daß all diese Kriterien nicht auf politischen oder militärischen Überlegungen basieren sollen. Und das sind nur vier der dreizehn Grundsätze. Sie drücken aber alle aus, daß diese Region unsere Region ist. Schließlich hat es uns hunderte von Jahren gekostet, eine funktionierende Kooperation für unsere regionale Integration zu entwickeln und wir haben großes Interesse daran, daß dieser Prozeß in keiner Weise behindert oder gar aufgehalten wird.

Die Position der USA ist dabei eine andere als die von Kanada, Mexico oder Venezuela oder als die zehn Mitgliedsländer der EG. Alle diese Länder sind darauf vorbereitet, unsere Region als eine zu nehmen und haben die entsprechenden multinationalen Beziehungen vorbereitet. Sie sehen nicht auf politische Differenzen und sie nutzen Hilfe nicht dazu, ihre militärischen und nationalen Sicherheitsinteressen durchzusetzen. Es ist einfach eine Tatsache, daß die Reagan-Administration bei CBI versucht, den Hilfsleistungen militärische Überlegungen überzustülpen. Sie wollen durchsetzen, daß CBI nicht für die Bevölkerungen sein wird, sondern für ihre eigenen Sicherheitsinteressen: so wie sie sie sehen. Das muß schon so sein, weil von den 350 Mio. US-Dollar, die versprochen wurden, allein 110 Mio. US-Dollar nach El Salvador gehe. Ich glaube nicht, daß die Menschen in den USA ihr Geld, ihre hart verdienten Steuergelder, so verschleudert sehen wollen. Daß Hilfe für massive Zerstörungen, für Genozid in unserer Region ausgegeben werden soll. Daß die Hilfe in den Händen von Diktatoren, wie denen in El Salvador gelegt wird, anstelle für Waren und Dienste für die Menschen.

Die Sache ist die, daß von den 110 Mio. US-Dollar keine Million für die Bevölkerung da ist, für Nahrungsmittel, um die Armut dieses Landes zu bekämpfen. 99,9% wird für Waffen ausgegeben werden, dabei ist es sinnlos zu versuchen, die Volkskräfte davon abhalten zu wollen, ihren Befreiungskrieg fortzusetzen. Für uns heißt das, daß amerikanische Steuergelder verschleudert werden.

Frage: Die Reagan-Administration hat verschiedene Beschreibungen von Grenada gegeben, eine davon ist, daß Grenada wie ein schwarzer Schatten über Amerika liege und daß Grenada eine Virusplage für die Karibik sei.

Antwort: Wir meinen natürlich, daß der Virus, der zu fürchten ist, nicht der Marxismus ist. Das ist keine Frage in der Karibik. Den Virus, der wir fürchten, heißt Wucher, der unkontrollierte Kapitalismus der Unternehmerfreiheit des 19. Jahrhunderts. Die Versuche von Reagans Administration heute den "New Deal" von Roosevelt, die "Great Society of War on Poverty" von Johnson - diese Programme, die darauf zielten, den Staat für die Armen und Benachteiligten verantwortlich zu erklären, zu diskreditieren, sind fundamentale historische Fehler. Aber diese Fehler werden bald korrigiert werden, denn die Menschen in Amerika werden sie nicht länger hinnehmen. Dieser kapitalistische Ansatz privatwirtschaftlicher Entwicklung wird in der Karibik nicht länger akzeptiert werden. So wie wir Vertrauen zu den Menschen in den USA haben, mit den 10 Millionen ohne Arbeit, mit den Armen, denen, die die Sozialkürzungen zu spüren bekommen und trotzdem ihren Widerstand fortsetzen.

Und wenn Präsident Reagan von Demokratie spricht und Grenada vorwirft, kein demokratisches Land zu sein, dann akzeptieren wir das nicht. Wir finden es nicht demokratisch, wenn einem Mann mit einem "Mandat" von nur 28% seiner Bevölkerung erlaubt ist, Aufrüstung finanziell durchzusetzen. Ich glaube nicht an eine Demokratie, die Wahlen zuläßt und die Wähler dann auf die Straße setzt. Ich glaube nicht, daß Demokratie erlauben kann, Sozialversorgung so massiv zu beschneiden, daß die Armen unter immer größeren Druck geraten. Ich glaube nicht an eine Demokratie, die Diktaturen überall in der Welt stützt, die das südafrikanische Regime international hoffähig machen will - ohne jede Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung. Ich glaube nicht an eine Demokratie, die den CIA unkontrolliert und unangefochten arbeiten läßt, um Regierungen wie die von Nicaragua und Cuba zu destabilisieren und zu stürzen.

Unser Konzept der Demokratie unterscheidet sich davon sehr. Demokratie muß Menschen das Recht auf Partizipation bei ihren eigenen Angelegenheiten geben. Demokratie muß Menschen und Politiker verantwortlich machen. Sie muß versuchen, mehr Arbeitsplätze und nicht weniger zu schaffen. Demokratie muß sozialen Fortschritt für alle bringen. Unsere Demokratie wird mit der Demokratie, von der Lincoln sprach mehr zu tun haben. Er wollte eine Volksregierung, eine Regierung des Volkes und für das Volk. Wirklich, Präsident Reagan hat Demokratie dagegen undefiniert zu einer Regierung der Reichen und für die Reichen, gegen die Armen und gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Den Weg der sozialen, politischen und ökonomischen Entwicklung, den wir für unser Volk entwickeln, ist, glaube ich, richtig. Der einzige Virus, der unsere Nachbarinsel erreichen wird, ist ein Virus, der kostenlose Sekundarschulbildung, medizinische Versorgung, Hausreparaturprogramme, mehr Demokratie durch direkte Partizipation der Basis und der lokalen Organisationen bringt. Eine Demokratie, wo die Bevölkerung ihre Führung treffen kann, Ideen mit ihr austauschen, ihre Politik kritisieren und wo sie Wege vorschlagen kann, durch die sie selbst ihre Ideen verwirklichen kann. So ist die Demokratie, die wir in Grenada praktizieren. So ist die ökonomische und soziale Entwicklung, die wir unserem Volk bringen. Und für uns ist dies eine viel wichtigere, tief verwurzelte Demokratie, als die Demokratie, von der Reagan spricht.

Quelle: Caribbean Perspective, Jg. 1, Nr. 5, 1982 (P.O. Box 2194, Brooklyn, New York 11202, USA)

GUATEMALA

Eindrücke über die Situation im Grenzgebiet Mexiko/Guatemala im Juli 1982

Am Ende unseres 1-jährigen Aufenthaltes in Mexiko gelangten wir bei einer Reise gegen Süden auch in die nördlichen Gebiete Guatemalas. Dort, wo die Konflikte zwischen der Regierung des Landes und den Widerstandskämpfern vorwiegend ausgeglichen werden. Die wenigen Erlebnisse, die wir hatten, haben uns einen kleinen Einblick in die schlimme Situation gegeben, in der die Einwohner leben, wenn sie noch leben.

In Huehuetenango, einer Stadt etwa 100 km von der mexikanischen Grenze entfernt, zeigte sich in den Straßen immer wieder das Militär, griffbereit die Maschinengewehre zur Seite. Auf der Rückfahrt zur mexikanischen Grenze fuhren wir dann an Brücken vorbei, die von Guerilleros gesprengt worden waren. Eine zeigte die zynische Aufschrift, die wohl von Regierungsseite angebracht war. Sie lautete sinngemäß: "Hier seht Ihr den Beitrag der Guerilleros zu unserem Staat! Bald folgten dann Personen- und Gepäckkontrollen im Bus. Z.B. wurden wir in einer Talenge angehalten. Auf den umgebenden Abhängen hatten sich Soldaten mit Maschinengewehren postiert. Alle Personen mußten aussteigen, die Männer sich mit erhobenen Händen an den Bus stellen. Man wurde abgetastet und die Papiere kontrolliert. Der Führer meinte in lautem Ton, er habe heute noch keinen Guerillero gefangen, die Soldaten sollten gut nachschauen (nach Waffen), er habe noch Lust auf einen. Als Ausländer waren wir die einzigen, bei denen man sich für die Durchsuchung entschuldigte.

Wir fuhren wieder nach Mexiko und hielten uns einige Tage im Grenzgebiet nach Guatemala auf. Durch Zufall erfuhren wir von den guatemaltekischen Flüchtlingslagern und fuhren dorthin. Wir gingen zu einem Bauern, der einen Teil seines Waldes für das Lager zur Verfügung gestellt hatte. Er berichtete uns von den Überfällen auf guatemaltekische Dörfer, über die Angst, die die Bewohner zur Flucht treibt. Er erzählte uns von der zwiespältigen Politik der mexikanischen Regierung den Flüchtlingen gegenüber. Kümmerte sich einer der Beamten um Nahrungsmittellieferungen und einen Arzt, arbeiteten andere gegen ihn. (Diese sind es wohl auch, die laut Zeitungsberichten immer wieder Flüchtlinge zurück über die Grenze jagen lassen, was für Viele den Tod bedeutet)

Mitten im Wald war der Grenzstreifen nach Guatemala etwa 30 m breit freigerodet. Da war ein Stacheldrahtzaun. Direkt dahinter auf mexikanischer Seite lagen die ersten Hütten. Über dem Draht hingen Kleider zum Trocknen, an den Pfosten waren Hühner festgebunden. Von der guatemaltekischen Seite her trugen Menschen Baumstämme, aus denen sie später mit Axt und Machete Bretter hauten für den Bau ihrer Hütten. Das Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen holten sie aus einem kleinen Bach. Zur Konstruktion von sanitären Anlagen fehlte das Material. Der Boden war von Regenfällen durchweicht. Die Flüchtlinge erzählten von Zuhause, ihren Tieren, die sie zurückließen, der Angst, der Fassungslosigkeit, der Sorge um das Essen (denn das wenige guatemaltekische Geld, das sie hatten, konnten sie in Mexiko nicht wechseln, um davon etwas zu kaufen). Über die Guerilla erzählten sie wohl auch aus Mißtrauen uns gegenüber wenig.

Wir wohnten in einer Hütte in der Nähe des Lagers. Eines Tages kamen gut gekleidete Herren zu uns. Sie kamen von der mexikanischen Regierung. Sie fragten uns genau aus, was wir hier wollten. Wie bemerkten die Skepsis, empfanden sie als Bedrohung. Sie waren auf dem Weg zur Inspektion des Lagers. (Laut Zeitungsberichten ist jetzt nur noch autorisierter Zugang zu den Lagern gestattet)

Einen Tag fuhren wir Richtung Osten. Dort beginnt der Regenwald und große Kaffeeplantagen. Die Straße endete in einem abgelegenen Ort. Man erzählte uns, schon immer seien Guatemalteken zur Arbeit über die Grenze gekommen, jetzt aber war das Dorf überfüllt. Selbst die Schule wurde bereitgestellt als Schlafstatt für Flüchtlinge. In keinem der Häuser konnten wir Unterkunft finden, weil alle schon Flüchtlinge aufnahmen.

Die Regierung Mexikos "wacht darüber", die Zahl der Flüchtlinge gering zu halten. Sie fürchtet den "Aufruhr". Die Nahrungsmittellieferungen sind knapp bemessen. Hilfe, die nicht von der mexikanischen Regierung ausgeht und deswegen nicht kontrolliert werden kann, ist ungern gesehen. Es ist deshalb wichtig, die unabhängigen Solidaritätsgruppen zu unterstützen, die sich uneingeschränkt für die Flüchtlinge einsetzen.

Hilfe für Flüchtlinge in Mexiko wird eingestellt

Comitán, Chiapas, 31. Oktober 1982.

Die mexikanische Kommission für Flüchtlingshilfe wird ihre Unterstützung für die mehr als 30 000 guatemaltekischen Flüchtlinge einstellen, die sich in Mexiko entlang der Grenze zu Guatemala niedergelassen haben. Diese Entscheidung fiel auf Grund von Morddrohungen. Die Hilfe wird dann auslaufen, wenn das mit der UNO geschlossene Abkommen beendet ist.

Dieses Abkommen umfaßt die Verteilung von Lebensmitteln an diejenigen, die vor dem guatemaltekischen Regime nach Mexiko geflüchtet sind. Das Abkommen läuft bereits in dieser Woche aus!

Die Situation der guatemaltekischen Flüchtlinge in dieser Region hat sich erheblich verschlechtert, seit Carlos Marcos Morales, Mitglied der Einwanderungskommission, den Einwanderungsbehörden folgende Anweisungen gab: polizeiliche Überwachung der Flüchtlingslager durch uniformierte Vertrauenspersonen, um die Flüchtlinge an die Anwesenheit Uniformierter zu gewöhnen; die Flüchtlinge sollen unter Druck gesetzt werden, damit sie das Land verlassen oder sich verstärkt in die mexikanische Gesellschaft integrieren; Vernichtung ihrer Papiere; Festnahme aller Personen, die versuchen, ohne behördliche Erlaubnis das Lager zu betreten. Das wurde von Vertretern der Einwanderungsbehörden und anderen einflußreichen Personen vorgeschlagen. Die Haltung der Einwanderungsbehörde hat zwei Ziele:

- a) diejenigen, denen es gelingt, in Mexiko zu bleiben, sollen ein Visum erhalten, das es ihnen ermöglicht, sich frei im Land zu bewegen und Arbeit zu suchen. Das würde vermeiden, daß diese Menschen als FLÜCHTLINGE bezeichnet werden; dadurch könnte man dem Prestigeverlust des guatemaltekischen Präsidenten entgegenwirken.
- b) Dadurch würde das Grenzgebiet militarisiert, ohne den Verwaltungsaufwand zu erhöhen. Das ist die Vorgehensweise, die von Organisationen empfohlen wird, die sich mit der Lösung des Flüchtlingsproblems beschäftigen.

So fing es an: Um eine neue Delegation im Grenzgebiet zu bilden, wurden Delegierte, Subdelegierte und Vertreter Mitte des Jahres nach Tapachula zitiert. Dort informierte man sie, das System der Delegierten und die gesamte Politik habe sich geändert; im Moment bestehe die Anweisung, die Flüchtlinge aufzunehmen, sie zu registrieren und ihnen die größtmöglichen Erleichterungen für einen vorübergehenden Aufenthalt in Mexiko zu geben. Man nimmt Organisationen in Anspruch wie z.B. die Kommission der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (ACNUR) und die mexikanische Kommission für Flüchtlingshilfe, die der Regierung untersteht.

Einem Augenzeuge zufolge geschah am 1.7.82 folgendes: Cesar Marcos Morales erschien mit 200 Dokumenten, die Ein- und Ausreise von Guatemalteken regeln, die im Grenzgebiet wohnen. Etwa um 23 Uhr "fingen wir an, die Leute zu registrieren; als wir fertig waren, sagte er zu ihnen, warum sie sich denn alle dumm stellten, sie seien doch alle Guerrilleros - und wies sie aus dem Land."

Ein anderer Vertreter berichtet, im vergangenen Juli seien 2 Guatemalteken verhaftet worden; man brachte sie in Handschellen nach Ciudad Cuauhtemoc, wo der Delegierte der Einwanderungsbehörde den guatemaltekischen Konsul zu ihrem Verhör rufen ließ. "Obwohl das Ehepaar weinte und um seine Freilassung bat, beschuldigte man sie, Guerrilleros zu sein. Später wurden die beiden, nachdem man sie zusammengeschlagen hatte, dem guatemaltekischen Militär ausgeliefert."

Dazu kommen Verletzungen des mexikanischen Hoheitsgebietes durch guatemaltekisches Militär, über die man entsprechend den Anweisungen der Einwanderungsbehörde eigentlich nichts veröffentlichen darf.

"Am 28. September kamen in San Pedro Viejo" - so berichtet ein anderer Vertreter - "zwei Hubschrauber herunter, entführten 6 Flüchtlinge, plünderten die Häuser und nahmen den Leuten die Dokumente ab, die wir ihnen gegeben hatten (Visa mit einer Gültigkeitsdauer von 90 Tagen). In dem Bericht darüber hieß es später, es seien etwa 50 Soldaten gewesen, zum Teil ohne Uniform. "Einige hatten ein blaues Tuch um den Kopf gewickelt, als seien sie Zigeuner. Es gab Schüsse, aber niemand wurde verletzt. Sie nahmen nur die Leute mit." Am gleichen Tag um 23 Uhr kamen die Vertreter der Einwanderungsbehörde in Comitán an, um Bericht darüber zu erstatten. Da sie im Haus des Delegierten niemanden antrafen, beschlossen sie, eine Kopie des Berichts an das Sicherheitsministerium zu schicken. Tage später trafen sich die Vertreter mit dem Delegierten, der ihnen Folgendes mitteilte: um einen Mißbrauch der Akte zu verhindern, müßten sie Schweigen bewahren. "Obwohl sie das Risiko eingingen, ihre Arbeit zu verlieren, schickten sie trotzdem eine Kopie an die Direktorin der mexikanischen Einwanderungsbehörde."

Nun kam ein Erlaß heraus, der jeglichen Zugang zu den Flüchtlingslagern verbietet - sowohl für Journalisten als auch für nationale und internationale Flüchtlingsorganisationen -, wenn sie nicht eine schriftliche Erlaubnis des Delegierten der Einwanderungskommission vorweisen können. Seitdem wurden Mitarbeiter der mexikanischen Flüchtlingskommission durch Personen angegriffen, die ihre Anweisungen von Cesar Marcos Morales erhielten.

Nach Informationen aus erster Hand wird die Kommission angesichts der großen Gefahr für ihre Mitarbeiter die Flüchtlingshilfe einstellen. Damit stehen die Flüchtlinge nur noch unter dem Schutz internationaler Organisationen, z.B. ACNUR, wenn nicht schon jetzt in Genf (dem Sitz der Organisation) entschieden wird, auch diese Hilfe aus Protest zu beenden.

Mitarbeiter bestätigen Deportationen von Flüchtlingen: das Verfahren wird "Verlorengelassen" genannt - man bringt Flüchtlinge in die Berge, um sie dort zu "verlieren". Diese Deportationen finden statt, ohne daß es Möglichkeiten zum Eingreifen gibt.

Einstweilen geht die Aktion, die Flüchtlinge zu verteilen, weiter, und zwar in Richtung Ixcan, wo etwa 2 000 Flüchtlinge leben. Kommen Mittwoch wird der Direktor der mexikanischen Flüchtlingskommission die Lager besuchen, um anwesend zu sein, wenn die neue UNO-Kommission ihre Arbeit aufnimmt, die eingerichtet wurde, um die Ereignisse zu beobachten.

Trotzdem bedeutet dies nicht, daß auch in anderen Landesteilen das Gleiche geschehen müßte, da es ja schon z.B. in Jalisco und Veracruz Programme gibt, wo es keine Fälle von Repression und Behinderung der Kommissionsarbeit gibt.

Heute abend wurde bekannt, daß in den Lagern La Hamaca, La Sombra und Teilen von Amparo Aguatinta die Vertreter der Einwanderungsbehörde drohten, "die guatemaltekische Flüchtlingsbevölkerung zu verteilen."

Nach dem Ende der Hilfsmaßnahmen der mexikanischen Kommission und der ACNUR stehen den Flüchtlingen nur noch für zwei Monate Lebensmittel zur Verfügung. Danach, so gab der Kommissionssprecher bekannt, werde die Situation gefährlich werden, da die Menschen ohne Land und Arbeit ja irgendwie überleben müssen. Durch diese Art des Terrors geht die Zeit zu Ende, die die Flüchtlinge in den Lagern hatten - Lager, in denen man Hütten, Schulen, sogar kleine Läden errichtet hatte, die auch den dort anwesenden Mexikanern nützlich gewesen wären, die nie zuvor staatliche Hilfe erhalten hatten.

SOLIDARITÄT

Krieg in Nicaragua

Die Revolution braucht unsere Solidarität - Jetzt

Die Revolution in Nicaragua soll zerstört werden, um die Hoffnung auf Selbstbestimmung und Befreiung der lateinamerikanischen Völker zu ersticken.

Seit dem Sieg der Revolution im Juli 1979 haben die Bedrohungen wirtschaftlicher und militärischer Art ständig zugenommen und erreichen heute einen neuen Höhepunkt.

- Nicaragua wurde keine Zeit gelassen die durch die Somoza-Diktatur und den Befreiungskrieg zerrüttete Wirtschaft wieder aufzubauen.
- Durch die ständige militärische Bedrohung und den wirtschaftlichen Druck der USA gerät die Produktion immer mehr ins Hintertreffen.
- Durch die Unwetterkatastrophe im Mai dieses Jahres und die darauf folgende Dürreperiode werden die Verluste in der Landwirtschaft auf 72 Mill. Dollar geschätzt.
- 80 Firmen stehen vor einer Teil- oder Vollstillegung auf Grund der Devisenknappheit.
- Durch Vertragsbruch der STANDARD FRUIT (Vermarktung von Bananen) rechnet die nicaraguanische Regierung mit jährlich 24 Mill. Dollar weniger Deviseneinnahmen. (s.auch LN 106)
- Angesichts der leeren Devisenkassen sah sich Nicaragua gezwungen einen großen Teil der Kaffeeernte des kommenden Jahres (1983) zu verpfänden.

Die USA übt erfolgreichen Druck auf die internationalen Finanzinstitute (Interamerikanische Bank, multilateralen Unterstützungsfond der Weltbank) aus und entzieht damit der nicaraguanischen Revolution die wirtschaftliche Basis. Verbündete Regierungen werden erpresst, Nicaragua keine wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren.

Die Krise spitzt sich immer mehr zu.

Im Norden Nicaraguas ist ein neuer Kriegsherd in Mittelamerika ausgebrochen. Honduras wird zum Zentrum der Destabilisierung Nicaraguas, wofür dem CIA vom US-Kongress 19 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt werden.

In den vergangenen 3 Monaten sind allein 500 Nicaraguaner bei den Zusammenstößen zwischen nicaraguanischen Regierungstruppen und Konterrevolutionären getötet worden. (s.auch LN 109/110 Dez.82) Nicaragua wird systematisch in die Isolation gedrängt und gleichzeitig militärisch eingekreist.

Und wie verhält sich die Bundesregierung zu solch einer Situation?

- Entwicklungsminister Warnke (CSU) hat die 13 Mill. DM Unterstützungshilfe für Nicaragua erneut in Frage gestellt, dabei fließen Massenträge an Militärregierungen, um dort "demokratische Strukturen" auszubauen. Welch Hohn!
- Im Gespräch ist, wieder einen Botschafter nach El Salvador zu entsenden.
- Costaricanische "Anti-Terror-Einheiten" werden in der BRD ausgebildet.

Mehr denn je benötigt Nicaragua unsere Unterstützung. Denn von der Stabilität des revolutionären Prozesses in Nicaragua hängt der Kampf der lateinamerikanischen Völker um ihre Selbstbestimmung und ein menschenwürdiges Dasein ab.

Wir möchten Euch bitten, uns bei unserer Unterschriftenaktion zu unterstützen. Schickt Eure Unterschriftenlisten an

NICARAGUA-SOLIDARITÄTSKOMITEE HAMBURG

c/o Susanne Grützner

Max-Brauer-Allee 205 / 2000 Hamburg 50

Wir werden die Listen an das Auswärtige Amt, an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und die Botschaften der USA und von Honduras weiterleiten.

An die Botschaft der USA
An die Botschaft von Honduras

An das Auswärtige Amt
An das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

OFFENER BRIEF

Angesichts der Kriegssituation in Nicaragua, die die Regierungen der USA und von Honduras in unverantwortlicher Weise verursacht haben und die in erschreckender Weise den Kampf der USA um die Vormachtstellung in Lateinamerika widerspiegelt, drücken wir unsere Empörung und Erschütterung über die Mißachtung des Rechts auf eine friedliche Entwicklung der lateinamerikanischen Völker aus.

Wir fordern:

Die sofortige Einstellung der Destabilisierungsmaßnahmen und terroristischen Aktivitäten gegen Nicaragua.

Die Auflösung der Trainingscamps für Ex-Somozisten und angeheuertem Söldnern in Honduras und in den USA.

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Blockade gegenüber Nicaragua.

Die Beendigung der außenpolitischen Isolierung Nicaraguas.

Wir fordern das Auswärtige Amt der BRD auf, nicht in das Fahrwasser der USA zu geraten.

Keine Streichung der wirtschaftlichen Unterstützung für Nicaragua

Keine verkappte Militärhilfe an Honduras, El Salvador und Costa Rica.

Wir sind für den Frieden in Zentralamerika ohne Einmischung ausländischer Großmächte.

NAME	ANSCHRIFT	UNTERSCHRIFT

Aufforderung zur Freilassung Rolando Medinas

Am 28. September 1982 wurde ROLANDO MEDINA von einem bewaffneten Terrorkommando vor dem Gelände der nationalen Universität San Carlos in Guatemala entführt.

Medina ist ein national wie international bekannter Historiker und einer der namhaften Intellektuellen Guatemalas, die das Land nicht verlassen hatten, obwohl seine Existenz seit langem bedroht war, da das Völkermordregime Rios Montts seinen Einfluß fürchtete.

Die Art und Weise, wie dieser Anschlag ausgeführt wurde (vgl. Einzelheiten dazu in LN 109/110, S. 7) lassen die Handschrift der guatemaltekischen Geheimpolizei erkennen, die unter neuem Namen zwar, aber ungebrochen ihren staatslichen Terrorauftrag fortsetzt.

Rios Montt wurde zwar von der herrschenden Oligarchie und dem US-Imperialismus dazu ausgesucht, mit allen Mitteln jegliche Opposition im Land auszuschalten, aber er soll dieses schmutzige Geschäft möglichst lautlos und ungesehen verrichten. Er kann sich nicht mehr wie seinerzeit noch General Lucas (der die Campesinos in der spanischen Botschaft am 31.1.81 kurzerhand verbrennen ließ) so ohne weiteres über internationale Proteste hinwegsetzen. Das beweist u.a., daß Rios Montt aufgrund der spontanen und massenhaften Protesttelegramme am 20.10.82, als die Armee im Begriff war, ein Massaker an ca. 5 000 in einem Tal eingeschlossenen Campesinos zu verüben, die geplante Racheaktion abblasen ließ und gezwungen war, sie in eine "medizinische Hilfsmaßnahme" umzumünzen. Das beweist auch die Tatsache, daß das Pressesekretariat des Präsidenten angewiesen ist, jede Protestnote des Auslands zu beantworten - mit heuchlerischen und fadenscheinigen Argumenten, versteht sich.

Vertreter der demokratischen Massenorganisationen in Guatemala - CGUP - haben in letzter Zeit wiederholt die Bitte ausgesprochen, daß die internationale Solidaritätsbewegung mit dem guatemaltekischen Volk nicht nachlassen möge, durch direkte Proteste an die Militärregierung Einfluß auf deren verbrecherische Politik zu nehmen. Sie versichern uns gleichzeitig, daß solche Protestmaßnahmen nicht wirkungslos bleiben.

Das Mittelamerika-Komitee Heidelberg und die Guatemala-Solidaritätsgruppe Göttingen möchten hiermit noch einmal diese Bitte bekräftigen und schlagen folgenden Brieftext vor. (Wem der gesamte Text zu lang ist, der mag den Passus in Klammern auslassen):

Señor Presidente de la República Guatemala
- General Rios Montt -

Casa Presidencial
Guatemala Ciudad
Guatemala
Centro America

Señor Presidente

Con angustia nos enteramos de las continuas transgresiones contra los derechos humanos en Guatemala así como de las medidas de represión y de las masacres contra el pueblo indígena.

Queremos por este medio expresar nuestro repudio contra esas medidas.

A pesar de sus promesas hemos sabido que también continúan los secuestros de intelectuales, dirigentes sindicales y otras personas. Entre los secuestrados se encuentra el reconocido historiador ROLANDO MEDINA.

(No obstante ser conocido el número de placa del vehículo en el cual fué secuestrado el Señor Medina, las autoridades guatemaltecos no han realizado los

trámites necesarios para establecer su paradero.)

Exigimos de Usted dar las órdenes para poner en libertad a este intelectual así como a todos los presos políticos que se encuentran en manos de la policía o del ejército de Guatemala.

Esperando su respuesta

atentamente

(Unterschrift)

Herr Präsident,

mit Sorge erfahren wir von den fortwährenden Menschenrechtsverletzungen in Guatemala sowie von Unterdrückungsmaßnahmen und Massakern am indianischen Volk.

Hiermit möchten wir unseren tiefen Abscheu gegen solche Maßnahmen aussprechen.

Trotz ihrer Versprechungen haben wir auch erfahren, daß die Entführung von Intellektuellen, Gewerkschaftsführern und anderen Personen weiterhin andauern. Unter den Entführten befindet sich der bekannte Historiker ROLANDO MEDINA.

(Obwohl die Nummer des Fahrzeugs bekannt ist, in dem Herr Medina entführt wurde, haben die guatemalteken Behörden keine notwendigen Maßnahmen getroffen, um einen Aufenthaltsort festzustellen.

Wir fordern Sie auf, entsprechende Maßnahmen zu verfügen, damit Herr Medina frei gelassen wird, ebenso alle politischen Gefangenen, die sich in den Händen der Polizei oder der Armee befinden.

In Erwartung ihrer Antwort

Hochachtungsvoll

Unterschriftenaktion

Gegen den drohenden Völkermord an den Waimiti und Atroari
in Brasilien

Wie bereits in den LN 104 ausführlich beschrieben, sind die Eingeborenen Waimiri und Atroari zur Zeit massiv in ihrer Existenz bedroht, da die brasilianische Zentralregierung zusammen mit der FUNAI (Indianerbehörde) deren Reservatsgebiet im Bundesstaat Amazonas für Zinnförderung u.a. Großprojekte freigeben will. Zu dem drohenden Genozid der beiden Indianergruppen ist im November 1982 eine Sondernummer der Brasilien Nachrichten erschienen, erhältlich im DKV-Brasilienkunde-Verlag GmbH, Postfach 1220, D-4532 Mettingen.

Die unten abgedruckte Resolution ist aus dieser Broschüre übernommen und sollte mit möglichst umfangreicher Unterschriftenliste an den Brasilienkunde-Verlag gesandt werden, welcher diese dann nach Brasilien weiterleitet.

Resolution

Sehr geehrter Herr Präsident!

Mit Empörung haben wir, Bürger der Bundesrepublik Deutschland, erfahren, daß Sie das Dekret Nr.86.630 erlassen haben. Durch das Dekret 86.630 vom 23.11.1981 droht den Waimiri/Atroari erneut die Ausrottung: Sie, Herr Präsident, haben in diesem Dekret das Reservat in ein Sperrgebiet zurückverwandelt. Außerdem wurden 31% des ehemaligen Reservatsgebiets abgetrennt, da in ihm angeblich keine Indianer leben. Dieses Gelände kann nun der Staat sofort an interessierte Privatpersonen weiterverkaufen. Aber auch das Sperrgebiet selbst, das jetzt doch den Indianern zur Verfügung steht, kann jederzeit von der Regierung veräußert werden. Damit wird den Waimiri/Atroari die Existenzgrundlage entzogen.

Nach unseren Informationen sollen die 31% des ehemaligen Reservatsgebiets an die Firma Paranapanema verkauft werden, damit diese die dortigen Zinnvorkommen ausbeuten kann. Wieder einmal sollen die Grundrechte der Indianer wirtschaftlichen Interessen geopfert werden.

Wir fordern die unverzügliche Zurücknahme des illegalen Erlasses Nr.86.630 vom 23.11.1981 und eine Neuvermessung des Landes der Waimiri und Atroari.

Name	Anschrift	Unterschrift

Grenada-Solidarität wächst

Am 20./21. November fand in Hamburg eine Grenada Solidaritätskonferenz statt, die unter dem Motto "Organisiert die Grenada Solidarität" von dem Informationszentrum für Guyana und die Karibik Hamburg vorbereitet wurde. Ziel der Konferenz war es, über Inhalte und Wege der anzustreuernden Solidaritätsarbeit auf breiter Ebene zu diskutieren und zu überlegen, ob es möglich und sinnvoll sei, die bisher vereinzelt Aktivitäten einiger Grenada Gruppen zu koordinieren.

Der Einladung waren rund 70 Frauen und Männer gefolgt, was auf ein breites und allgemeines Interesse an der konkreten Unterstützung der 'Peaceful Revolution' Grenadas schließen läßt.

Anwesend waren unter anderen der Botschafter Grenadas bei der EG in Brüssel, Mario Bullen, der am 1. Konferenztag zu verschiedenen Themenkomplexen wie der aktuellen Situation und der Entwicklungsstrategie Grenadas sprach. Dabei stellte er drei konkrete Projekte vor, die von der BRD aus finanziell unterstützt werden könnten und beantwortete eine Vielzahl von Fragen. Am zweiten Konferenztag machte Philip Agce, seit kurzer Zeit mit grenadinischem Paß, Vorschläge zur materiellen Unterstützung der Insel, die er während seines letzten Aufenthaltes vor wenigen Wochen mit der Regierung abgesprochen hatte.

Sehr interessant war auch ein Beitrag eines Mitglieds der 'British-Grenada Friendship Society, in dem über die Erfahrungen dieser Organisation mit Gewerkschaften und Labour Party berichtet wurde. Viele Konferenzteilnehmer die sich vorher nicht kannten, beschloßen in örtlichen Gruppen die Grenada Solidaritätsarbeit zu forcieren. So werden demnächst in Freiburg, Regensburg, Nürnberg, Frankfurt, Essen, Bochum, Hildesheim, Oldenburg, Berlin und Hamburg Grenada Gruppen arbeiten.

Es wurde weiterhin beschlossen, zunächst von Hamburg aus einen Infodienst an alle Interessierten im Abstand von 6 - 8 Wochen zu verschicken, der dazu beitragen soll die Kommunikationsstrukturen untereinander zu verbessern. Die Teilnehmer der Konferenz verabredeten weiterhin die Einrichtung eines zentralen Spendenkontos (Postscheckamt Hamburg, "Thomas Poese, Postscheckkonto Nr. 224090-201") auf daB ab sofort für die Ausrüstung des Büros der National Womens Organisation/NWO und für die Einrichtung eines Community Centers gespendet werden kann. Für das Frühjahr 1983 ist eine weitere bundesweite Konferenz geplant, wobei die Organisationsstrukturen weiter gefestigt werden sollen. Einzelheiten zu den Projekten, den Konferenzergebnissen etc. sind zu erfahren bei dem Guyana - Komitee Hamburg, c/o Manfred Ernst/ Uwe Reichel, Krochmannstrasse 6, 2000 Hamburg 60.

Zeitschriftenschau

LATEINAMERIKA ANDERS Nr. 20, September 1982, Münzwardeingasse 2, A-1061 Wien
Schwerpunkt Uruguay: Die Revolution des José Artigas, Statistische Daten, Vom Bürgerkrieg zur Modernisierung, Die "Schweiz Lateinamerikas", Der Untergang des demokratischen Kapitalismus, Vom Plebiszit zur "Öffnung", "Urlaub" in Montevideo, Die Politik des "roßen Bruders" / Chile: Von den Nöten des großen Diktators und seiner Chicago-Boys / Falkland: Ein Nachruf, Falkland ohne Folgen? / Kolumbien nach den Wahlen / Guatemala: Die Lage der guatemalteckischen Flüchtlinge in Mexiko / Paraguay: Alfredo Alcorta gestorben / Weiteres: Buchbesprechungen, Stimmen aus Lateinamerika, Zeitschriftenschau

ila-info Nr. 62, Januar 1983, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Schwerpunktthema: Honduras: Von der Bananenrepublik zum antikommunistischen Frontstaat / Lateinamerika: Mexiko - "Wir können uns nicht von ihrem Schicksal lösen", zwei Flüchtlingsbetreuerinnen berichten über ihre Arbeit in Chiapas / Uruguay: Ein "schwarzer November" für die uruguayische Diktatur / Ecuador: "Mein Herr, Ihre Frist ist abgelaufen, es ist Zeit zu zahlen", Interview mit zwei Bauernvertretern über Agrarproduktion, Agrarkredite und ein deutsches GTZ-Projekt / Ländernachrichten: El Salvador, Nicaragua, Mexiko / Solidaritätsbewegung: Für 1983 wünschen wir frische Wut, Reagan verteilt die Karten neu; Es tut sich was in der Karibik-Solidarität; Nachwort zum Seminar "Internationale Finanzinstitutionen (IFI's); Seminar: Dritte Welt und Friedensbewegung; Buchbesprechung: Fallstricke der Verschuldung; Zeitschriftenschau

Blätter des iz3w Nr. 106, Dez. 1982, Postfach 5328, 78 Freiburg

Nachrichten und Berichte zu Obervolta, Mittelamerika, Bolivien, Seerecht, BRD-Entwicklungspolitik, BRD-Ausländer. Palästina I: Zur Entstehung des Palästina-Konflikts / Zeittafel / Zionismus - Versuch einer politischen Begriffsbestimmung / Israel nach dem Libanonkrieg / Entstehung und Struktur der PLO / Die PLO nach Beirut / Palästinensische Flüchtlinge in der BRD. Kolumbien: Überlegungen zum Tag des politischen Gefangenen.

EPK - Entwicklungspolitische Korrespondenz 5/82, Postfach 2846, 2 Hamburg 19

"Kinderarbeit" mit Beiträgen über: Ausmaß, Formen und ökon. Bedeutung der Kinderarbeit / Beispiele aus Brasilien, Kolumbien, Ägypten, Bangla Desh, Indien, Tailand, Sri Lanka / Kinderarbeit in der europäischen Peripherie: Italien / Kinderarbeit in den USA (Immigranten) / Kinderarbeit in der BRD / Kinderarbeit historisch (Dokumente) / Kampf gegen die Kinderarbeit (ILO, TdH, ...)

AIB - Antimperialistisches Informationsbulletin Nr. 1/Januar 1983

AIB-Aktuell: 1983 - Jahr der Raketenstationierung / El Salvador: Gespräch mit Jorge M., Die FMLN erkämpft Positionsverbesserungen / Dialogvorschlag der FMLN/FDR / Nicaragua: N. Biver, Von der stillen zur offenen Invasion / Friedensinitiative Mexicos und Venezuelas / Cuba: Th. Meier, Ist Cubas Wirtschaft bankrott? / Brasilien: P. Garcia, Kongreßwahlen im Schatten der Militärs / Uruguay: A.R. Ward, Die revanchistische Allianz China/USA (2) / Register 1982 / Naher und Mittlerer Osten/Indischer Ozean: W. Brüner, Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration (2) / Auszug aus dem Leitliniendokument des Pentagon / Bahrein: N. Barahi, Das Khalifa-Regime in Bedrängnis / Türkei: R. Geffken, Die neue Verfassung der Junta / BRE-Dritte Welt: W. Bröner, Neue Akzente auf dem 6. BUKO / Kultur: J. Weber, Nobelpreisträger Gabriel Garcia Márquez - Der "magische Realismus" / Rückblick: Der Mord an Amílcar Cabral / Rezensionen: Neuerscheinungen zu El Salvador / Info-Dienst / Kurzinformationen / Kommentar: Apropos Seerecht
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

FORUM KONTROVERS (Nov. 82) Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1
Zur Außenpolitik der UDSSR in Eritrea: Die Eritrea-Frage - Nationale Selbstbestimmung und revolutionäre Entwicklung in Äthiopien / Kriterien für die Solidaritätsarbeit konkretisiert am Beispiel Eritrea, Diskussionspapier der Gesellschaft für bedrohte Völker.

FORUM Nr. 62 (Nov 82)

BUKO-Eritrea: Giftgas im PR-Einsatz / Anmerkungen zu "Göttinger Eritrea-Diskussion" / Freire-Brief / Hunger: Volkshochschule: Erfahrungen mit "Septemberweizen" / Stillen - aber nicht stillhalten / Münster: Kontakte zur EG / Frieden: Dritte Welt und Friedensbewegung / Multinationale Konzernideologie für die Schule

MITTELAMERIKA-MAGAZIN Nr. 23 (Nov.82) Magazin-Verlag, Königsweg 7,2300 Kiel 1
Schwerpunkt: Wirtschaftl. Lage in Mittelamerika / Wirtschaftshilfe: Zuckerbrot für El Salvador und Guatemala - Peitsche für Nicaragua / Costa Rica: Die Bienen und der große Imker / Nicaragua: Wirtschaftskrise - die Auswirkungen auf die Armen / El Salvador: Am Tropf der USA

El Salvador: Meldungen / Guatemala: Von der Unmöglichkeit mit Massakern Politik zu machen / Honduras: Volksorganisationen in Honduras / Soli-Arbeit: Mit Franz Alt, Günter Grass und Johann Strasser in Nicaragua / Bücher: Aus dem Tagebuch Salvador Cayetano Carpios

Termin

Seminar des Koordinationskreis Dritte Welt "Dritte Welt und Frieden" vom 18. - 20.2.83 in Frankfurt/Main. Auf dem Seminar sollen inhaltliche Fragestellungen, die sich aus der Arbeit mit der Friedensbewegung ergeben, diskutiert werden, Erfahrungen der Komitees in der bisherigen Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung ausgetauscht werden und über die weitere Koordination der Dritte Welt Bewegung gegenüber der Friedensbewegung beraten werden. Das Seminar beginnt am 18.2. um 19 Uhr in der Aula der Fachhochschule für Sozialarbeit, Frankfurt/Main, Nordwest-Zentrum, Limeskorso 5, mit einer Podiumsdiskussion zum Thema "Friedensbewegung und Dritte Welt". Als Podiumsteilnehmer/innen haben zugesagt: Dietrich Schulze-Marmeling vom Bundeskongress autonomer Friedensgruppen, Carlo Bredthauer, Chefredakteur der Zeitschrift "Blätter für Internationale Politik", Eva Michels von der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Ilse Lenz aus der Frauenfriedensbewegung, Hans Verheyen von der Grünen, Barbara Lucas, für das Informationsbüro Nicaragua im Koordinationskreis Dritte Welt.

Zur Deckung der Unkosten wird ein Teilnahmebeitrag von DM 25,- erhoben, Anmeldung und weitere Informationen bitte an: ASK Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main 1

Filmreihe der VHS Berlin Wedding "Dritte Welt im Film - Lateinamerika"

14.2.83 "Es herrscht Ruhe im Land" / 28.2.83 "Der Schrei des Volkes" / 14.3.83 "Der Traum des Sandino" / 11.4.83 "Schritte ins Reich der Freiheit" / 25.4.83 "El Salvador (Revolution oder Tod)

Jeweils montags, 19 Uhr. Ort: Trift-Schule, Müllerstr. 158 Raum 101

CHRISTEN für den SOZIALISMUS

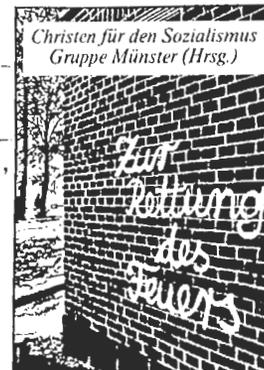


Analysiert werden in dieser Doppelnummer die gesellschaftlichen Ursachen für Militarismus und Krieg, sowie der Zusammenhang von Aufrüstung und Unterdrückung in der 3. Welt mit den Interessen globaler ökonomischer Macht und der Entwicklung und Produktion immer "besserer" Waffen. Im Blickpunkt steht das Reden und Handeln kath. Funktionäre. Hierbei geht es vor allem um eine Analyse kirchlicher Friedenspolitik — und dies im doppelten Sinne: Einmal wird der "Frieden von oben" untersucht, wie ihn Bischöfe und Oberläien allen Katholiken vorschreiben.

Die andere Seite meint das Engagement ungezählter christlicher Friedensgruppen an der Basis, den "Frieden von unten" gegen den Status quo atomarer Aufrüstung. 158 Seiten, 6,50DM

Dieses Buch atmet den Geist des Widerstands und ist als Ermutigung und Ermunterung einem Cfs-Genossen gewidmet, der wegen seiner christlich-sozialistischen Auffassungen und Aktivitäten bei der Amtskirche unerwünscht ist.

Es enthält sehr verschiedene Beiträge von Unbekannten und Bekannten (u.a. Schaumberger, Metz, Ferda, Fried, Pöter, Gollwitzer ...) und vermittelt einen erhellenden Einblick in Ansichten, Denkweisen und Analysen von Christen, die sich engagiert für den Sozialismus einsetzen. Die Themenpalette reicht von der Kapitalismus- und Kirchenkritik über die materialistische Bibellektüre bis hin zu theologischen Überlegungen für eine "Option für die Armen". 354 Seiten, 19,80 DM



Speziell zu Lateinamerika gibt es einmal die Cfs-Sondernummer "Theologie der Befreiung". Sie enthält u.a. zwei Aufsätze von Pablo Richard, einem ehemaligen chilenischen Soziologen und Theologen, der seit 1973 im Exil lebt. Die Aufsätze enthalten eine einführende Charakterisierung der Theologie der Befreiung. 86 S 2,50DM Außerdem ist die Cfs-Korrespondenz Nr. 16 "Kirche zwischen Unterdrückung und Befreiung" noch zu haben. Sie enthält die Reaktion der Theologen und kirchlichen Hierarchie auf die Herausforderung der Theologie der Befreiung. 86 Seiten, 2,-DM

Alle hier vorgestellten Publikationen sind über das Cfs-Büro zu beziehen.
Adresse: Büro der Christen für den Sozialismus, c/o Tamen Köhler, Wasserhorst 8 2820 Bremen 77



MITTELAMERIKA



Flüchtlingspolitik –
Politik mit menschlichem Elend

ila - Neuerscheinung

Flüchtlingspolitik –
Politik mit menschlichem Elend

Das Stückchen Boden, das man ihnen bisher zur Selbstversorgung belassen hatte, wurde nach und nach vom Großgrundbesitz weiterverkleinert oder gänzlich enteignet. Statt Mais und Bohnen für die Menschen werden Kaffee und Bananen für den Weltmarkt produziert. In Guatemala sind Militärs und Oligarchen der Meinung, die wertvollen Nickel- und Erdölvorkommen unter der Erde des Landes sind ohne soziale Spannungen auf der Erdoberfläche sicherer zu gewinnen, als in Anwesenheit hungriger Indios.

So entwickeln die Herrschenden in Mittelamerika ein besonderes Lösungsmodell: Massaker heißt ihre furchtbare Lösung, mit der die Vertreibung der nicht benötigten Esser vollzogen wird. Massaker heißt "verschwindet". Und zwei Millionen Flüchtlinge bestätigen den grauenhaften Erfolg dieser schwarzen Lösung.

zu beziehen bei:
Christliche Initiative El Salvador e.V. (CIES)
Kardinal-von-Galen-Ring 45
4400 Münster

und
Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V.
Romerstr. 88
5300 Bonn 1

Preis DM 5,-

HERAUSGEBER
Koordinationsgruppe für Flüchtlinge in
Zentralamerika (Zusammenschluß von
ESG, DU und Mittelamerika-Solidaritäts-
gruppen)

zusammen mit CIES und ila

DAS ARABISCHE BUCH Vertriebs GMBH

Oriental Bookshop Librairie Arabe المكتبة العربية



DAS ARABISCHE BUCH GMBH - Wundtstr. 13-15 - 1000 Berlin 19

Im Vertrieb:

nacla - report on the americas

Vol. XVI/Nr. 4, 1982
Toward a New Information Order DM 9,50

Vol. XVI/Nr. 5, 1982
Central America - Guns of December DM 9,50

Vol. XVI/Nr. 6, 1982
The Dominican Republic DM 9,50

1983

Vol. XVII/Nr. 1 (Jan.-Feb.)
Guatemala: State Power in Crisis

Vol. XVII/Nr. 2 (März-Apr.)
Guatemala: The Revolutionary Forces

Ältere Nummern und ausführliches Verzeichnis auf Anfrage

EL PARCIAL

GUATEMALA:

Fusiles y frijoles contra el
avance del movimiento popular

EL PARCIAL - Heft 8 (Dezember 1982)

Das Heft umfasst 138 Seiten, davon 122 Seiten Pressedokumentation. Die Texte sind fast ausschließlich in spanischer Sprache; berücksichtigt wurden vornehmlich Publikationen aus Guatemala, anderen Mittelamerikanischen Ländern und Mexiko.

Inhaltliche Gliederung:

Die guatemaltekischen Streitkräfte/Das Regime des messianischen Generals/Die militärische Seite der counterinsurgency: verbrannte Erde und elektronische Kontrolle/Anwendung der Lektionen aus dem "Cono Sur": die "wissenschaftliche" Folter/Eine einzigartige Alfabetisierungskampagne/Der Betrug mit den Bohnen: die "accion civica"/Die offizielle Propaganda/Nixon, Carter und Reagan: Kontinuität der US-amerikanischen counterinsurgency-Unterstützung/Israelische Unterstützung für die guatemaltekischen counterinsurgency-Programme/Fortschritte in Richtung Einheit: die Guerrilla.

Das Heft kostet DM 10,00 + Porto und ist zu beziehen über F D C L, Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61

Dieciembre de 1982

8

antimilitarismus information

MILITÄRHERRSCHAFT
IN DER DRITTEN WELT

Allein im Jahre 1981 fanden weltweit 13 Militärputsche bzw. Putschversuche statt, hiervon 11 in der Dritten Welt. Die weitaus meisten Staaten dieses Teils der Erde werden von Militärs regiert, oder von Militärs kontrolliert.

Das Themenheft *Militärherrschaft in der 3. Welt* der antimilitarismus information (ami) behandelt folgende Fragestellungen:

- Welche Funktion hat das Militär in der 3. Welt?
- Welchen Einfluß hat das Militär auf den Prozeß der Unterentwicklung?
- Wie legitimieren sich Militärs?
- Inwieweit unterstützen die Industriestaaten durch Waffenexporte derartige Regime?
- Was können wir hier bei uns dagegen tun?

Übrigens: die ami ist ein monatlich erscheinender Informationsdienst. Kostenlose Probenummer und Bestellung des Themenheftes zum Preis von DM 3,50 - ab 10 Exemplare 30% Rabatt - plus Porto bei: ami-Vertrieb, Deidesheimer Straße 3, 1000 Berlin 33.